

Was Sie wissen sollten bevor Sie
das Volksbegehren NICHT unterschreiben

...

„Da einerseits der Ausbau
der Wasserkraft weiterhin
vorangetrieben werden
soll, andererseits im Be-
reich der Industrie die
Nachfrage nach elektri-
scher Energie sowohl be-
dingt durch

Die geheimen Absprachen der E-Wirtschaft

... hat sehr zögernd
zunimmt, muß für das er-
höhte Angebot an elektri-
scher Energie der Haushalts-
sektor in verstärkter
Weise als Markt gewonnen
werden..... "

E. Wenzl: „... jede Andeutung vermeiden, daß wir falsch prognostiziert haben.“

Sehr geehrte Damen und Herren!
Ich habe die angenehme Aufgabe, Sie als Verbandspräsident zu begrüßen und freue mich sehr, daß diese Tagung und dieses Seminar hierher nach Gmunden in dieses neue Kongreßzentrum verlegt wurde, das das Land Oberösterreich vor mehreren Jahren geschaffen hat.

Es ist mir ein besonderes Anliegen, der GTE¹ und allen, die dort Verantwortung tragen und die diese Tagung vorbereitet haben, zu danken. Das Thema „Strom — Wärme — Umwelt“ ist sicherlich hochaktuell für die gesamte Elektrizitätswirtschaft. Es wurde gesagt, man solle auch einige provozierende Aussagen treffen. Vielleicht gelingt mir eine. Die kurze Zeit, wo ich zugehört habe, habe ich herausgehört, daß verschiedene Aspekte richtig aufgezeigt wurden, aber ich hab etwas den Eindruck — das ist kein Fehler, das ist Realität —, daß es uns allen heute etwas zu langsam geht. Sei es mit der **Beeinflussung und Änderung der öffentlichen Meinung**, sei es mit der Erreichung entsprechender Tarife und was uns eben sonst noch alles bewegt in der Elektrizitätswirtschaft. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich warne davor zu erwarten, daß wir gerade in der Elektrizitätswirtschaft immer sofort die Zustimmung aller Menschen bekommen. Wir haben es mit jedermann zu tun, da ja fast ein jeder irgendwo Strom braucht. Weiters müssen wir uns in der heutigen Zeit mit der Tatsache abfinden, daß wir Gegner haben. Das ist eben nun einmal Realität, und wir müssen sehen,

daß wir in unserer demokratischen Gesellschaft mit Dingen argumentativ fertigwerden. Drittens haben wir vor fünf und zehn Jahren alle nicht gewußt, wie sich die Weltwirtschaft, die Konjunktur oder die Krise entwickeln wird. Das ist alles unerwartet über uns hereingebrochen, daß **wir jede Andeutung vermeiden sollten, daß wir einmal falsch prognostiziert haben**. Das Kraftwerksausbauprogramm ist an sich eine sehr kluge und weise Einrichtung und ein sehr starkes Argument dafür, daß die Elektrizitätswirtschaft ebenso diversifiziert und organisiert ist, wie sie in Österreich historisch gewachsen ist: nämlich die Verbundgesellschaft, die Sondergesellschaften, die Landesgesellschaften, die landeshauptstädtischen und privaten Unternehmen. Aber auch das wird immer wieder zur Diskussion gestellt. Würden wir kein so koordiniertes Ausbauprogramm haben, würde man uns zu Recht den Vorwurf machen, da geht es ja ins Blitzblaue durcheinander, wie man es sich nicht ärger vorstellen kann. Nun haben wir ein Ausbauprogramm, das jeweils auf einen Zeit-

raum von 10 Jahren abzustellen ist. Wie wir alle wissen — sehr viele von Ihnen arbeiten ja maßgeblich mit —, ist das keine leichte Aufgabe, weil ja Prognosen immer problembehaftet sind. Wir müssen den Gesichtspunkt des Sicherheitsfaktors beachten, das heißt, wenn es schneller aufwärts geht, müssen wir auch noch in der Lage sein, nach Möglichkeit diesen höheren Bedarf aufgrund des uns erteilten gesetzlichen Versorgungsauftrages zu erfüllen. Denn würden wir jetzt sagen, es geht ohnehin die Wirtschaftsentwicklung schleppend und da geht auch nichts weiter, und beim Preis behandelt man uns auch schlecht, dann haben wir überhaupt nichts erreicht. Man würde uns in ein paar Jahren, wenn wieder ein Aufschwung kommt und wir den Strom nicht zu liefern vermögen, sagen, wo waren denn die Gescheiten. Das ist das eine, und das zweite ist, daß wir unglücklicherweise in der Frage der Nutzung der Kernenergie in eine weltweite Phase der Gegnerschaft hineingekommen sind. Wir haben den Prozentsatz der Stromverbrauchs Zunahme zurückgeschraubt. Viel-

„Wir haben weiters (von der 1. GTE-Tagung in Eisenstadt — Anm. d. Red.) übernommen, daß wir elektrizitätswirtschaftlich unter uns bleiben wollten, und haben daher alles vermieden, um die Öffentlichkeit — wozu auch staatliche Stellen gehören — dabei zu haben.“

W. Koenne, Verbundgesellschaft, im Einleitungsreferat

Leute sich leichter zur — sinnvollen — Nutzung der elektrischen Energie auch für Heizzwecke entschließen, zum Beispiel zur Wärmepumpe. Ich glaube, das sollten wir machen, wir müssen dort die Mitte finden. Ich sage es noch einmal, deute das an, dann wird die Pilzwirkung, von der der Freund Hammer gesprochen hat, überall irgendwie eintreten. Natürlich wird sich jeder Mensch das anschauen. Das geschriebene Wort alleine glaubt er nicht. Wir müssen neue Wege finden, um mit den Konsumenten zu reden und sie von der Richtigkeit unserer Ideen zu überzeugen. Das gelingt nicht bei jeder Zeit und wird auch beim ORF nicht immer gelingen. Man muß eine Riesengeduld haben. Wir müssen unsere Argumentation **sehr behutsam transportieren. Ansonsten mobilisieren wir hier sofort unsere Gegner.**

Die große schweigende Mehrheit, die ganz klar sagt, daß es besser ist, wenn wir da noch einmal ein Wasserkraftwerk und dort irgendeinen Staudamm und dergleichen mehr bauen, meldet sich ja nicht. Mich hat vor kurzem eine Gruppe von Bürgermeistern besucht, die gesagt haben, bei ihnen seien alle dafür, und außerdem haben sie lauter einstimmige Beschlüsse und dergleichen mehr. Ich habe gesagt, das sei wunderbar, nur wenn ich lauter Briefe bekomme von der Gruppe „Rettet das Tal“ usw., und alle Minister und alle Abgeordneten und alle Medien opponieren, dann wird eure Meinung und die der gesamten Bevölkerung und der 99 Prozent, die hinter Euch stehen, untergehen. Ihr müßt Euch rühren. Wir müssen versuchen — und zum Teil gelingt dies schon —, die schweigende Mehrheit zu mobilisieren. Es spricht sich natürlich alles sehr leicht: der Teufel liegt aber im Detail, das ist ja ganz klar. Ich glaube, wir sollten hier einen sehr engen Gedankenaustausch pflegen. Es wird überall notwendig sein, auch andere Wege zu beschreiten, in der einen oder anderen Richtung. Aber dann, glaube ich, wird es uns gelingen, die öffentliche Meinung, die ja gar nicht so schlecht ist für uns, hier weiterhin für uns zu verbessern und die veröffentlichte Meinung in zäher Kleinarbeit durch ständige Kontakte zu bewegen. Natürlich wird es auch Rückschläge geben — bitte, wer hat schon alles richtig gemacht, wer macht schon immer das richtige Plakat, das allen gefällt, und wer macht schon immer die richtige Sendung, da kann auch einmal etwas passieren, wer macht schon immer die richtige Aussage, da gibt es auch einmal etwas. Übrigens, wenn eine Aussage wiedergegeben wird, wird sie oft nur zur Hälfte wiedergegeben, es fehlt ein wesentlicher Teil. Der, der das liest, sagt, er hat nie geglaubt, daß man so etwas Verrücktes sagen kann. Da muß man dann schon beide Seiten hören.

Dann muß man — das machen Sie in dieser Gesellschaft so verdienstvoll — also wirklich suchen, wo es das neueste auf den Gebieten gibt, sprich also Wärmepumpe oder Elektroheizung und dergleichen oder was es immer hier gibt. Wir sind nun etwas mehr in den Käufermarkt gedrängt als seinerzeit in den Verkäufermarkt. Das müssen wir ja auch ganz hart und nüchtern sehen. Ich bin absolut optimistisch, daß uns das gelingen wird, ich bin sicher, daß auch dieses Seminar dazu einen wesentlichen Beitrag leistet.

Ich danke Ihnen nochmals für Ihre Mitarbeit, und ich wünsche Ihnen für heute abend und für morgen einen weiteren schönen Verlauf der Tagung.

„Der Strom, den wir nun einmal haben...“

In den Podiumsdiskussionen fühlten sich die Bosse und Manager der E-Wirtschaft unter sich und redeten frei von der Leber weg. FORVM veröffentlicht die signifikantesten Meldungen im Wortlaut. Das gesamte Protokoll der GTE-Tagung erscheint in Kürze und ist im FORVM-Sekretariat (Tel. 93 33 53) erhältlich.

Koenne: Nach diesen Ausführungen **brauchen wir, wenn wir den im Ausbauprogramm vorhandenen Strom verkaufen wollen, im Wärmesektor eine Zuwachs von 10 Prozent pro Jahr; nicht insgesamt 10 Prozent mehr, sondern jedes Jahr 10 Prozent mehr Elektroheizung**. Ich kann mir bei den ruhigen Strategien, die ich in den Arbeitsgruppen gehört habe, einen Zuwachs von 10 Prozent nur schwer vorstellen. Das liegt ja weit über all dem, was die EDV-Firmen in ihren guten Zeiten zum Teil erreicht haben, und die haben immerhin im Marketing einiges gekonnt. Ich glaube, darüber sollte man sich schon noch ein bißchen unterhalten.

Richtig interpretiert, würde das bedeuten, daß, wenn man den Einsatz der Elektroheizung nur beim Zuwachs in der Baubsubstanz ansetzt, das nicht zu erreichen ist. Mit anderen Worten, eine Strategie, die nur darauf aus ist, bei Neubauten Elektroheizungen anstelle anderer Heizungen zu installieren — und das vermutlich nicht zu 100 Prozent —, würde auf jeden zu geringen Zuwachs bedeuten. Wenn die Zahlen richtig sind, geht es um echtes **Verdrängen und Ersetzen — von bereits vorhandenen Heizungen. Das braucht natürlich schon eine ganz andere Aggressivität im Markt** als zu sagen, „na ja, wenn wer zu uns kommt, darf er anschließen“.

Ich weiß nicht, ob Sie heute in die Zeitung hineingeschaut haben. Es steht auch

„Ebenso sollten hier Auswirkungen besprochen werden, wenn es der E-Wirtschaft nicht gelingt, den Wärmemarkt im gewünschten Maße zu erschließen (Überkapazität)“.

G. Österreicher, GTE, im Einleitungsreferat

„Die Erfordernisse aufgrund des Energieüberangebotes liegen auf der Hand.“

H. Maurer, KELAG

drinnen, daß beabsichtigt ist, den Strompreis wieder wesentlich höher zu versteuern.² Wenn das dazukommt, bedeutet das dadurch auch natürlich einen höheren Strompreis. Das ergibt wieder einen negativen Einfluß auf die ganzen Intentionen, die jetzt laufen, daß wir mit dem Strom konkurrenzfähiger werden sollen. Es ist vielleicht nur eine Überlegung. Ich habe mir jetzt gedacht, vielleicht ist das schon die erste Bremse, die erste Hürde, die sich uns entgegenstellt.

¹ GTE: Gesellschaft für Technologien in der E-Wirtschaft. Das 2. GTE-Seminar, das der vorliegende „interne Bericht“ dokumentiert, fand vom 17. - 19. Mai 1983 in Gmunden statt.

² Am 1. Jänner 1984 wurde die Mehrwertsteuer auf Energie von bis dahin 13% auf 20% erhöht.

Soviel ich weiß, aber vielleicht wissen es die Leute von unseren Lastverteilern besser, ist im Augenblick in Europa die Situation nirgends so, daß jemand sehr danach schreit, Strom von uns zu kaufen.

Für mich spiegelt sich in der Situation, die wir jetzt skizziert haben, ein bißchen die Struktur unserer Unternehmen insofern wider, als wir primär versucht haben, das Produktionsproblem zu lösen. Wir haben zunächst in unseren Gesellschaften versucht, gute Kraftwerke zu bauen, Kraftwerke mit hohem Wirkungsgrad, an idealen Stellen, mit technisch einwandfreien Lösungen; wir haben versucht, gute Netze zu bauen. Bei uns hat die Produktionsseite überwogen, und die Marketingseite ist vernachlässigt worden. Für dieses Verhalten von Unternehmen gibt es leider (im nicht verstaatlichten und so abgesicherten Bereich) eine Reihe von Beispielen, die zum Untergang der Unternehmen geführt haben. Gute Ingenieurleistungsunternehmen, die ein schlechtes Marketing gehabt haben, sind vom Markt verschwunden. Es können sich alle noch an die Firma Borgward erinnern. Es gibt auch im Haushaltgerätesektor eine ganze Reihe Beispiele dafür, und vielleicht zählt dazu auch die AEG. Das ist ein Verhalten, das für Unternehmen, die im Markt wirklich als freie Unternehmen überleben wollen, unter Umständen sehr gefährlich ist. Die sitzen dann auf ihren exzellenten Produktionen

und finden niemand oder nicht genügend, die sie kaufen.

Ich würde Sie daher wirklich bitten, schauen Sie sich Ihre Bilanzen an. Was passiert, wenn die Annahmen über Zuwachsraten und Umsatzsteigerung falsch sind, mit den Zinsenbelastungen auch das investierte Kapital? Mir wird immer ein wenig Angst, wenn ich solche Rechnungen mit etwas anderen Zahlen zu machen versuche. Es war bisher immer möglich, die anfallenden Zinsen vom aufgenommenen Kapital zu zahlen. Aber wenn wir einen stagnierenden oder reduzierten Absatz haben? Marketing heißt, das Hineingehen in den Markt, heißt, daß wir Strom verkaufen wollen, und ist wahrscheinlich eines der wichtigsten Dinge, die wir vor uns haben.

Teilnehmer

Ing. J. Adlmannseider	SAFE	Ing. H. P. Kunz	ESG
Dipl. Ing. R. Aichholzer	SAFE	F. Lechner	OKA
Dipl. Ing. O. Arnold	OKA	Ing. O. Lippitsch	KELAG
Mag. Ing. W. Blassnik	ÖDK	Dir. S. Mairböck	SW Ried
Dr. R. Brosch	BEWAG	Dipl. Ing. H. Mandl	NEWAG
StBR Dipl. Ing. G. Brugger	WSE	Dr. G. Marckhgott	VEÖ
SR Dipl. Ing. G. Dressler	WSE	Dipl. Ing. H. Maurer	KELAG
SR Dipl. Ing. H. Dressler	SW St. Pölten	J. Mayr	OKA
Ing. K. Ecker	EW Wels AG	Ing. W. Neumann	GEG
H. Eder	OKA Gmunden	I. Orthofer	VEÖ
Ing. F. Eidenberger	ESG	Dipl. Ing. G. Österreicher	GTE
Dipl. Ing. W. Flecker	STEWAG	Dr. F. Öszuszy	VG
Dipl. Ing. M. Gabriel	STEWAG	J. Pollak	PKA
Dipl. Ing. J. Gartner	VEÖ	Dipl. Ing. J. Precht	VG
Univ. Prof. Dipl. Ing. Dr. P. Gilli	GTE	Dipl. Ing. A. Reichl	GTE
Ing. H. Goritschnigg	SW Klagenfurt	Ing. H. Reinprecht	SW Kapfenberg
Dipl. Ing. G. Groier	STEWAG	Ing. S. Ritter	TIWAG
Dwv. K. Grünbart	OKA	Ing. M. Rössler	STEWAG
E. Grünberger	ESG	Abt. Lt. R. Scheinigg	KELAG
Dipl. Ing. J. Gutjahr	STEWAG	Ing. Dkfm. Dr. K. Schenk	NEWAG
Dipl. Ing. H. Haidvogel	NEWAG	Dipl. Ing. M. Schmeja	STEG
Dkfm. Ing. H. Hammer	OKA	Dipl. Ing. Dr. M. Schneeberger	OKA
TOIK Hartmann	SW Kapfenberg	Dipl. Ing. J. Schwab	Grazer SW AG
Ing. H. Hauck	VG	Dipl. Ing. A. Smolak	ÖDK
Dir. F. Hauzenberger	ESG	Dipl. Ing. A. Steinhuber	OKA
Dipl. Ing. H. Hofbauer	VG	W. Thellmann	OKA
Ing. F. Huemer	OKA	Dipl. Ing. H. Völker	WSE
Dipl. Ing. Dr. F. Janitschek	ÖDK	Abt. Lt. i. R. H. Waldner	KELAG
Dipl. Ing. H. Kaufmann	OKA	Dipl. Ing. J. Weberhofer	STEWAG
Dipl. Ing. J. Klimbacher	KELAG	Gen. Dir. Dr. E. Wenzl	OKA
Univ. Prof. Dr. W. Koenne	VG	Ing. J. Wiessner	VG
Dipl. Ing. F. Kolmasch	ESG	Ing. H. Wimmer	SAFE
Dipl. Ing. B. Krachler	SW Ried	Dr. H. Zeinhofer	OKA
		Ing. H. Ziegerhofer	Pichler-W. Weiz

stärker müßten aber jetzt noch der Versorgungsauftrag, die Sicherheit der Versorgung, die Vorsorge und die Reservhaltung herausgestellt werden. Ich sage das deswegen, weil jeder von Ihnen in irgendeiner Form meinungsbildend wirkt, durch einen Vortrag, zu Hause, im Betrieb usw.

Ein weiterer Grund für die Notwendigkeit neuer Kraftwerke ist die Einsparung von Devisen, wenn wir vom Öl weggehen und vornehmlich die Wasserkraft nutzen. Das versteht doch hoffentlich jeder Österreicher, daß es gescheiter ist, für Primärenergie nur 53 Milliarden Schilling auszugeben statt 62 Milliarden, wie es vor einem Jahr war. Im vergangenen Jahr 53 Milliarden Schilling, vor einem Jahr 62 Milliarden und früher noch mehr. Nun ist der Energieverbrauch zurückgegangen, wobei natürlich weit mehr das Öl und dessen Folgeprodukte betroffen waren. Wir müssen daher auch beim Verkauf des Produktes Strom umdenken. Meiner Ansicht nach — und es ist ja auch in den vorangegangenen Vorträgen durchgeklungen, sind die Anfangs-, die Anschlußkosten das große Hindernis für den Kunden: Er baut sein Haus. Er weiß, da muß er mit dem Baumeister rechnen, das kalkuliert er. Er rechnet mit allen sonstigen Kosten. Aber ich erlebe es ja immer wieder, wie mich die Leute auf der Straße anreden. Man empfindet es furchtbar, daß man für die Strombereitstellung so und so viel zahlen muß. Natürlich kann man das sehr leicht erklären. Aber ich glaube, dort wo es möglich ist, elastisch zu sein, sollten wir diese Barrieren wieder niedriger machen, damit die

Ob das aber gut gehen kann, wenn man sich friedlich mit allen anderen Energieträgern (bis zur Fernwärme) arrangiert? Ich habe meine Zweifel.

Gutjahr: Der dritte Punkt war die Prognose. Dazu kann ich mich kurz fassen, denn erstens haben Sie schon vom ersten Arbeitskreis einiges darüber gehört und zweitens sind wir eigentlich zur Überzeugung gekommen, wenn wir zur Wahrsagerin gehen, bekommen wir vielleicht bessere Werte, als wenn wir zwei Stunden darüber diskutieren. Wir haben uns also auf die Feststellung beschränkt die der Herr Ing. Wiessner von der Verbundgesellschaft eingebracht hat, daß es eben eine **Diskrepanz gibt zwischem dem koordinierten Ausbauprogramm, zwischen Importverträgen und der tatsächlichen Absetzmöglichkeit. Wir haben uns auf die schöne Formulierung geeinigt, daß dadurch die Sicherung der inländischen Elektrizitätsversorgung gigantisch gewachsen ist. Außerdem sind wir zu dem Schluß gekommen, daß dieser Strom, den wir nun einmal haben, auch irgendwo**

... will die Elektrizitätswirtschaft gegenüber Fernwärme und Öl/Gas als Energieträger nicht zurückbleiben, muß sie versuchen, **den Verkauf elektrischer Energie ... zu aktivieren.**

... Aufgrund des stagnierenden Bedarfszuwachses bedarf es gerade in dieser Zeit marktstrategischer Überlegungen und Anreizbildungen für Abnehmer, sich wieder für Elektrizität zu entscheiden.

Die Rolle der Elektrizität auf dem österreichischen Wärmemarkt und ihre zukünftige Entwicklungsmöglichkeit

(Seminar-Zusammenfassung)

Die österreichische Elektrizitätswirtschaft ist bemüht, durch den bevorzugten Ausbau der Wasserkraft sowohl die durch den Import fossiler Primärenergieträger verursachte Belastung der österreichischen Außenhandelsbilanz zu mindern, als auch den Einsatz von Wärmekraftwerken unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und umweltpolitischer Aspekte durchzuführen.

Bedingt durch die spezielle Struktur des österreichischen Kraftwerksparkes liegen

die spezifischen Erzeugungsverluste für elektrischen Strom deutlich unter den entsprechenden Werten der meisten europäischen Staaten. Aus diesem Grund liegt auch der Gesamtwirkungsgrad bei der Umwandlung elektrischen Stroms in Nutzwärme deutlich über den Vergleichswerten anderer Staaten. Ein energiewirtschaftlich quantitativer Vergleich verschiedener Heizsysteme zeigt, daß in Österreich durch elektrische Heizung eine um rund 4 % höhere Energienutzung gegenüber konventionellen Brennstoffen erreicht wird.

Da einerseits der Ausbau der Wasserkraft in Österreich weiterhin mit Vorrang betrieben werden soll, andererseits im Bereich der Industrie die Nachfrage nach elektrischer Energie sowohl bedingt durch konjunkturelle Schwächen als auch effizienteren Energieeinsatz nur sehr zögernd zunimmt und Tendenzänderungen in Zukunft kaum zu erwarten sind, muß für das erhöhte Angebot an elektrischer Energie vor allem der Haushaltssektor in verstärkter Weise als Markt gewonnen werden. Da gegenwärtig der Bedarf an konventionellen Haushaltsgeräten als gesättigt zu betrachten und für Geschirrspül- und Tiefkühlgeräte bestenfalls bis 1985 kräftige Zuwächse zu erwarten sind, bietet sich vor allem der Wärmemarkt als langfristig wesentlicher Expansionsbereich an...

E-Heizung: „... zu vermeiden“

„Bei der Auswahl der Energieträger für die Raumheizung sind neben dem Aspekt des geringstmöglichen Einsatzes von Primärenergie auch andere wirtschaftliche Gesichtspunkte, wie die Kosten für die bereitgestellte (Kraftwerks-)Leistung, zu berücksichtigen.

Darüber hinaus **muß der Stromverbrauch elektrischer Widerstandsheizgeräte, da er saisonal, also nicht als jahresdurchgängiges Band, auftritt, in erster Linie mit kalorischem Strom abgedeckt werden und ist dadurch mit niedrigem Wirkungsgrad (mittlerer Wirkungsgrad kalorischer Kraftwerke inklusive Leitungsverluste 1979: 34,6 %) belastet. Daher ist aus energiepolitischen Überlegungen nicht nur ein über das heutige Maß hinausgehender Einsatz elektrischer Widerstandsheizungen zu vermeiden, sondern auch bei der Anwendung elektrisch betriebener Wärmepumpe mit Vorsicht vorzugehen.“**

Aus dem Energiebericht der Bundesregierung, 1980

nutzbringend verkauft werden sollte. Für tatsächliche Chancen wäre es wohl notwendig, daß die einzelnen EVUs in ihrem eigenen Bereich Marktanalysen machen und diese Marktanalysen dann gesammelt werden.

Brosch: Es wurde übereinstimmend (im Arbeitskreis 4: „Marktanalyse und Marktstrategie“ - Anm. d. Red.) festgestellt, daß die direkte **Werbung** für mehr Stromabsatz nicht zielführend sei, sondern sie **sollte durch diverse Deckmäntel laufen**, eben über die Wirtschaftlichkeit, über die Bequemlichkeit. Das hat den Sinn, nicht von vornherein in einer Phase des Anstiegs unnötigen Widerspruch zu erzeugen.

Wiessner: Durch die konsequente Verfolgung des Koordinierten Ausbauprogrammes und der Importe stehen infolge des Verbrauchsrückganges **freie Energiemengen** in den jeweiligen Jahresperioden zur Verfügung.

Steht man dieser Situation tatenlos gegenüber, werden sich insofern **Konsequenzen ergeben, als Kraftwerke abgestellt werden müssen**, deren Kapitalkosten und unter Umständen auch Brennstoffkosten, soferne längerfristige Verträge über Kohlelieferungen abgeschlossen wurden, jedoch von den jeweiligen EVU getragen werden müssen. Auf Sicht wäre auch das Bauprogramm zu überdenken.

DAS KONRAD LORENZ VOLKSBEGEHREN FORDERT

einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß über die Geschäftsgebarung und die Energiepolitik der Elektrizitätsversorgungsunternehmen. Weiters ist zu untersuchen, welche maßgeblichen Politiker über den Inhalt des „internen Berichtes“ zur GTE-Tagung unterrichtet waren und die Öffentlichkeit nicht aufgeklärt haben.

Wie aus dem vom Konrad-Lorenz-Volksbegehren veröffentlichten Geheimbericht der Strombosse hervorgeht, geht es längst nicht mehr um Bedarfsdeckung, sondern um Erschließung neuer Märkte (E-Heizungen), um die zukünftige inländische Stromüberproduktion loszuwerden.

Hier verstößt die E-Wirtschaft gegen den Versorgungsauftrag, unter Rückendeckung durch Politiker.

Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren fordert:
Rücktritt aller Politiker aus den Vorstandsetagen der E-Wirtschaft
Zurücknahme des Kraftwerksausbau-Programms
Sofortiger Abbau aller Privilegien in der E-Wirtschaft
Offenlegung und sofortiger Stop der Werbemittel
Änderung des Versorgungsauftrages mit Priorität für die sinnvolle Nutzung der vorhandenen Energien und für Alternativenergien

ENERGIEWIRTSCHAFTLICHE DATEN ÖSTERREICH

für HAINBURG - Diskussion

1. Österreichs Bevölkerungszahl stagniert (seit 1973 bei rund 7,5 Mio. Einwohner)

2. Österreichs Gesamtenergieverbrauch

Die Österreicher verbrauchen pro Kopf das Doppelte des Weltdurchschnitts und pro Kopf das 10 - 20fache der meisten Entwicklungsländer. Bis 1973 stieg der österr. Gesamtenergieverbrauch um durchschnittlich 4,8% pro Jahr. Ab 1973 war der steigende Trend gebrochen.

Wir verbrauchen heute weniger Gesamtenergie als vor 10 Jahren.

1982 lag der Öst. Ges.en.verbr. um - 6,5% unter dem von 1973

1982 lag der Öst. Ges.en.verbr. um - 9,5% unter dem von 1978

3. Ein Friedhof gescheiterter Prognosen

Der Energieplan 1976 der Regierung rechnete mit einem weiteren Anstieg des Gesamtenergieverbrauchs von 4% p.a. (also +17% in 4 Jahren bzw.+42,3% in 9 Jahr.)

Die WiFo Prognose 1978 rechnete mit 3,7% p.a. (+15,6% in 4 Jahren)

WiFo Prognose 1980 rechnete mit 2,7% p.a.

Das heißt: Der Prognosefehler des Energieplans 1976 betrug allein für den Zeitraum der vier Jahre (1978 - 1982): +17% - (-9,5%) = 26,5% des Wertes 1978

oder anders formuliert: Der reale Gesamtenergieverbrauch blieb um 26,5% unter der Erwartung des Energieplans 1976 bzw. um rund 8 Zwentendorf-Äquivalente (=3,2% des öst.Ges.en.verbr. von 1978) hinter dem Energieplan 1978 u.um unter rund 7 Zwentendorf-Einheiten unter der korrigierten WiFo-Prognose 1978.

4. Stromverbrauch laut EVA und Schöpf-Gutachten

Jahr 1974 → 75 → 76 → 77 → 78 → 79 → 80 → 81 → 82 → 83
 Steigerung -0,1% 8,1% 2,0% 5,4% 3,8% 4,0% 1,5% 1,7% 0,0% bis 0,5%

in % von
 1974 100 → 129,4%
 in 9 Stufen

im Durchschnitt 2,9% p.a., Trend seit 1979 deutlich sinkend
statt Energieplan 1976 6,0% p.a.

WiFo 1978 4,8% p.a.

WiFo 1980 4,4% p.a.

Der Stromverbrauch stieg nur mehr halb so stark wie im Energieplan 1976 der Bundesregierung angenommen. Der reale Verbrauch blieb allein zwischen 1978 und 1982 um rund eineinhalb elektr. AKW-leistungen unter der Prognose.

Daher mußte die E-wirtschaft bereits das dritte Mal seit 1976 die Prognoserate reduzieren.

Ihre derzeitige Grundlage des Ausbauprogramms: 3,4% Steigerung p.a.

Das WiFo gab 1983 als letzte Prognose: 2,6% p.a.

Allein die Differenz der E-wirtsch. Prognose (3,4%) und der ohnehin hohen WiFo 83 - Prognose (2,6%) ergibt in den 10 Jahren bis 1992 eine Überproduktion von 4000 GWh. Das wäre 1992 eine Überkapazität von fast 2 Hainburg-Einheiten (RAV Hainburg 2130 GWh) über den zu erwartenden Verbrauch (wahrscheinlich liegt der reale Stromverbrauch bis 1992 noch tiefer, da auch die WiFo Annahme von insgesamt 10 000 GWh Mehrverbrauch für 1992 überhöht sein dürfte.)

5. Versorgungssicherheit

Die E-Wirtschaft rechnet mit der Notwendigkeit einer Reservekapazität von 15 - 16% (Internat. akzeptierter Erfolgswert).

Diese Reservekapazitäten werden auch dann nicht gefährdet, wenn man ein Viertel des Ausbauprogramms streicht.

EVA: Auch ohne DoKw Hainburg sind bis zum Jahr 1992 die Reservekapazitäten gesichert.

6. Donauausbau

Mit Inbetriebnahme von Melk und Greifenstein werden rund 80% des Energiepotentials der österr. Donau technisch genutzt sein. Die letzten 20% (Kulturlandschaft Wachau und Nationalpark Ost-Donau/March-Auen) sind zu erhalten.

7. "Substitution fossiler Brennstoffe"

Wie hat sich der Öl- und Gasverbrauch für die Stromerzeugung seit der Atomabstimmung 1978 entwickelt. Ist er wirklich - wie von

AKW-Betreibern vorhergesagt - rasant angestiegen? Im Gegenteil:
Öff. Kalor. Stromerzeugung lag um rund 10% unter 78 (cirka 9 000 GWh =
1/4 d. öff. Stromaufbr.).

1982 wurden um -10,5% weniger Öl für die Stromerzeugung verbraucht als 78
1982 wurden um -11,5% weniger Gas für die Stromerzeugung verbraucht als 78
Sogar gegenüber 1972 ist der kalor. Anteil an der Stromerzeugung
relativ stark und absolut leicht gesunken.

Kalor. Anteil (Gesamt, d.i. öff. u. Eigenanl.)

(nach SCHÖPF)	1972	1978	1982
relativ	41%	34,6%	28%
absolut	12 150	13 178	12 011 GWh

Selbst im Winter 1982 (Engpaßleistung 31. Dez. 82) stammten noch 2/3 aus
Wasserkraft u. 1/3 aus Kalor., wobei zu jedem Zeitpunkt die Reserve-
kapazität von über 15% gewährleistet waren.

1982 wurden 6,2% des österr. Mineralölverbrauchs
und 19,2% des Erdgasverbrauchs
für die kalorische Stromerzeugung verwendet. Also nur
6,2% des Öls - d.h. die E-Wirtschaft ist keine Schlüsselbranche für
das Ölproblem (wobei ihr Verbrauch tendenziell ohnehin sinkt).

Sicher ist es wünschenswert, Österreichs Stromversorgung weitgehend
auf Wasserbasis zu stellen. Das wäre durch bessere Verbrauchsstrategie
und Effizienzsteigerung leicht zu realisieren: So würde unsere der-
zeitige Kapazität an Wasserkraftwerken (30 879 GWh) genügen, um nominell
den Jahresstromverbrauch der Jahre 1973 (29 778 GWh) oder
1974 (30 922 GWh) oder
1975 (30 663 GWh) abzudecken.

Dies gälte umso mehr, wenn die Edelenergie Strom physikalisch sinnvoll,
d.h. nur für Beleuchtung, mechanische und elektronische Arbeit, sowie
gewisse Hochtemperaturprozesse verwendet würde, aber nur ausnahmsweise
zur Erzeugung von Niedertemperaturwärme dienen müßte.

Die Verbreitung und Propagierung der Ohm'schen Widerstandsheizung ist
ein energiewirtschaftliches Verbrechen (der einzige Weg übrigens um
einen großen Mehrverbrauch zu schaffen). (Vergl. DDR trotz KE Programm
Verbot der Ohm'schen Elektroheizungen).

Rund 40% der Gesamtenergie gehen auf Nieder T. Wärme, das ist mehr als
das 2 1/2 fache unseres Stromverbrauchs.

8. Geplante Energieverschwendung

Das Kohlekraftwerk DÜRNROHR soll in zwei Blöcken 710 MW leisten, bei 4 500 Betriebsstunden pro Jahr also 3 195 GWh/a.

Etwa nochmals soviel soll als Abwärme in die Donau fließen, da an diesem Standort tatsächlich in weitem Umkreis kein wirtschaftlich vertretbarer Abnehmer für solch abundante Wärmemengen vorhanden ist (falsche Standortwahl.)

Dürnrohr wird so zum Donauheizwerk, zum Durchlauferhitzer für die Donau. 6 00 000 t Steinkohleeinheiten (SKE) im dzt. Geldwert von 1 Mia. S sollen jährlich sinnlos in den Fluß gekühlt werden.

Das DoKw HAINBURG (2130 GWh) könnte nie soviel Heizwärme erzeugen, wie Dürnrohr vernichtet (rund 3 000 GWh.)

9. Saurer Regen

wird vor allem durch SO_2 , also Schwefeloxycyde und NO_x , Stickoxyde (und davon ableitbare Photooxidanten) verursacht.

Nach dem Luftbericht des BMGU und Erhebungen des Bundesinstitutes für Gesundheitswesen ist die Stromerzeugung mit weniger als 1/4 an der Schwefeloxidbelastung beteiligt (23%, der Anteil könnte durch Entschwefelung drastisch gesenkt werden).

77% der Schwefeloxidbelastung stammt aus Hausbrand, Industrie und anderen Quellen.

An der NO_x - Belastung sind Strom- und Fernheizwerke nur zu 6% - 8% beteiligt (rund 64% stammen aus dem Verkehr, 20% aus der Industrie).

Das Waldsterben ist wohl ein dominierender Grund zur Sorge, kann aber am allerwenigsten dadurch gelöst werden, daß man sterbenden Tannen- und Fichten (und neuerdings Buchen-) forsten nun den vitalsten Tieflandwald hintendreinwirft. Die Auen sind besonders resistent gegen Sauren Regen und stellen in Nähe der Ballungszentren liegend das größte Erlebnis- und Erholungspotential dar, verdoppeln die Artenvielfalt der Region und sind überdies die letzten Reservoirs sauberen, trinkbaren Grundwassers im industrialisierten Flachland.

Quellen: EVA, Nov. 1983; PRO-HAINBURG-GUTACHTEN Prof.Dr.SCHÖPF, Gesellschaft für Energiewesen Okt.1983.

FORVM



EN VON GÜNTHER NENNING

World Wildlife Found Österreich

Das Hainburg- Urteil des Obersten Gerichtes

Beschluß:

Der Verwaltungsgerichtshof hat über den Antrag des 1.) Josef Massinger, der 2.) Herta Massinger und der 3.) Marianne Weiß in Stopfenreuth, vertreten durch Dr. Heinrich Wille, Rechtsanwalt in Wien IX., Ferstelgasse 1, der gegen den Bescheid des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft vom 5. Dezember 1984, Zl. 14.560/321 - I4/84, betreffend wasserrechtliche Bewilligung des Donaukraftwerks Hainburg (mitbeteiligte Partei: Österreichische Donaukraftwerke AG in Wien I., Parkring 12), erhobenen Beschwerde die aufschiebende Wirkung zuerkennen, den Beschluß gefaßt:

Gemäß § 30 Abs. 2 VwGG 1965, in der Fassung der Novelle BGBl. Nr. 298/1984, wird dem Antrag **stattgegeben**.

Begründung:

I.

Mit Bescheid vom 22. Dezember 1983 hat der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft (die belangte Behörde) das Vorhaben der Österreichischen Donaukraftwerke AG (der mitbeteiligten Partei) betreffend die Errichtung des Donaukraftwerks Hainburg gemäß § 100 Abs. 2 WRG 1959 zum bevorzugten Wasserbau erklärt, wobei gemäß § 122 Abs. 4 WRG 1959 als Frist für die Erwirkung der wasserrechtlichen Bewilligung der 30. September 1984 festgesetzt wurde (...)

Entschieden sei auch der Vorwurf zurückzuweisen, daß die Maßnahmen der mitbeteiligten Partei im Hauptbauwerksbereich rechtswidrig durchgeführt würden, da es hier noch eines Detailprojektes bedürfe. Richtig sei vielmehr, daß mit dem generellen wasserrechtlichen Bewilligungsbescheid vom 5. Dezember 1984 gleichzeitig auch die Detailprojekte „Baustellenerschließung“ und „Hebung der Donaubrücke“ wasser- und forstrechtlich genehmigt worden seien.

II.

Gemäß § 30 Abs. 1 VwGG 1965 kommt den Beschwerden eine aufschiebende Wirkung kraft Gesetzes nicht zu. Der Verwaltungsgerichtshof hat jedoch gemäß § 30 Abs. 2 VwGG 1965 auf Antrag des Beschwerdeführers die aufschiebende Wirkung mit Beschluß zuzuerkennen, insoweit dem nicht zwingende öffentliche Interessen entgegenstehen und nach Abwägung aller berührten Interessen mit dem Vollzug oder mit der Ausübung der mit Bescheid eingeräumten Berechtigung durch einen Dritten für den Beschwerdeführer ein unverhältnismäßiger Nachteil verbunden wäre.

Das Rechtsinstitut der aufschiebenden Wirkung ist ein die Funktionsfähigkeit des Rechtsschutzsystems der Verwaltungsrechtsordnung stützendes Element. Die in der Bescheidprüfung durch den Verwaltungsgerichtshof gegebene Rechtsschutzfunktion darf durch den Vollzug des angefochtenen Bescheides während der Dauer des Beschwerdeverfahrens nicht ausgeschaltet werden. Dabei bildet die Frage der voraussichtlichen Rechtmäßigkeit des angefochtenen Verwaltungsaktes keine Voraussetzung der aufschiebenden Wirkung einer Beschwerde. Das — in seinem Sinn und Zweck nach möglichst rasch abzuschließende — Provisorialverfahren ist keine vorverlegte Gesetzmäßigkeitskontrolle; diese steht vielmehr nach Vorlage sämtlicher Akten ausschließlich dem dafür zuständigen Senat des Verwaltungsgerichtshofes zu (vgl. zu diesen Ausführungen OBERNDORFER, Die Österreichische Verwaltungsgerichtsbarkeit, S. 122ff).

Dennoch wäre es unzweckmäßig, die aufschiebende Wirkung einer Beschwerde zuzuerkennen, die offenbar als unzulässig zurückzuweisen (§ 34 VwGG 1965) oder schon auf Grund ihres Inhaltes (§ 35 Abs. 1 VwGG 1965) als unbegründet abzuweisen wäre. Beides trifft, soweit sich dies aus den vorgelegten Bescheiden der Belangten vom 22. Dezember 1983 und vom 5. Dezember 1984 sowie aus dem bisherigen

Vorbringen der Parteien des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens entnehmen läßt, im vorliegenden Beschwerdefall nicht zu. Die übereinstimmende Judikatur der beiden Gerichtshöfe des öffentlichen Rechtes hat zwar eine Parteistellung der durch einen bevorzugten Wasserbau berührten Dritten im Bevorzugungsverfahren abgelehnt, diesen aber die Berechtigung zuerkannt, im Zuge des Bewilligungsverfahrens neben der Beeinträchtigung ihrer Rechte auch geltend zu machen, daß die Bevorzugung zu Unrecht erklärt worden sei (vgl. dazu die Erkenntnisse des Verfassungsgerichtshofes vom 26. Juni 1982, Slg. Nr. 9451, vom 7. Oktober 1972, Slg. Nr. 6860, vom 6. März 1972, Slg. Nr. 6665, und vom 25. Juni 1981, Slg. Nr. 6478, sowie des Verwaltungsgerichtshofes vom 15. März 1983, Zl. 82/07/0200, vom 22. Dezember 1972, Slg. Nr. 8339/A, vom 27. März 1968, Slg. Nr. 7324/A, u. a. m.) Im übrigen ist bisher unbestritten geblieben, daß die Grundstücke der Beschwerdeführer im Projektbereich des Donaukraftwerks Hainburg liegen und durch die geplante Verlegung des Marchfelddammes sowie allenfalls durch Auswirkungen des Kraftwerksbaues auf das Grundwasser durch dieses Projekt betroffen sind. Der Verwaltungsgerichtshof geht daher in der vorliegenden Entscheidung davon aus, daß die Beschwerdeführer durch das bewilligte Projekt in ihrem Grundeigentum berührt werden (§ 12 Abs. 2 WRG 1959).

Das Verfahren über einen bevorzugten Wasserbau gliedert sich nach dem Gesetz in drei Abschnitte:

1.) Die Erklärung zum bevorzugten Wasserbau gemäß § 100 Abs. 2 WRG 1959, die im Beschwerdefall mit dem Bescheid der belangten Behörde vom 22. Dezember 1983 erfolgt ist.

2.) Das Bewilligungsverfahren (§§ 114 - 115 WRG 1959), in welchem der nunmehr angefochtene Bescheid vom 5. Dezember 1984 („generelle Bewilligung“) ergangen ist, das aber auf Grund des Ausstehens der Verhandlung und Entscheidung über zahl-

reiche Detailprojekte noch nicht abgeschlossen ist.

3.) Das Enteignungs- und Entschädigungsverfahren, das gemäß § 114 Abs. 1 WRG 1959 nach Erteilung der wasserrechtlichen Bewilligung — gesondert vom zuständigen Landeshauptmann zu führen ist. Im hier angefochtenen Bescheid sind solche Übereinkommen nicht beurkundet, ein Enteignungs- und Entschädigungsverfahren ist gemäß den vorliegenden Unterlagen bisher nicht eingeleitet oder abgeschlossen worden.

Grundsätzlich erfordert auch die Verwirklichung eines bevorzugten Wasserbaues — den vorherigen Abschluß des gesamten Verfahrens einschließlich der erforderlichen Enteignungen und Entschädigungen. Das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft kann jedoch gemäß § 122 Abs. 3 WRG 1959 bei besonderer Dringlichkeit die Inangriffnahme eines als bevorzugter Wasserbau erklärten und bewilligten Bauvorhabens sowie notwendige Eingriffe in fremde Rechte schon vor Abschluß des Entschädigungsverfahrens gestatten.

Auch in dieser Bestimmung geht der Gesetzgeber von dem Gedanken der Größe oder Bedeutung des Einzelnen im Interesse des allgemeinen Wohles kein ernstes Hemmnis sein können, weshalb ihr Schutz erst im Entschädigungsverfahren Raum findet. Umso sicherer muß ihm aber dieser Schutz dort auch werden, und umso mehr Gewicht kommt der genauen Einhaltung der Vorschriften des § 118, insbesondere dessen Abs. 3, zu. Die Ausnahmebestimmungen des § 122 Abs. 3 sind daher streng zu handhaben, namentlich die besondere Dringlichkeit der Inangriffnahme im allgemeinen und die Notwendigkeit des Eingriffes im einzelnen müssen der Behörde klar vor Augen stehen. Die einschränkende Interpretation jeder Ausnahmebestimmung verlangt auch, daß der Begriff „vor Abschluß“ nicht der viel weiteren Auslegung „vor Einleitung“ gleichgesetzt wird, ja daß zumindest der Versuch gütlicher Einigung

unternommen wurde, denn erst sein Mißlingen erweist die Notwendigkeit, Eingriffe zu gestatten (Grabmayr-Rossmann, „Das österreichische Wasserrecht“, Anm. 12 zu § 122 WRG 1959 auf S. 591). Es kann daher eine Verfügung nach § 122 Abs. 3 WRG 1959 erst dann ergehen, wenn das Entschädigungsverfahren zumindest eingeleitet wurde (vgl. dazu Erkenntnisse des Verwaltungsgerichtshofes vom 15. Jänner 1971, Zln. 358/69, 135/70, und vom 4. März 1965, Zl. 1452/64).

Im angefochtenen Bescheid vom 5. Dezember 1984 sind weder Übereinkommen beurkundet noch Zwangsrechte begründet worden; ebensowenig enthält dieser Bescheid den Ausspruch einer „einstweiligen Verfügung“ im Sinne des § 122 Abs. 3 WRG 1959. Trotzdem wurde das als bevorzugter Wasserbau erklärte und (generell) bewilligte Bauvorhaben Kraftwerk Hainburg bereits im Dezember 1984 durch Aufnahme von Rodungsarbeiten in Angriff genommen. Die belangte Behörde und ihr folgend die mitbeteiligte Partei sind dabei offenbar von der Rechtsansicht ausgegangen, bereits die generelle wasserrechtliche Bewilligung eines bevorzugten Wasserbaus ermögliche ohne weitere rechtliche Schritte die tatsächliche Ausführung des betreffenden Projektes. Es gilt jedoch der Grundsatz, daß der Berechtigte vor der Einräumung der erforderlichen Zwangsrechte von der ihm erteilten Bewilligung keinen Gebrauch machen kann. Noch in ihren Stellungnahmen zum vorliegenden Antrag auf Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung vertreten die belangte Behörde und die mitbeteiligte Partei die Meinung, die Rodungsarbeiten könnten im Falle der Abweisung dieses Antrages unmittelbar fortgesetzt werden. Dies, obwohl die belangte Behörde selbst noch in ihrem Bevorzugungsbescheid vom 22. Dezember 1983 (S. 40) zutreffend darauf verwiesen hat, daß die Möglichkeit, in Rechte Dritter einzugreifen, „jedenfalls eines bescheidmäßig abgeschlossenen Bewilligungsverfahrens und grundsätzlich auch entweder der vorherigen Einigung

mit dem Betroffenen oder eines rechtskräftigen Enteignungs- und Entschädigungsbescheides“ bedürfe. Daß die bereits eingeleiteten Rodungsarbeiten in Rechte Dritter (seien es nun die Waldeigentümer oder aber auch durch allfällige Grundwasseränderungen betroffene Anrainer, wie nach ihren Behauptungen die Beschwerdeführer) eingreifen, erscheint dem Verwaltungsgerichtshof nach der Aktenlage unzweifelhaft.

Ein Bescheid nach § 122 Abs. 3 WRG 1959 stellt der gesetzlichen Einordnung nach eine „einstweilige Verfügung“ dar, ist aber seinem rechtlichen Gehalt nach ein verfahrensrechtlicher Bescheid, nämlich die Vorwegnahme einer der Wirkungen der Rechtskraft, und ist in dieser Hinsicht mit § 64 Abs. 2 AVG 1950 vergleichbar; während im Falle des § 64 Abs. 2 AVG 1950 vergleichbar; während im Falle des § 64 Abs. 2 AVG 1950 ein Bescheid vor seiner Rechtskraft vollstreckbar wird, kann im Falle des § 122 Abs. 3 WRG 1959 (früher § 104 Abs. 3 WRG 1934) mit einem Bau begonnen werden, bevor das Entschädigungsverfahren abgeschlossen ist (vgl. Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes vom 30. Jänner 1958, Zln. 1154/56 und 1660/57). Der vorzeitige Baubeginn bedarf somit einer ausdrücklichen bescheidmäßigen Gestattung durch die oberste Wasserbehörde, welche jedoch im Beschwerdefall fehlt. Dieses Fehlen kann mit Rücksicht auf einen allenfalls durch den vorzeitigen Baubeginn geschaffenen irreversiblen Zustand keinesfalls als ein unerheblicher Formfehler angesehen werden.

Mit Rücksicht auf diese Erwägungen gehen die Hinweise der belangten Behörde und der mitbeteiligten Partei ins Leere, wonach die Vornahme der Rodungsarbeiten ihre Deckung bereits in der Bewilligung diesbezüglicher Detailprojekte im Rahmen des angefochtenen Bescheides fände. Auch die Bewilligung solcher Detailprojekte macht eine auf § 122 Abs. 3 WRG 1959 gestützte, in den Spruch der Entscheidung aufzunehmende Gestattung

des vorzeitigen Baubeginns keinesfalls entbehrlich.

Als Präsident der Österreichischen UNESCO-Kommission möchte ich Ihnen mitteilen, daß ich von dieser Funktion zurücktreten werde, sofern mit der Zerstörung der Stopfenreuther Au realiter begonnen wird.

Dieser Rücktritt resultiert nicht nur aus dem damit vollzogenen Bruch zweier internationaler UNESCO-Abkommen (Biosphärenreservate und Feuchtraumgebiete), sondern auch aus der Tatsache, daß die ernsthaften Einwendungen der UNESCO-Fachleute, die Prof. Löffler und ich in einer Pressekonzferenz am 17. April 1984 in der Concordia geäußert haben, nicht einmal diskutiert wurden.

Die Arbeit einer nationalen UNESCO-Kommission wird meiner Meinung nach sinnlos, wenn man ausgesprochene Empfehlungen nicht einmal der Reflexion für wert befindet, darüber hinaus glaube ich, daß sich Österreichs Gelehrtenwelt, die in internationalen Gremien wie der UNESCO arbeitet, kaum leisten kann, schweigend bürokratischen Entscheidungen zuzusehen, die Geist und Inhalt internationaler Vereinbarungen ins Gesicht schlagen.

o. Prof. Dr. Manfred Wagner

Ebensowenig kann auf eine Begründung verzichtet werden, aus der eine Auseinandersetzung der Wasserrechtsbehörde mit den besonderen Voraussetzungen dieser Gesetzesstelle, insbesondere der „besonderen Dringlichkeit“ der Inangriffnahme des Bauvorhabens, ersichtlich ist. Diese im Beschwerdefall fehlende Begründung kann nicht durch einschlägiges Vorbringen in den Stellungnahmen zum Antrag auf

Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung nachgeholt werden.

Entgegen der von der mitbeteiligten Partei vertretenen Auffassung ist diese besondere Dringlichkeit auch nicht bereits durch die Erklärung des Vorhabens zum bevorzugten Wasserbau ausreichend begründet, weil sich der Gesetzgeber in diesem Falle wohl nicht veranlaßt gesehen hätte, für einen vorzeitigen Baubeginn die zusätzliche Voraussetzung der besonderen Dringlichkeit gemäß § 122 Abs. 3 WRG 1959 zu fordern. Die Privilegierung des bevorzugten Wasserbaus geht — abgesehen von den vereinfachten Bestimmungen der §§ 114 - 116 WRG 1969 für das Bewilligungsverfahren — in dem der Bewilligung folgenden Verfahren zwar dahin, daß (im Gegensatz zum „normalen“ Bewilligungsverfahren) ein vorzeitiger Baubeginn durch Erlassung einer „einstweiligen Verfügung“ gestattet werden kann, nicht aber so weit, daß ohne einen derartigen Verfahrensschritt bereits auf Grund der wasserrechtlichen Bewilligung allein der Bau in Angriff genommen werden kann.

Auch die oben wiedergegebene Begründung am Ende des angefochtenen Bescheides (S. 134/135) vermag daher eine taugliche Rechtsgrundlage für vorzeitige Baumaßnahmen, zu denen unbestritten auch die Rodung zählt, nicht zu schaffen. Es kann daher die in der Beschwerde aufgeworfene Frage der für eine Vollstreckbarkeit der Rodungsbewilligung erforderlichen (katastermäßigen) Präzisierung der Rodungsfläche in diesem Zusammenhang dahingestellt bleiben.

Weder zwingende noch andere öffentliche Interessen können die vorzeitige Durchsetzung eines Bescheides begründen, der nach der gegebenen Rechtslage noch gar nicht vollstreckbar ist. Es bedarf daher auch keines weiteren Eingehens auf die von den Beschwerdeführern unter dem Titel der „sozialen Verträglichkeit“ (vgl. dazu den Energiebericht der Bundesregierung 1984, S. 118 und 359) für die Aufschiebung ins Treffen geführten gegenteili-

gen öffentlichen Interessen. Daß den Beschwerdeführern aus der vorzeitigen Inanriffnahme des bevorzugten generell bewilligten Projektes der mitbeteiligten Partei Nachteile drohen, haben sie in ihrer Beschwerde bzw. in ihrem Aufschiebungsantrag vorgebracht; inwieweit dies zutrifft, wird im Beschwerdeverfahren vom zuständigen Senat zu prüfen und zu entscheiden sein. Eine Abwägung dieser Nachteile mit

den zweifellos bedeutenden materiellen Nachteilen der mitbeteiligten Partei im Falle der Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung konnte in der vorliegenden Entscheidung jedoch deshalb unterbleiben, weil auch eine Abweisung des Aufschiebungsantrages derzeit Baumaßnahmen der mitbeteiligten Partei aus den dargestellten rechtlichen Gründen nicht er-möglichen würde.

4.-11. März

Volksbegehren unterschreiben!

Die rechtliche Realisierung des Kraftwerkes Hainburg ist durch eine Serie von Rechtsbrüchen gekennzeichnet:

1. Die Erklärung zum bevorzugten Wasserbau

Das Wasserrechtsgesetz fordert für diese Bevorzugung, daß das besondere Interesse der österreichischen Volkswirtschaft an einer beschleunigten Ausführung begründet wird. Diese Begründung konnte der Landwirtschaftsminister nicht liefern. Der BMLF begnügte sich mit der Darlegung, warum das Kraftwerk volkswirtschaftlich günstig sei, ging auf die

gesetzlich geforderten Kriterien einer Bevorzugungserklärung überhaupt nicht ein.

Die naturschutzrechtliche Bewilligung

Die Bezirkshauptleute von Bruck a.d.L., Gänserndorf und Wien-Umgebung haben mit Bescheiden vom 20.6.1984 die naturschutzbehördliche Bewilligung für das Kraftwerk versagt. Die Behörde stützte sich auf §5 NaturschutzG., wonach in Landschaftsschutzgebieten — die Donau-March-Thaya-Auen sind ein solches — keine Bewilligungen für Maßnahmen erteilt werden darf, wenn diese

durch Maßnahmen oder Vorhaben

- das Landschaftsbild

- die Landschaft in ihrer Schönheit und Eigenart

dauernd und maßgeblich beeinträchtigt wird und diese Beeinträchtigungen nicht durch Auflagen weitgehend ausgeschlossen werden können.

Diese Entscheidung entspricht sowohl dem Wortlaut als auch dem Sinn des NÖ Naturschutzrechts.

Diese Entscheidung wurde von dem für Naturschutz zuständigen Referenten der NÖ Landesregierung Ernst Brezovszky im Instanzenzug erhoben und der DOKW die naturschutzbehördliche Bewilligung erteilt. Dieser Bescheid ist klar rechts-widrig:

- Die Ausnahmebestimmung der §7 NschG über Eingriffsmöglichkeiten in Naturschutzgebiete wurde entgegen dem klaren Wortlaut des §6 auch für Landschaftsschutzgebiete für an-wendbar erklärt.

- Die Bewilligung wurde ausschließlich mit der Gefährdung der Au durch die Donaueintiefung begründet, der übrigens auch auf andere Weise begegnet werden kann. Auf das rechtlich relevante Kriterium der Beeinträchtigung des Land-schaftsbildes geht der Bescheid nicht einmal ein.

- Entgegen dem „Ramsar-Abkom-men“, das den strengen Schutz der Donau-March-Thaya-Auen völkerrechtlich garantieren soll und zu dem §6 NschG und die VO über Land-schaftsschutzgebiete Erfüllungsbe-stimmungen darstellen, wurde be-scheidgemäß ein schwerwiegender Eingriff in dieses Schutzgebiet ver-fügt. Da der Bescheid auch im Wider-spruch zum Berner Übereinkommen,

BGBI. Nr. 372/1983 steht, verletzt er sohin klar die völkerrechtliche Ver-pflichtung Österreichs.

- Im übrigen wurde ein Verfahren nach dem Wr. Naturschutzgesetz, das infolge der Inanspruchnahme des Wiener Landesgebiet bzw. der zu er-wartenden Einwirkungen auf dieses Gebiet erforderlich wäre, bisher nicht einmal eingeleitet.

3. Die wasserrechtliche Bewilligung

Mit Bescheid vom 5.12.1984 erteil-te der BMLF den DOKW die wasser-rechtliche Bewilligung zur Errichtung des Kraftwerkes Hainburg. Auch die-ser Bescheid weist schwerwiegende rechtliche Mängel auf:

- Mängel des Ermittlungsverfah-rens: Der Bescheid wurde — offen-sichtlich unter politischem Druck — völlig übereilt entlassen, ohne daß die rechtlichen gebotenen Entschei-dungsgrundlagen vorliegen. Der Be-scheid stellt ein rechtsstaatliches Ku-riosity dar: Der Minister genehmigt den Bau des Kraftwerkes, schreibt so-dann den DOKW in Form von Aufla-gen vor, daß diese die nötigen Erhe-bungen über Wassergüte, das Grund-wasser, die Schifffahrt usw. in die Zu-kunft zu erheben haben. Die Ermitt-lungen, die dem Bescheid zugrunde liegen sollten, werden sohin erst nach der Bewilligung ausgestellt.

- In wesentlichen Belangen sollen strittige Fragen durch die Herstellung des „Einvernehmens“ mit Behörden oder Privaten gelöst werden. Auch solche Übereinkommen müßten vor der Bewilligung abgeschlossen wer-den. Zudem ist eine rechtliche Ein-bindung Dritter in den Bescheid rechtswidrig.

- Die Rodungsbewilligung ist rechtswidrig. Der BMLF erteilte die Rodungsbewilligung auch für Maßnahmen, die noch gar nicht genehmigt sind, ja von denen erwartet werden kann, daß sie gar nicht genehmigt werden können. Dies stellt jedoch eindeutig einen Verstoß gegen §§ 17 ff ForstG dar.

4. Die gegenwärtige Rechtslage

Gegenwärtig kann der Rechtszustand kurz so charakterisiert werden: Es liegt eine rechtswidrige wasserrechtliche Globalbewilligung vor, die noch wesentlicher Ergänzungen bedarf, um überhaupt vollziehbar zu sein. Es sind noch alle Enteignungs- und Entschädigungsverfahren ausständig.

Es fehlen die baurechtlichen Genehmigungen.

Es fehlen die elektrizitätsrechtlichen Genehmigungen.

Trotzdem wird, gestützt auf die rechtswidrige Rodungsbewilligung, mit dem Bau begonnen, ohne daß die rechtliche Zulässigkeit des Kraftwerks insgesamt gesichert ist. Die Tendenz ist deutlich: Tatsachen zu schaffen, aus denen die Notwendigkeit erwachsen soll, das Recht an ihnen krummzubiegen. Rechtsstaatlich kann diese Vorgangsweise nicht genannt werden. Unter diesen Umständen scheint es dringend geboten, die Entscheidungen der Höchstgerichte abzuwarten.

Dieses Gutachten unterzeichneten u.a. die Professoren Klecatsky (Justizminister a.D.), Lehne (Vizepräsident des Verwaltungsgerichtshofes a.D.), Pernthaler, Raschauer.

Impressum: Medieninhaber: Verein der Redakteure und Angestellten des FORVMs. Der Verein ist Alleininhaber des FORVM sowie der Schriften zur Zeit Publikationsgesellschaft m.b.H. Unternehmensgegenstand: Verlag von Medienwerken. Grundlegende Richtung: Links von der Mitte.

Herausgeber: Günther Nennung.

Hersteller: studio ges.m.b.h., A-1090 Wien, Porzellangasse 2, Telefon 31 59 80.

P.b.b.

Verlagspostamt 1070 Wien

4.-11. März

Volksbegehren unterschreiben!

P.b.b.
Verlags -
postamt
1090 Wien.



Österr. Pressedienst
(ÖPD) Nr. 4/85
Volksbegehren,
Museumstr. 5
1070 Wien
Tel. 93 05 94

Wien, 9. Feber 1985

EXPRESSHIRSCH

Bei 500.000 Unterschriften: Volksabstimmung

"Die Forderung des Bundeskanzlers, über Zwentendorf eine neuerliche Volksabstimmung durchzuführen, lehnen wir kategorisch ab", erklärten die Bevollmächtigten des Volksbegehrens. "Zwentendorf ist eine baufällige Ruine, die Ersatzkraftwerke gibt es schon und eine Inbetriebnahme würde neuerlich mindest 4 1/2 Milliarden Schilling kosten. Diese sollen besser im Kampf gegen das Waldsterben eingesetzt werden. Thema einer Volksabstimmung soll vielmehr der wesentliche Inhalt des Volksbegehrens sein, wenn dieses mindest 500.000 Unterschriften erhält, nämlich: verfassungsgesetzlicher Vorrang für Umweltschutz und Arbeitsplätze sowie Errichtung von Nationalparks."

In der kommenden Woche werden die Bevollmächtigten des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens, Gerhard Heilingbrunner, Freda Meißner-Blau und Günther Nennung diesbezügliche Gespräche mit den Klubobmännern der drei Parlamentsparteien führen, als erstes am Donnerstag, 14. Februar, mit Sepp Wille, dem Klubobmann der SPÖ und geschäftsführendem Obmann der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie.

Von der ÖVP liegt die Zusicherung schon vor, daß sie eine sofortige Behandlung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens im Parlament verlangen wird. Führt dies zu keinem positiven Beschluß, wird die ÖVP die Durchführung einer Volksabstimmung beantragen.

Auf dem Salzburger Kongreß des Volksbegehrens Anfang des Monats wurde gefordert, daß an der Formulierung der Abstimmungsfrage die Initiatoren des Volksbegehrens mitwirken müssen.

Vom Volksbegehren werden die folgenden Nationalparks gefordert: Hainburger Au (Donau-March-Thaya-Auen), Reichraminger Hintergebirge, Nieder Tauern (Schladminger Tauern), Hohe Tauern (mit Umbalfällen) und Neusiedlersee/Seewinkel.

b.w.

Vier Wochen vor der Eintragungswoche des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens (4.-11. März) antworteten auf die Frage des Fessel-Institutes "Werden Sie das Volksbegehren unterschreiben?" 35% der Wahlberechtigten mit "Ja", und zwar 18% mit "ganz sicher" und 17% mit "ziemlich sicher". Das sind ziemlich genau die gleichen Prozentsätze wie sie im Frühjahr 1982 einen Monat vor dem Volksbegehren über das Konferenzzentrum erhoben wurden.

Weit über dem Durchschnitt liegen die Antworten "Ja, ich werde das Volksbegehren unterschreiben" in der Altersgruppe bis 29 Jahre (43%), bei den Maturanten und Akademikern (je 48%). Besonders unterschreibefreudig geben sich die Wiener (25% "ganz sicher", 15% "ziemlich sicher") und die Vorarlberger (26 bzw. 18%).

"Wir freuen uns über diese Meinungsumfragen, aber wir glauben nicht recht daran", gibt man sich zurückhaltend im Volksbegehrens-Büro. "Auch wer sagt, er wird sicher unterschreiben, geht dann vielleicht doch nicht ins Wahllokal. Rechnet man von den 35% der Ja-Antworten in der Umfrage sicherheitshalber die Hälfte wieder weg, kommt man auf 900.000, rechnet man zwei Drittel weg, so auf 600.000 Unterschreiber. "Wir sind eher für eine recht niedrige Prognose", sagt man in der Volksbegehrens-Zentrale. "Denn so kriegen wir die Leute eher dazu, daß sie wirklich hingehen."

Wähler aus allen drei traditionellen Parteien haben die Absicht das Volksbegehren zu unterschreiben (22% SPÖ-Wähler, 29% ÖVP-Wähler, 44% FPÖ-Wähler).

Wie sehr die alten Parteifronten im Rutschen sind, zeigt auch eine jüngste Umfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft, die der SPÖ nahesteht. 38% aller Österreicher wünschen sich Grüne im Parlament. Auf die Zusatzfrage: "Würden Sie dies auch wünschen, wenn es auf Kosten der Partei ginge, die Sie bisher gewählt haben?" antworteten 49% SPÖ-Anhänger mit ja, 46% ÖVP-Anhänger, 38% FPÖ-Anhänger.

Einen Grünerfolg auch auf Kosten der bisher von ihnen gewählten Partei wünschen sich 70% der Maturanten und Akademiker und 75% der 20-25jährigen.

Liebe Volksbegehrer und Umweltinitiativen,
liebe (Au)waldvertreter, liebe Naturschützer!

Diese Aussendung soll einen letzten großen Informationsblock im Hinblick auf die Eintragungswoche bieten:

1. Nachlese zum Volksbegehrenskongreß in Salzburg:

a) Es wurde ein Veranstaltungskalender erstellt. Bis zum 11. März sollen in ganz Österreich Diskussionen, Vorträge, Filme und Dia-Shows abgehalten werden. Dieser Veranstaltungskalender wird mehrmals in den Medien veröffentlicht werden.

b) Nach Absprache mit den wichtigsten Vertretern von österreichweit organisierten Umweltinitiativen wurde die beiliegende Erklärung dem Kongreß vorgelegt und nach einigen Änderungen gutgeheißen.

c) Die Bundesländerkoordinatoren einigten sich über die Abhaltung eines gemeinsamen Aktionstages am Samstag, den 2. März 1985. Beschlossen wird, daß in möglichst vielen Ortschaften Österreichs eine Kundgebung, Aktion, etc. stattfinden soll, und zwar überall zur gleichen Zeit, nämlich 10 Uhr vormittags.

Dies ist eine ideale Möglichkeit, in die Presse zu kommen.

Die großen Medien werden vom Volksbegehrensbüro verständigt, die Landeszeitungen übernehmen die Landesbüros des Volksbegehrens. Für die einzelnen Gruppen ist es jedoch wichtig, sich selbst an die Lokalmedien zu wenden. Die Lokalzeitungen sind durchaus ansprechbar und ein Bericht über die Aktion hebt den Bekanntheitsgrad der Initiativgruppe und des Volksbegehrens auf dem Lande.

Ursprünglich wollten wir uns mit Gasmasken "schmücken", unsere Werbefachleute rieten uns jedoch davon ab, weil dies so einen depressiven Eindruck machen würde.

Besser wäre es, nur Flugblätter und Blumen zu verteilen, Musik zu machen, etc.....!
Doch jede Gruppe möge eigeninitiativ handeln!

Zweck der Aktion ist die Werbung für die Eintragungswoche vom 4. - 11. März.

Zum Abschluß noch eine Bitte: Verständigt das jeweilige Volksbegehrensbundesländerbüro, damit wir einen Überblick bekommen, was sich alles abspielt.

(Adressen liegen bei).

2.) EINTRAGUNGSWOCHE: 4. - 11. März

Folgende Werbemaßnahmen sind geplant:

- Pressekonferenzen, jede Woche zu einem anderen Thema
- Wir wagen uns nochmals an eine Plakataktion heran, denn anders ist kaum eine vergleichbare Breitenwirkung zu erzielen. Die Kosten allerdings sind enorm, bitte um Spenden!!!
- Wir wollen versuchen, in die Ö3-Freizeichen-Sendung zu kommen. 1/2 Stunde im Radio wäre nicht schlecht.
- Werbematerial kann im VB-Büro, Alserstraße 37/16, 1080 Wien, oder in den Bundesländerbüros angefordert werden. Zur Verfügung stehen jeweils mehrere Arten Broschüren, Flugblättern, Plakaten und Pickerln.
Eine Gesamtübersicht findet sich in der Krone-Beilage "Schau Zu" vom 22. 2. 1985.
- Für Samstag, den 3. März sind eine Wienerwaldwanderung und ein Benefizkonzert im Metropol vorgesehen. Nähere Information folgt nach.
- Am 1. März wird Kardinal Dr. Franz König im Wiener Stephansdom eine Besinnungsandacht mit dem Titel: "Der Mensch - Gestalter und Hüter der Erde" feiern. Eingeladen sind sämtliche österreichische Führungsspitzen von Sino bis Mock, von Steger bis Benya. Der Termin 1. März ist kein Zufall.

Leutl'n, bitte laßt's uns nicht im Stich!

Euer

Martin Fasan

ERKLÄRUNG DER ÖSTERREICHISCHEN BÜRGERINITIATIVEN UND INITIATIVGRUPPEN
BEIM BUNDESKONGRESS DES KONRAD LORENZ VOLKSBEGEHRENS IN SALZBURG
VOM 1. - 3. FEBRUAR 1985

Die Bürgerinitiativen und Initiativgruppen stellen anlässlich der immer näher rückenden Eintragungswoche des Volksbegehrens folgendes fest:

Schon lange vor der Existenz des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens erfolgte eine inhaltliche Aufbereitung der im Volksbegehren aufgeworfenen Sachfragen (z.B. Argumente gegen den Bau des Kraftwerkes Hainburg, Salzburger Forderungsprogramm der Initiative zur Rettung des Waldes u.s.w.).

Dem Konrad-Lorenz-Volksbegehren gelang es, durch die Arbeit kompetenter Medienfachleute und des Personenkomitees eine breite Öffentlichkeit für das Thema Umweltschutz zu sensibilisieren. Durch diese Bewußtseinsbildung der Bevölkerung wird für die künftigen Aktivitäten der Initiativgruppen und Bürgerinitiativen ein guter Nährboden geschaffen. Daher unterstützen fast alle österreichischen Umweltinitiativen das Konrad-Lorenz-Volksbegehren in seinen Inhalten, wobei sie gleichzeitig größten Wert auf ihre Unabhängigkeit legen. Das Personenkomitee und die Mitarbeiter des Volksbegehrens sind als Koordinatoren für die mit der Eintragung verbundenen Arbeit zu betrachten, wobei ihnen die Bürgerinitiativen und Initiativgruppen nach Kräften helfen.

Diese haben neben der begrüßenswerten Medienpräsenz des Volksbegehrens die Möglichkeit, dessen Inhalte an der Basis weiterzutransportieren und ~~darüber hinaus~~ darauf hinzuweisen, daß das Volksbegehren jeder Person Gelegenheit bietet, mit ihrer Unterschrift für die Wichtigkeit einer gesunden Natur einzutreten und ihre Unzufriedenheit mit der derzeit herrschenden Handhabung der Demokratie auszudrücken.

BUNDESLÄNDERKONTAKTE

Salzburg: Silvia Dengg
Franz-Josefs'Kai 5
5020 Salzburg
Tel.: 0662/43 85 84

Tirol: Regina Obermaier
Anichstraße 12
6020 Innsbruck
Tel.: 05222/21046

Steiermark: Dezentrale
Frokopgasse 2
8010 Graz Tel.: 0316/70 21 53

Rene' Cordes
Theodor-Körnerstraße 45
8010 Graz
Tel.: 0316/ 62 5 56 (Eltern)
0316/ 62 79 52

Oberösterreich: Kuno Haas
ÖH Uni Linz
Altenbergerstraße
4040 Linz
Tel.: 0732/23 13 81/93 70
priv.: 0732/27 55 955

Rupert Frechinger
Ursulinenhof ÖNB-ÖÖ
Landstraße 31
4040 Linz
Tel.: 0732/27 92 79

Vorarlberg: Sonja Gnaiger
6933 Doren 65
Tel.: 05516/2496

Burgenland: Herr Lunzer (Volksbildungswerk)
7000 Eisenstadt
Tel.: 02682/2282
priv. 02682/52 195

Dipl. Ing.
Wolfgang Pelikan
Tel.: 02682/600/293
priv. 02689/5052

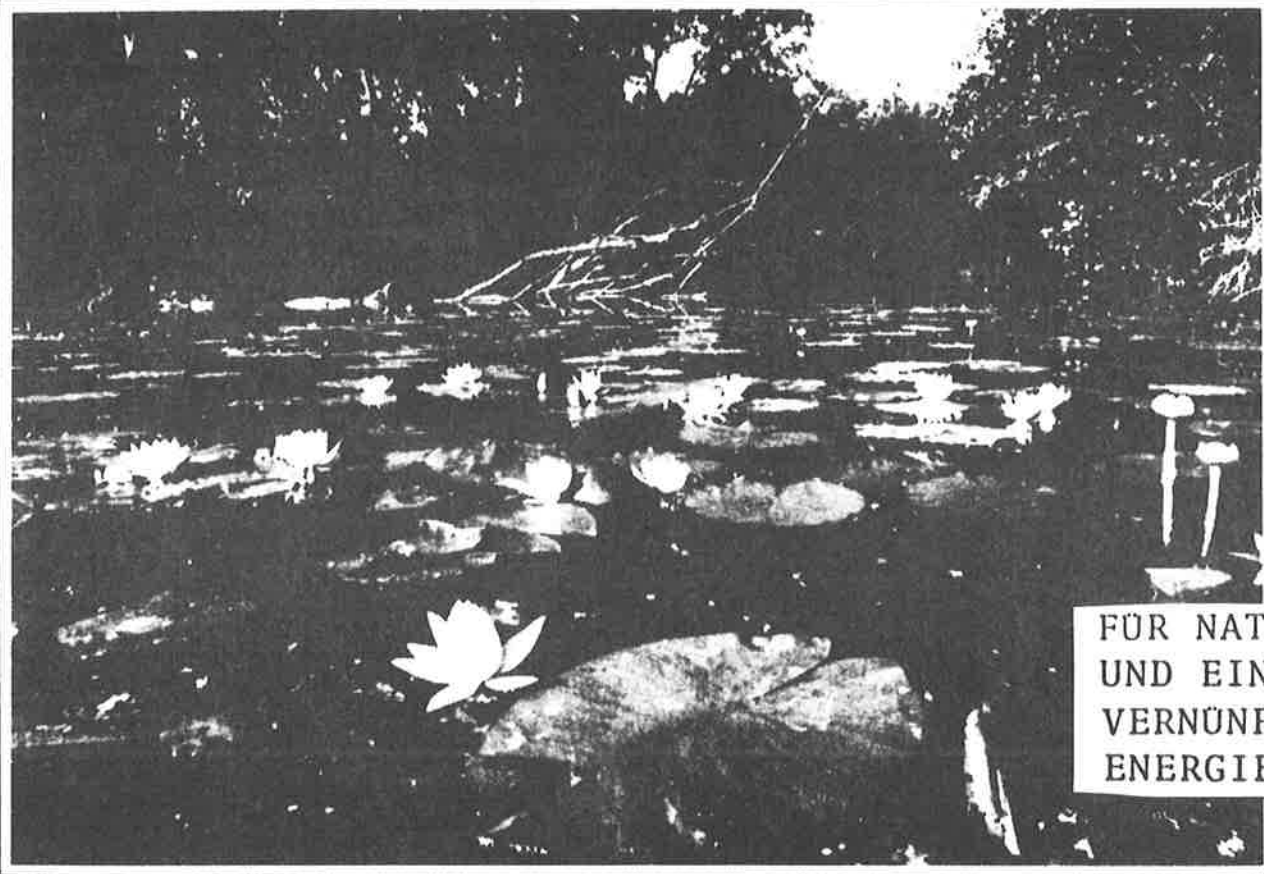
Cselly-Mühle
7000 Oslip
Tel.: 02684/2269

Kärnten: Heinz Christian Hammerschlag
Ayrenhoffgasse 3/7
1090 Wien
Tel.: 34 50 794

Erich Eibensteiner
Löwengasse 39/11
1030 Wien
Tel.: 73 50 473

August Oitzl
ÖH Klagenfurt
Ref. für Ökologie und Umwelt
Universitätsstr. ~~82/1~~ 67
9020 Klagenfurt
Tel.: 04222/23730/283

NATIONALPARK ODER KRAFTWERK HAINBURG ?



FÜR NATURSCHUTZ
UND EINE
VERNÜNFTIGE
ENERGIEPOLITIK

WEITERE EINSPARUNGEN
AM ENERGIESEKTOR SIND
MÖGLICH!

**DAS DONAUKRAFTWERK
HAINBURG IST FÜR DIE
STROMVERSORGUNG NICHT
NOTWENDIG!**

- seit vier Jahren sinkt der Gesamtenergieverbrauch drastisch ab. 1983 wird nur mehr so viel Energie verbraucht wie 1970 !
- der Stromverbrauch bleibt weit hinter den Verbrauchsprognosen zurück.

- 60% der in Österreich eingesetzten Energie geht größtenteils umweltschädigend verloren.
- es gibt heute noch keine vorausschauende Energiepolitik der Bundesregierung.
- daher auch keine koordinierte Einsparung, keine Planung, kaum Gesetze, die das Energiesparen unterstützen, nur minimale Ansätze zu vernünftigen Förderungsmaßnahmen.
- die Tarifpolitik der E-Wirtschaft fördert die Verschwendung ! Rabatte für Großverbraucher statt Sparförderung !
- die erzeugte Kilowattstunde ist nicht unter 70 Groschen zu haben und belastet zusätzlich die Umwelt, Sparmaßnahmen wie z.B. Wärmedämmung kosten einen Bruchteil.

**ARBEITSPLATZSICHERUNG
DURCH UMWELTZER-
STÖRUNG?**

Arbeitsplatzsicherung durch Umweltzerstörung ist so wie die Arbeitsplatzsicherung durch Rüstung ! Letztenendes richtet sich die Bedrohung gegen die arbeitenden Menschen zu allererst !

Die 10 Milliarden für das Kraftwerk Hainburg inklusive der Folgekosten sollen besser in Abwärmenutzung, Entschwefelungsanlagen etc. investiert werden. Das entlastet die Umwelt und Zahlungsbilanz, bringt sinnvolle Arbeit und spart Energie selbst bei steigendem Komfort.

Für die Donauschuffahrt ist die Staustufe Hainburg nicht notwendig! Der Strom führt hier die größte Wassermenge im gesamten österreichischen Donauabschnitt und ist auch ausreichend tief.

Die Heilquellen von Dt. Altenburg sind durch das Kraftwerk Hainburg in allen seinen Varianten aufs Äußerste gefährdet!

WIRD DURCH DAS KRAFTWERK HAINBURG DIE GRUNDWASSERSITUATION IM MARCHFELD VERBESSERT?

Offensichtlich nicht. Denn der Bund und das Land Niederösterreich wollen Mia. für den Marchfeldkanal ausgeben! Die DOKW verspricht die Sanierung der Grundwassersituation im Marchfeld, ohne dafür einen Beweis zu liefern. Dagegen läßt die künstliche Eintiefung der Donau unterhalb der Stau-mauer eine weitere Absenkung des Grundwasserspiegels im Marchfeld befürchten.

SIND WASSERKRAFTWERKE UMWELTFREUNDLICH?

Im Prinzip ja. ABER: Nicht in Landschaftsschutzgebieten und projektierten Nationalparks!

Ein Stauraum unterhalb einer Millionenstadt mit schlecht funktionierender Kläranlage wirft unabsehbare umwelthygienische Probleme auf.

WIEVIELE NATURRESERVATE LASSEN WIR NOCH ZUBETONIEREN?

Die Stopfenreuther Au gegenüber Hainburg ist das letzte grosse natürlich geflutete Augebiet Europas!

Deswegen wurde es auch ausdrücklich in einen Staatsvertrag zum Schutz von Feuchtgebieten mit internationaler Bedeutung aufgenommen! Dieser trat erst am 16. April in Kraft (BGBl. 225/83). Das Kraftwerk Hainburg würde

genau die Kernzone des künftigen Nationalparks DONAU-MARCHAUEN unwiederbringlich zerstören!

Das verbietet das am 1. Sept. 1983 in Kraft getretene Berner Artenschutzabkommen, unterzeichnet von Bundeskanzler Sinowatz!

Auch nach dem N.Ö. Naturschutzgesetz ist der Bau des Kraftwerks abzulehnen, da das Gebiet unter Landschaftsschutz steht.

Mit den neun bestehenden Flußkraftwerken wird das Energiepotential der Donau zu 80% genutzt. Übrig sind nur mehr die Wachau und die Auen unterhalb Wiens.

Jede dieser beiden Stromlandschaften ist einzigartig und muß deshalb erhalten bleiben.

Wir fordern daher:

Kein Donaukraftwerk Hainburg!

Errichtung des Nationalparks-Ost!

Verbindliche Konzepte für eine sinnvolle Energiepolitik in Österreich!

aktionsgemeinschaft gegen das kraftwerk hainburg:

österreichische gesellschaft für natur- und umweltschutz . österreichischer naturschutzbund . world wildlife fund österreich, deutschland, schweiz, international . international union for the conservation of nature . bi hainburg . bi marchfeld zur rettung der auen . bi auweh fischamend . bi kamptal . österreichische hochschülerschaft . global 2000 . österreichischer kunstsenat . alpenverein sektion niederösterreich . österreichische naturschutzjugend . institut für energie- und umweltforschung . friends of the earth . greenpeace . initiative österreichischer atomkraftwerksgegner . wiener organisation gegen atomkraftwerke . arbeitsgemeinschaft besser leben . zoologisch-botanische gesellschaft . zusatz: österreichischer naturschutzbund alle landesverbände .

Impressum:

Medieninhaber, Verleger:
Österr. Hochschülerschaft,
1090 Wien, Liechtenstein-
str.13
Erscheinungsort: Wien.

WO UNRECHT ZU RECHT WIRD WIRD WIDERSTAND ZUR PFLICHT!

Am Samstag, 8. Dezember 1984, marschierten ca. 6000 - 8000 (!) Kraftwerksgegner in die Stopfenreuther Au bei Hainburg und demonstrierten damit machtvoll gegen das geplante Donaukraftwerk, dessen Errichtung in keiner Weise gerechtfertigt ist, da wir in Österreich längst wesentlich mehr Strom erzeugen als wir benötigen, wie aus den veröffentlichten GTE - Geheimpapieren allgemein bekannt ist.

Auch von Oberösterreich nahm eine große Anzahl Natur- und Umweltschützer an dieser Sternwanderung teil.

Viele Prominente aus Wissenschaft, Kunst und Politik waren gekommen, um in zum Teil leidenschaftlichen Reden ihre Enttäuschung über das rücksichtslose und gesetzwidrige Vorgehen der Kraftwerksbefürworter und im Besonderen einiger Politiker zum Ausdruck zu bringen, sowie den Anwesenden Mut und Hoffnung zu machen.

Lesen Sie in der Folge die beeindruckende und aufrüttelnde Ansprache von Univ. Doz. Dr. Bernd Lötsch, welche von einem Teilnehmer der Veranstaltung auf Tonband aufgezeichnet wurde:

Es ist sehr bewegend für jemanden, der sonst höchstens im Club 2 zu später Stunde für ein paar intellektuelle Reden kann, die nicht schlafen können, eine anschwellende Massenbewegung zu erleben.

Es ist noch nicht alles verloren. In der Medizin kennt man den Begriff der aktiven Immunisierung, man impft Krankheitskeime und dann kommen erst die ganzen Abwehrmechanismen in Bewegung. Dieser ein-Krankheitskeim, dieser abgeschwächte, der unserer Bevölkerung jetzt geimpft wurde, war der gesetzeswidrige Baubescheid. Die Sache war schon im Begriff einzuschlafen, vielleicht muß Herr Brezovsky einmal einen Orden um Verdienste für die grüne Bewegung bekommen, denn er hat genau jenen Provokationsakt gesetzt, der offenbar nötig ist für jene, die noch immer nicht geglaubt haben, daß wir an der Schwelle zum totalitären Staat stehen.

Am Anfang dieses Jahres habe ich gesagt, nein so schlimm ist es ja doch nicht. Seit dem Baubescheid wissen wir aber, 1984 hat tatsächlich begonnen. Die Wahrheit wird auf den Kopf gestellt, Naturschutz wird durch Naturzerstörung betrieben, und wenn einem Landwirtschaftsminister nichts anderes einfällt, als den sterbenden Fichten- und Buchenforsten noch die letzten intakten Även hintendrein zu werfen, dann zeigt das die Handlungsunfähigkeit der Regierung gegenüber dem Waldsterben.

Ich verspreche Ihnen, meine Kollegen und ich werden uns in den nächsten Tagen die Experten vornehmen, wir werden kollegiale Gespräche mit den Gutachtern als auch mit den Schlechtachtern führen. Sie wissen ja, es gibt Wissenschaftler die sich engagieren und Wissenschaftler, die sich engagieren lassen. Es gibt besorgte Wissenschaftler, die Amerikaner nennen sie concerned scientists und es gibt andere Wissenschaftler, die sich sorgen, z.B. um den Verbundkonzern, die nennen wir Konzernscientists.

Als man den Assuandamm baute, wußte man es vielleicht noch nicht besser, heute wissen die Ökologen, Ägypten wäre vielleicht noch zu retten, wenn es gelänge, den Assuandamm ungeschehen zu machen. Und in dieser Zeit wird eine Prestige- und Kraftprobe über die Bühne gezogen, um Österreich auch noch einen Assuandamm zu verpassen, mit unabsehbaren und absehbaren ökologischen Langzeitfolgen. Es ist schrecklich, daß die ohnehin begrenzte Gehirns- substanz von Entscheidungsträgern derartig aufgerieben wird, daß

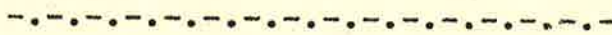
sich die Regierenden um die Ladenschlußzeiten mehr Sorgen machen als um das Waldsterben. Und wie immer, am Vorabend eines totalitären Staates, gibt es bereits politische Helden, gibt es Helden mit Zivilcourage, wie Freda Meissner-Blau, wie Günther Nenning, wie unseren Freund, den Spezialisten des gewaltfreien Widerstandes Schobesberger, der sich angekettet hat an Bäume, so wie unseren Hofrat Dr. Erich Czwiernia. Wir alle müssen Zivilcourage beweisen, obwohl wir wissen, daß in dieser Zeit für diese Form der Zivilcourage mehr Mut notwendig ist, als einen Uniformrock zu tragen.

Wir sind verpflichtet, Widerstand zu leisten, damit wir unseren Kindern einmal in die Augen schauen können, wenn sie zu uns kommen und fragen: "Warum habt ihr nicht den Anfängen gewehrt, habt ihr nicht gesehen, was da auf uns zukommt?" So wie wir unsere Eltern gefragt haben: "Ja habt ihr denn 1938 nicht gesehen was auf uns zukommt, warum habt ihr nicht den Anfängen gewehrt?" Und sie haben verlegen geantwortet: "Man hat uns Arbeitsplätze versprochen."

Lassen Sie sich nicht entmutigen, auch nicht von den Motorsägen. Freilich, umgeschnitten ist ein Baum in 10 Minuten; nachgewachsen bis zu dieser Schönheit und Naturkraft ist er nicht in 10 Minuten, nicht in 10 Jahren, sondern er braucht dazu mindestens 30 Legislaturperioden.

Aber dennoch, lassen Sie sich nicht entmutigen, wir haben unser depressives Formtief bereits hinter uns. Selbst wenn einige Hektar Wald unter der Gewalt gerodet werden, wenn wir die baulichen Maßnahmen verhindern, ist diese Au und ihre Schönheit noch nicht verloren. Solange nicht die Spundwandschürzen, die wasserdichten Dämme gesetzt wurden, ist diese Au noch regenerationsfähig, denn es ist einfach nicht wahr, daß sie von selbst austrocknet. Der Verbundkonzern hat Pläne veröffentlicht, Landkarten, da wird der Tiergartenarm als ausgetrocknet seit 1978 gemeldet. Auf diesem Arm, der als ausgetrocknet seit 1978 gemeldet wird, haben wir 1984 Prinz Philipp vor der ganzen versammelten Weltpresse herumgerudert, in einem bekannt trockenen Jahr. Der muß also offenbar über dem ausgetrockneten Arm in einem Boot geschwebt sein, oder er hat die Publikationen des Verbundkonzerns nicht gelesen.

Lassen Sie sich nicht verblöden, denn wie sagte Konrad Lorenz: "Das Volk ist viel weniger blöd, als es die Politiker haben wollen!"



ANMELDUNG

Ich möchte Mitglied des Österreichischen Naturschutzbundes, Landesgruppe Oberösterreich, werden (Mitgliedsbeitrag S 80,--/Jahr).

Name:

Beruf:

Adresse:

GREENPEACE

ÖSTERREICH

Kontaktadresse:
CHRISTIAN HERZENBERGER
Ramsauerstraße 83
A - 4020 Linz

LINZ, am 24.1.85

Liebe Umweltschützer(innen)! - Liebe Bürgerinitiativler(innen)!

Wir von der Linzer GREENPEACE-Gruppe möchten Sie zur Besprechung einer gemeinsamen Öko-Initiative im Linzer Raum einladen.

Kongret planen wir langfristig einen, auf Ökologie bezogenen Veranstaltungsrahmen, der - ähnlich der "ars electronica" - im zweijährigen Rhythmus zur Aufführung gelangen soll.

Dieses, von uns als "Ökologia" bezeichnete Projekt, soll in zwei Phasen verwirklicht werden:

- 1) Eine bescheidene, der kurzen Vorbereitungszeit angemessene Reihe von Einzelinitiativen der beteiligten Gruppen, mit einer gemeinsamen Schlußveranstaltung (eventuell mit Podiumsdiskussion), unter Beteiligung von Leuten wie Robert Jungk u.ä.
- 2) Vorbereitung einer "Ökologia"-Großveranstaltung im Herbst 1987, ebenfalls unter Beteiligung der Linzer Bürgerinitiativen und Umweltschützer.

Hierzu auch das von uns verfaßte, unverbindliche "Ökologia"-Konzept, das dieser Aussendung beiliegt.

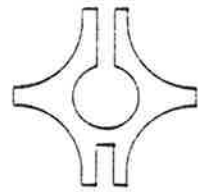
Die Besprechung, bei der es in erster Linie um Punkt 1) gehen wird, findet am 7. Februar d.J., um 19h30 im Linzer Ursulinenhof (Zi 205) statt.

Da das Gelingen dieser Veranstaltungsreihe von einer möglichst umfassenden - und damit auch von Ihrer - Beteiligung abhängig ist, bitten die Linzer Greenpeacer um regen Besuch des Treffens, das auch zum Kennenlernen anderer Gesinnungsfreunde dienen soll. - Telefonische Auskünfte: MO - DO vormittag, unter der Telefonnummer der Naturschutzbundes (0732 / 279279).

Mit besten Grüßen:

i.V. Christian Herzenberger

GREENPEACE Österreich



Hochschülerschaft

an der Johannes Kepler Universität Linz

Körperschaft öffentl. Rechts

Altenbergerstraße 69 - 4040 Linz
Tel. 0732/23 13 81 Klappe 535, 534

Zentralsparkasse und Kommerzbank Linz,
Kto. 434005500, Bankleitzahl 20151

Unser Zeichen

Datum

Sehr geehrte Frau !

Sehr geehrter Herr !

Liebe Freunde unserer Umwelt !

Am 4. 6. 84 traf sich eine Gruppe von Unterstützern des Konrad -
Lorenz - Volksbegehrens. Ziel des Treffens war die Initiierung
eines Personenkomitees für Oberösterreich.

Dabei wurde auch Ihr Name genannt. Ich trete deshalb mit dem
Ersuchen an Sie heran, dem Personenkomitee zur Unterstützung
des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens beizutreten.

Eine entsprechende Beitrittserklärung liegt diesem Schreiben
bei. Sollten Sie noch weitere für Freunde und Bekannte be-
nötigen, wenden Sie sich bitte an die Koordinationsstelle,
die bei der Hochschülerschaft eingerichtet wurde. Für Infor-
mationen stehen wir Ihnen unter der Telefonnummer

0732 / 23 13 81 / 535 od. 624

zur Verfügung (Feldbauer, Feichtinger oder Haas verlangen).

Am 13. 6. 1984 findet um 19.00 im Ursulinenhof im Raum 205
(2. Stock) ein weiteres Treffen statt, das der Vorbereitung
der Pressekonferenz am Freitag, den 15. 6. um 10.30. Zu bei-
den Terminen sind Sie natürlich herzlich eingeladen.

mit freundlichen Grüßen für das Personen-
komitee

Kuno Haas

Österr. Naturschutzbund
Landesgruppe Oberösterreich
Landstraße 31/II/224, 4010 Linz

Weltbund zum Schutze des Lebens
Landesgruppe Oberösterreich
Landstraße 31/II/223, 4010 Linz

Geschätzte Freunde
einer gesunden und lebenswerten Umwelt!

28. Mai 84

Die bisherige Form von Politik hat in einem entscheidenden Punkt versagt:

Statt Österreichs letzte Reste von Kultur- und Naturlandschaft zu schützen, werden sie zerstört. Blind wird vernichtet, was nicht uns gehört, sondern unseren Kindern und Kindeskindern.

Wenn die Hainburger Donau - Auen gerodet werden, verschwindet eine der natürlichsten und vielfältigsten Landschaften Europas, unter Mißachtung bestehender Gesetze und internationaler Verträge.

Der Sachverstand namhaftester Fachleute des In- und Auslandes, voran Konrad Lorenz, warnte bisher vergebens. Jeder Augenschein lehrt, wie die Schönheit unserer Heimat Stück um Stück sinnlos geopfert wird. Gesunder Menschenverstand und Gefühl sagen:

H a l t , j e t z t i s t ' s g e n u g !

Es geht nicht nur um Hainburg und Zwentendorf. Es geht um ein positives Konzept, neue Formen von Politik. Das bundesweite Konrad-Lorenz-Volksbegehren will eine Wende bewirken - von umweltzerstörenden Monsterbauten zur verbraucherfreundlichen Energiesicherung, die zugleich zehntausende Arbeitsplätze schafft.

Überall wachsen Bürgerinitiativen aus dem Boden. Die mangelnde Lernfähigkeit der Machthaber, ihr Versuch, die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen zu stellen, erzeugt immer wieder neuen Konfliktstoff. Um den inneren Frieden zu wahren, wollen wir alle Möglichkeiten des Rechtsstaates ausschöpfen.

Wir werden das Unterschriftenverfahren im Verein mit anderen Formen des gewaltlosen Widerstandes so lange fortsetzen, bis die große ökologische Bewegung in diesem Land zum Erfolg gelangt:

DIE ZERSTÖRUNG DER HEIMAT MUSS BEENDET WERDEN!

Es ist fünf vor zwölf!

Um dem einfachen Bürger eine Entscheidungshilfe zu geben, ihm aufzuzeigen, wie wichtig das KONRAD-LORENZ-VOLKSBEGEHREN für uns alle ist, haben die Vertreter mehrerer Natur- und Umweltschutzvereine vorgeschlagen, ein oberösterreichisches Vereinskomitee zu bilden, das in der Öffentlichkeit hinter dem Volksbegehren steht.

Wir laden Sie sehr herzlich ein,

am 4. Juni 84 um 19.00 Uhr
im LKZ Ursulinenhof, II. Stock, Zi. 205
(4010 Linz, Landstraße 31)

zu einer ersten Besprechung zu kommen.

Wir hoffen sehr, daß es Ihnen möglich ist, zu dieser wichtigen Sache einen Vertreter Ihrer Vereinigung zu entsenden.

Mit freundlichen Grüßen

Für den Österr. Naturschutzbund

Für den Weltbund zum Schütze
des Lebens

AR Wieland Mittmannsgruber e.h.

Ing. Volkmar Baurecker e.h.

Beilagen

Sanfte Energie

Große Fossil-Kraftwerke sind jedenfalls längst Kraftwerks-Fossile. Kleine Einheiten sind wirtschaftlicher, da sie die Abwärme im Nahbereich anbringen - ohne teure Fernwärmenetze. Das früher erwähnte Spital Gmünd kommt durch sein 0,4 Megawatt Gas-Blockheizkraftwerk mit 85% Wirkungsgrad aus Wärme plus Strom jährlich um 540.000 bis 850.000 Schilling billiger weg als bei Strombezug aus zentralen Großkraftwerken.

Bevor man kohlefressende Technosaurier an die Donau stellt, die mehr Energie vernichten, als Hainburg liefern könnte, und bevor man der DOKw gestattet, mit ihrem Saurierschwanz 800 Hektar Auwald wegzufegen, sollte man prüfen, ob die 12 Milliarden nicht - anders investiert - zur großen Chance für Energie- und Beschäftigungssicherung in diesem Lande werden könnten - als "Großprojekt der kleinen Schritte."

Wir meinen hier nicht nur die Reaktivierung tausender verrotteter Kleinwasserkraftwerke und den Einbau von Blockheizkraftwerken, die tausende schmutziger Hausbrandschloten erlöschen lassen könnten, sondern auch folgende Überlegung: Während eine Kilowattstunde Nutzenergie heute kaum unter 70 Groschen zu haben ist, beginnt der Gewinn der gleichen Energiemenge durch Einsparung bei 10 Groschen pro kWh.

Die amerikanische Tennessee Valley Authority - sie liefert mehr Strom als das österreichische Verbundnetz - isoliert neuerdings ihren Kunden die Häuser, wechselt Boiler und undichte Kühltürme, verhilft zu Sonnenkollektoren und passiver Solarnutzung am Gebäude, macht elektrische Klimatisierung überflüssig, berät bei Abwärmennutzung und beschäftigt damit ein wachsendes Heer von Gewerbebetrieben. Die Investitionen zahlen sich aus den Energieeinsparungen rasch zurück, die TVA - nun auch Service- und Finanzierungsinstrument für bessere Energienutzung - blüht und gedeiht trotz fallender Stromverkäufe. Small is possible (Klein ist möglich).

Selbst in Österreich und Deutschland wären 40 Prozent der Rohenergie ohne Komfortverlust einzusparen - mit bekannten Technologien. Wir leiden unter keiner Energielücke, sondern unter einer Phantasielücke.

Wir sitzen in einer Badewanne mit undichten Stöpseln, und die E-Wirtschaft rät uns nicht zu dichteren Stöpseln, sondern zu größeren Boilern. (Amory LOVINS)

Daß der alternative Weg auch weniger gewalttätig wäre als etwa zentralistische Nuklearprogramme, beschreibt eine BRD-Studie: Für effiziente Kühltürme braucht man keine Wiederaufbereitungsanlage, benzinsparende Langzeitautos muß man nicht im Salzbergwerk verscharren, und wenn ein dreifach verglastes Thermofenster springt, muß nicht die ganze Stadt evakuiert werden.

Auch im Bauwesen sind Großprojekte volkswirtschaftlich überholt. Kleinteilige Altstadtanierung mit Wohnungsverbesserung und Grünraumpflege macht Stadtviertel wieder lebenswert und attraktiv, erhält kulturelle Werte, braucht wenig Energie und Rohstoffe, schafft menschlich befriedigende Tätigkeiten in über 28 Branchen und ist kaum von Nachfragesättigungen bedroht. Pro eingesetzter Auftragsmilliarde beschäftigt sie zwei- bis fünfmal so viel Arbeitskräfte wie der hochmechanisierte Bau von Stadtautobahnen, Großkraftwerken oder Fertigteilkasernen und Profitquadranten im Grüngürtel.

Maria Bill
Prof. Paul Blau
Josef Buchner
Gottfried von Einem
Prof. Ernst Fuchs
Prof. Hans Fronius
Georg Danzer
Milo Dor
Dr. Johannes Hawlik
André Heller
Peter Hensch
Univ. Doz. Alois Herzig
Ludwig Hirsch
Dr. Walter Hödl
Frank Hoffmann
Heinz Holecek
Prof. Erich Hübl
Prof. Friedensreich Hundertwasser
Lotte Ingrisch
Univ. Prof. Ivan Illich
Prof. Robert Jungk
Otmar Karas
Leopold Kohr
Käthe Kratz
Prof. Heinz Löffler
Univ. Doz. Bernd Lötsch
Dr. Gudrun Malicky
Univ. Doz. Hans Malicky
Dr. Jörg Mauthe
Freda Meissner Blau
DDr. Günther Nenning
Karl Nowak
Elisabeth Orth
Elfriede Ott
Erika Pluhar
Hanno Pöschl
Herbert Rainer
Prof. Roland Rainer
Otto Raubal
Prof. Erwin Ringel
Prof. Agnes Ruttner-Kolisko
Prof. Luitfried Salvini -Plawen
Prof. Horst Seidler
Prof. Karl Hermann Spitzky
Univ. Doz. Friedrich Schiemer
Dolores Schmiedinger
Walter Schneider- Schwarzbauer
Peter Turini
Dr. Johann Waringer
Hans Weigel
Univ. Doz. Eike Meinrad Winkler
Univ. Prof. Gustav Wendelberger
Prof. Elfrune Wendelberger
Prof. Kurt Zukrigl
Univ. Doz. Jörg ott
Prof. Walter Url
Dr. Gerhard Draxler
Dr. Gerold Streimel
Dr. Nora Mauritz

Univ. Doz. Roland Albert
Univ. Doz. Heinz Tunner
Oberass. Gerhard Spitzer

Liste der unterstützenden Organisationen

NÖ!

2. Konrad-Lorenz-Volksbegehren

Aktionsgemeinschaft gegen das Kraftwerk Hainburg
Aktionseinheit "Stoppt den Sauren Regen "
World Wildlife Fund
Initiative Österreichischer AtomkraftwerksGegner
Basisgruppe "Schützt das Hintergebirge
Österreichische Hochschülerschaft
Österreichischer Naturschutzbund
Grüne Plattform
Lions Club Bad Ischl
Aktion Umwelt Salzburg
Wiener Organisation gegen Atomkraftwerke
Greenpeace
Institut für Energieforschung
Arbeitskreis Ökologie Tirol
Arbeitskreis Waldsterben
Friends of the Earth
Wurzelwerk
Umweltschutzverein Pittental
Bürgerinitiative Kamptal
Bürgerinitiative Yspertal
"SAFT" (Uni Graz)
Arge zur Erhaltung der Umwelt Munderfing
Umweltschutzgruppe Braunau

Das Schreiben ergibt
zu folgende Vereine

- Kath. Akademikerverband
- Kath. Arbeiterjugend
- Kath. Landjugend
- Kath. Männerbewegung
- Kath. Frauenbewegung
- Kath. Arbeiternehmerverband

Kapuzinerstrabe 84/4020 Linz

Kath. Hochschuljugend Meuserstrabe 23, 4040 Linz

Green Peace
z.H. Stefan Sinz Ramsauerstrabe 28, 4020 Linz

Verein zur Förderung
von Lebenswerten (Kleib.M.) Kircheugasse 4, 4040 Linz

Bürgerinitiative Linzer Luft Hummelhofstrabe 12, 4020 Linz

PUM, (Partei f. Umweltschutz
und Menschlichkeit) Parhamer 14, 4690 Schwanenstadt

EFMDC Postfach 60, 4041 Linz

Förderungsgeu. f. ges. u. Umwelt.
P.F. Diesel Sommer Grünwaldstr. 23, 4020 Linz

Verband org. biol. nautsch.
Bauern (P.F. Joh. Weinberger) Fwerloch 5, 4152 Sarleinsbad,

Osterr. Hochschülerschaft Liechtensteinstrabe 13 1030 Wien

Soz. Jugend / Handlung. 00 }
Junge Generation i.d. SPÖ } Landstrabe 36, 4020 Linz u. T.F.St., 4044 Linz

Ring Friedl. Jugend Postfach 3, Blütenstr. 21 Block E

Junge ÖVP / Landesleitg. 00 Untere Donaulände 7, 4020 Linz

Land u. Forstarbeiterbund Obere Donauld. 7-9, 4020 Linz

Öst. Forum für Umwelt-
schutz u. Umweltschutz Selb. Elm zweier, 4813 Albmünster

Wasserland (DI Dr. Erich
Müller) Haus Sanitas, 4150 Rohrbach

Osterr. Kneippbund Volksgartenstrabe 8, 4020 Linz

Anthropos. Gesellschaft
in Linz Hopfen gasse 11/4020 Linz

Landes-
Öö. Tierschutzverein Kapuzinerstrabe 14, 4020 Linz

Öst. Wammschutz wochl
Landesleitg. 00 Lustenauerstr. 13, 4020 Linz

"Besser Leben"
Baumwischstrabe 15, 4010 Linz

Roland Mayr
Bl. Margarethen

Margarethen 77, 4020 Linz

OÖ. Stelehammerbund
Hr. Kans. Prof. Dr.
Wolfgang Dolzberger

Steinwieserstraße 6, 4040 Linz

Verein nat. Lebens
P.F. Maria Wagner

J.W. Kleinstraße 11, 4040 Linz

Zentralvereinig. d.
Architekten / Kap.arch.
Ing. Arch. Edgar Telesko

Kleinstraße 5, 4020 Linz

Bürgerinitiative Westtangente
Hr. Rumplhuber

Hauptplatz 4, 4020 Linz

29.3. Aktionsgemeinschaft
Hintergellinge

Postfach 25, 4460 Leobenstein
+ Kap. Herold Kaiser
J. Kesselstraße 2018 / 4400 Steyr

Flkennat. Liste OÖ

Postfach 100 / 4021 Linz

Arbeitskreis Ökologie
des Sozialref. im
Pastoralamt d. Diöz. L.

Kapuzinerstr. 84, 4020 Linz

Basisgruppe Heintupel.

sie FG. HG

Bildliches Kreuztal f. J. u. J.
Kap. Franz Krzyzsin

Schlierbach 177 / 4553 Schlierbach

Evang. Jugendwerk
in OÖ

Sudtiroler Straße 7, 4020 Linz

Landes Leinwandrichterverb.

Altstadt 15, 4020 Linz

Landesjagdverband

Hünboldtstraße 49, 4020 Linz

ÖFV Sebl. Steyr
(Sebl. Großbraming/Einst.)
Dan. Berger

Pfarrstiege 4 / 4400 Steyr
Großbraming 121 / 4463 Grotsch.

UWS-Gruppe Braun
Wolfgang Hasarie

Oberer Hofmark, 5282 Rauslofen

? Schutzgemeinschaft S 38

Adolf Ursprung
Bl Salzkammergut

Lindachstraße 4, 4655 Vorchdorf

Landesfindereiverein für ÖÖ

Postfach 185, 4021 Linz

Jahreszeiten Zeitg.

DI Schandig
AK Umwelt Bild

Postfach 77, 4780 Schandig

Aussendung des oö.-Büros zur aktuellen Situation an alle hier bekannten Naturschützer, Grüne, Alternative, Volksbegehrer

Wie Sie sicher schon den Medien entnommen haben, hat Landesrat Brezovsky einen positiven Naturschutzbescheid erlassen, der einem Kraftwerksbau in der Hainburger Au aus naturschutzrechtlichen Gründen zulässt. Da auch mit einem wasserrechtlichen, positiven Bescheid in absehbarer Zeit (Minister Haiden) zu rechnen ist, dürfte alsbald mit Rodungsarbeiten zu rechnen sein.

Unser vordringlichstes Problem ist derzeit, wie könnte es anders sein, das Geld. Konnten wir bisher unsere Aktivitäten im Rahmen des Alternativreferats und durch Sonderprojekte des Hauptausschusses finanzieren, so sind wir für weitere Aktionen und Initiativen auf Spenden angewiesen.

Insbesondere Plakate, Aufkleber (siehe Beilage), etc. verschlingen größere Summen, die nur teilweise durch den Verkauf derselben aufgebracht werden können.

Auch Aussendungen wie diese kosten ca. 10.-- pro Stück.

Spenden Sie bitte einen Betrag Ihres Ermessens auf das Konto:

1. Österreichische Sparcasse, Kto.-nr.: 012-01735
"Aktion Arettung"

Veranstaltungen in nächster Zeit:

- Fr, 30. 11. 84 16.30 Hauptplatz: Kundgebung zur Rettung der Au
Sa, 1. 12. 84 ganztägig FUZO Linz, Info-Stand zur Linzer Luft
vgl. Profil dieser Woche !

Herausgabe eines Aufklebers "Atmen gefährdet Ihre
Gesundheit."

Ferner sollten Sie Ihre Stromrechnung nicht abbuchen lassen und auch nicht den vorgedruckten Zahlschein verwenden, sondern:

- bei der Stromkasse bar einzahlen oder mit Verrechnungsscheck
- neutrale Zahlscheine verwenden (gebührenfrei bei Landesbanken bzw. Ihrem Bankinstitut).

Man nennt dies GIRO-BLAU, ist völlig legal und ärgert die Energieversorgungsunternehmen fast so viel wie uns deren Kraftwerke à la Hainburg, Hintergebirge, Umbalfälle und wie sie alle heißen.

Mit ökologischen Grüßen

Angela Feichtinger, Kuno Haas, Eduard Lambert

Lebgröße → auf ein baldiges Wiedersehen, Wien

Jahr für Jahr verschwinden nach UNO-Berechnungen allein in den Industrieländern 3 000 km² Kulturland (eine Fläche, größer als Luxemburg) unter dem Beton von Autobahnen, Siedlungen und Flughäfen. (Spiegel 40/1981)

Bis zur Jahrtausendwende werden weltweit mindestens 500 000 Pflanzen- & Tierarten ausgerottet sein. (Umweltstaatssekretär G. Hartkopf, Bonn)

ES WIRD ZEIT, UMZUDENKEN.

INFORMIEREN SIE SICH BEI EINER VERANSTALTUNG GANZ IN IHRER NÄHE.

ENNS 26. Februar 19.00 Uhr Großveranstaltung in der STADTHALLE

Vorträge zum Thema Umweltschutz und Konrad Lorenz Volksbegehren :

Prof. TOLLMANN, Univ. Wien
Freda MEISSNER - BLAU, Publizistin

Zur anschließenden Podiumsdiskussion haben sich weiters angesagt :

Konsul A. ENGLANDER, ehem. Vors. d. Vereinten Grünen Österr.
R. ERNSTBERGER, Konrad Lorenz Volksbegehren
H. HÜBL, Univ. f. Bodenkultur, Arbeitskreis Waldsterben

Abschließend wird ein Film über die Vorgänge in der Hainburger Au gezeigt.

STEYR 27. Februar 19.30 Uhr Großveranstaltung in der STADTHALLE

Vortrag : DDr. G. NENNING, Journalist
" Arbeitsplätze durch Umweltschutz "

Zur anschließenden Podiumsdiskussion haben sich weiters angesagt :

Ing. A. WORM (VP), Gemeinderat, Diskussionsleitung
Prof. TOLLMANN, Univ. Wien
Konsul A. ENGLANDER, ehem. Vors. d. Vereinten Grünen Österr.
G. HEILIGENBRUNNER, Konrad Lorenz Volksbegehren

LINZ 2. März 19.00 Uhr Großveranstaltung im URSULINENHOF

Vorträge zum Thema Umweltschutz und Konrad Lorenz Volksbegehren :

Prof. R. JUNIK
Prim. Dr. DOBRETSBERGER

Zur anschließenden Podiumsdiskussion haben sich weiters angesagt :

Dr. HAWLIK (VP), Stadtrat
Dr. M. MAYRHOFER, Jurist
R. ERNSTBERGER, Konrad Lorenz Volksbegehren
C. FASCHING, Konrad Lorenz Volksbegehren

Anschließend wird ein Film über die Vorgänge in der Hainburger Au gezeigt.

ÖÖ3

KONRAD-LORENZ-VOLKSBEGEHREN

Jahr für Jahr verschwinden nach UNO-Berechnungen allein in den Industrieländern 3 000 km² Kulturland (eine Fläche, größer als Luxemburg) unter dem Beton von Autobahnen, Siedlungen und Flughäfen. (Spiegel 40/1981)

Bis zur Jahrtausendwende werden weltweit mindestens 500 000 Pflanzen- & Tierarten ausgerottet sein. (Umweltstaatssekretär G. Hartkopf, Bonn)

ES WIRD ZEIT, UMZUDENKEN.

INFORMIEREN SIE SICH BEI EINER VERANSTALTUNG GANZ IN IHRER NÄHE.

FREISTADT 24. Februar 17.00 Uhr, Turnhalle

Vorträge : Prof. H. LÖFFLER, Univ. Wien
" Die Aulandschaften Europas, Umweltschutz und Arbeitsplätze "
H. HÜBL, Univ.f.Bodenkultur, Arbeitskreis Waldsterben
" Waldsterben, seine Ursachen und Möglichkeiten der Bekämpfung "
Diavortrag

Zur anschließenden Podiumsdiskussion haben sich weiters angesagt :

Konsul A. ENGLANDER, ehem. Vors. d. Vereinten Grünen
R. FRECHINGER, Konrad Lorenz Volksbegehren

ACHTUNG - PROGRAMMÄNDERUNG :
Kabarettgruppe " TRITTBRETTL " *
spielt nicht, wie angekündigt im Kinosaal, sondern bei dieser
Veranstaltung in der Turnhalle um ca. 19.30 Uhr

PERG 1. März 19.00 Uhr, Turnhalle

Vorträge : Prof. TOLLMANN, Univ. Wien
" Die Gefährdung unserer Umwelt "
H. HÜBL, Univ.f.Bodenkultur, Arbeitskreis Waldsterben
" Waldsterben, seine Ursachen und Möglichkeiten der Bekämpfung "
Diavortrag

Zur anschließenden Podiumsdiskussion haben sich weiters angesagt :

Dipl.Ing. F. WITZANY, Österr. Naturschutzbund
R. FRECHINGER, Konrad Lorenz Volksbegehren

Abschließend wird ein Film über die Vorgänge in der Hainburger Au gezeigt.

ROHRBACH 3.-März 16.00 Uhr, Kinosaal

Vorträge : Univ.Doiz.Dr. R. ALBERT, Univ. Wien
" Die Gefährdung unserer Umwelt - es wird Zeit, umzudenken "
Dr. M. MAYRHOFER, Jurist
" Rechtliche Fragen des Umweltschutzes "

Zur anschließenden Podiumsdiskussion haben sich weiters angesagt :

Dr. J. MAUTHE (VP), Stadtrat
R. FRECHINGER, Konrad Lorenz Volksbegehren

Abschließend wird ein Film über die Vorgänge in der Hainburger Au gezeigt.

002

KONRAD-LORENZ-VOLKSBEGEHREN

Jahr für Jahr verschwinden nach UNO-Berechnungen allein in den Industrieländern 3000 km² Kulturland (eine Fläche, größer als Luxemburg) unter dem Beton von Autobahnen, Siedlungen und Flughäfen. (Spiegel 40/1981)
Bis zur Jahrtausendwende werden weltweit mindestens 500 000 Pflanzen- & Tierarten ausgerottet sein. (Umweltstaatssekretär G. Hartkopf, Bonn)

ES WIRD ZEIT, UMZUDENKEN.

INFORMIEREN SIE SICH BEI EINER VERANSTALTUNG GANZ IN IHRER NÄHE.

BRAUNAU

25. Februar 19.00 Uhr
Kolpinghaus

Vorträge :

Prof. Tollmann, Universität Wien
" Die Gefährdung unserer Umwelt "

Prim. Dr. Dobretsberger

" Medizin und Umweltschutz "

(unter Einbeziehung der Probleme um das
Aluminiumwerk Ranshofen)

Zur anschließenden Podiumsdiskussion
haben sich weiters angesagt :

Dipl. Ing. Witzany, Österr. Naturschutzbund

C. Fasching, Konrad Lorenz Volksbegehren

Abschließend wird ein Film über die
Vorgänge in der Hainburger Au gezeigt

VÖCKLABRUCK

26. Februar 20.00 Uhr
Kolpinghaus

DDr. G. Nennung, Journalist

Vortrag und Podiumsdiskussion

ÖÖ1

KONRAD-LORENZ-VOLKSBEGEHREN

BÜRGER-AKTIV

DAMIT ES UNS AUCH MORGEN NOCH GUT GEHT

10. Jahrgang

Februar 1985

Folge 71

Liebe "Bürger-Aktiv"-Leser!

Es ist schon eine Weile her, daß unsere letzte Ausgabe erschienen ist. Inzwischen ist das alte Jahr gegangen, und 1985 hat Einzug gehalten. Nachträglich möchte ich diese Gelegenheit nützen, um Ihnen im Namen des WSL ein gutes und erfolgreiches Jahr zu wünschen.

Immerhin, vielversprechend hat es auf jeden Fall begonnen. - So fand man für das Thema Nr. 1 der letzten Zeit - Hainburg (siehe auch den Artikel) - einen vorläufigen, allseits herbeigesehnten Konsens. Und auch der Termin für das Konrad-Lorenz-Volksbegehren (vom 4.-11. März; BITTE, auf jeden Fall UNTERSCHREIBEN) ist jetzt endlich fixiert. Natürlich soll es nicht dabei bleiben. So ist auch der Katalysator ein Stichwort, das man im Allgemeinen positiv bewerten kann; wenn er auch nicht das vielgepriesene Wundermittel gegen das Waldsterben darstellt.

Und so sieht die Zukunft aus: Hainburg ist zwar auf Eis gelegt - aber keineswegs gestorben; das Schicksal von Zwentendorf soll bis Ende März d.J. entschieden werden (wir hoffen natürlich auf die "innere Demontage" - siehe dazu auch die Resolution); die Dreckschleuder und Donaudurchlauferhitzer Dürrrohr stellt auch nicht der Weisheit letzten Schluß dar.

Wir hier in Linz legen natürlich besonderen Wert auf die kompromißlose Entgiftung unserer Großindustrien, um die latente Gefahr von Smogalarmen - wie erst unlängst in erschreckender Weise wieder bewußt geworden - endgültig zu bannen. - Natürlich werden wir auch weiterhin unseren trauten "Volksvertretern" moralischen Beistand auf ihrem, von Geld und Macht wirklich arg ins Schwanken geratenen Weg geben, damit sie ihren selbst auferlegten Ansprüchen gerecht werden können ...

In diesem Sinne ist der Weg für unsere Arbeit vorgezeichnet; und damit ist auch die Bitte an Sie verbunden, ihn weiterhin mit uns zu gehen um uns den nötigen Rückhalt zu geben.

Unseren Dank hierfür möchte ich Ihnen schon jetzt übermitteln!

Christian Herzenberger

IMPRESSUM: Medieninhaber
Herausgeber und Redaktion
Weltbund zum Schutze des Lebens
Landesverband OÖ.
Alle 4010 Linz, Landstraße 31/II/223
Eigenvervielfältigung

P.b.b. Verlagspostamt 4020 Linz
Erscheinungsort Linz

HAIN - BURG

"Es gibt weder Sieger, noch Besiegte", meinte Konrad Lorenz in versöhnlichem Ton bei seinem Treffen mit dem Bundeskanzler, nach dem allseits begrüßten "Friedesschluß" in der Au. Und das ist gut so. Denn der einzige Verlierer bei den Vorgängen in - und rund um Hainburg wäre die Demokratie dieses Landes gewesen; niedergeknüppelt und rechtlich vergewaltigt von den Hütern und Bütteln des Rechtsstaates.

Sicher ist es kein Verdienst unserer "Staatsdiener", daß sich die Freude um die vorläufige Verhinderung des Baubeginns doch relativ in Grenzen hielt. Deshalb auch der verschleierte Eindruck, an der "Hainburg-Front" geschlagen zu sein. "Schlagfertigkeit" hingegen bewiesen jene "Amtsgewaltigen", deren Pflichtgefühl - oder besser - blindes Gehorsamdenken sie zu Handlangern überkommener Politik- und Wertvorstellungen machte. In Vertretung macht- und kapitalpolitischer Interessen, schlossen sie sich dem Spottlied an, das über das Gesetz- und Demokratieverständnis des "einfachen" (nicht zu verwechseln mit "einfältigen") Staatsbürgers angestimmt wurde.

Damit aber, machten sie auch den "zivilen Ungehorsam" salonfähig; und damit wohl auch jene tiefgreifenden Auswirkungen, die erst im Laufe der Zeit voll zur Entfaltung kommen werden. Es war die bewußte Konfrontation, die "Hainburg" eskalieren ließ; im Positiven, wie im Negativen. Aber nicht tausende Aubesetzer und deren Syphatisanten gefährdeten den Rechtsstaat - und damit die Demokratie, sondern der vielzitierte "Rechtsstaat" stellte sich durch sein blindwütiges Handeln selbst in Frage.

Während sich Minister und Exekutive im Zählen von Radikalen und Anarchisten erging - die, nebenbei bemerkt, sowieso nur im Sinn des Wortes Randgruppen darstellten - gingen sie konsequent an der eigentlichen Frage des Problems vorbei: Ob nämlich eine Demokratie vom Gutdünken ihrer Parteien, Beamten und Wirtschaftsinteressen abhängt, oder ob vielleicht nicht doch das Volk die Geschicke seines (!) Landes zumindest mitbestimmen sollte. -Noch dazu in Fragen, die in ihrer Gesamtheit - Hainburg war nur ein Teilaspekt eines, an und für sich, globalen Problems - an die Substanz unseres Dasein gehen, und daran schon sehr kräftig rütteln.

Man mag jedem Beteiligten seinen grundsätzlichen Willen zur Lösung von Problemen zugestehen. Doch hat es sich mit der Zeit erwiesen, daß komplexe Fragen nach ebenso komplexen Antworten verlangen. Und ein einzelnes Donaukraftwerk in einem Stück Natur, das in seiner Erscheinung nun mal etwas Einzigartiges darstellt, ist keineswegs die gewünschte Antwort.

Es ist Ausdruck sturen konzeptlosen Handelns von Leuten, die es (noch) nicht besser wissen, oder - was noch schlimmer ist - auch gar nicht besser wissen wollen. Ruhend auf den ruhm- und geldgepolsterten Gipfeln ihrer (unbestrittenen) Leistungen, träumen sie den Traum des beständigen Wachstums; selbst wenn daraus schon längst ein Alptraum geworden ist, da wir wissen, wohin solche Entwicklungen führen; nämlich zum Krebs - und damit zum Tcd.

Zu sehr wurde ihr Blick vom Glanz der Macht des Kapitals getrübt, als daß sie noch das nötige Maß und Gespür für die notwendigen Veränderungen aufbringen könnten. Notwendigkeit bzw. Wendigkeit in der Not, wie man es wohl besser ausdrückt, ist die Devise, von der das Leben - und damit auch eine "lebendige" Gesellschaft - in Schwung gehalten wird; sprich: lebt!

Somit erhielten die Vorgänge in der Au - neben den realpolitischen Auswirkungen - den notwendigen Symbolcharakter des Wertewandels in einer Zeit der verlorenen Ideale.

Jeder Mag dazu stehen wie er will. Doch um eines wird er nicht herumkommen: Daß nämlich jeder Einzelne sich diesem Wandel an Wertvorstellungen unterordnen wird müssen; wenn man sich nicht ganz in den Problemen unserer Zeit verlieren will.

Denn, nicht verharren in starren, verkarsteten Denkschemen bringt uns weiter, sondern nur das globale Erfassen der wahrlich globalen Problemflut. Darauf haben wir zu reagieren; phantasievoll und dynamisch - eben menschlich!

Wenn einem die Besetzung und der Medienwirbel schon nichts gegeben haben, dann vielleicht doch die Erkenntnis dieses grundlegenden "Umdenken-müssens". Und so sollte man denn auch Hainburg betrachten: Als "Hain-Burg" mitten im Rundumverfall des Menschlichen.

PROTOKOLL

zur Hauptversammlung des WSL

am 18.11.1984, um 9 h

im Linzer Ursulinenhof:

- 1) Eröffnung und Begrüßung durch den Präsidenten
DI Friedrich Witzany.
- 2) Totengedenken
- 3) Feststellung der Beschlußfähigkeit, durch Präsident Witzany.
- 4) Tätigkeitsbericht des WSL-Österreich durch Präsident Witzany:
 - a) aus den Bundesländern
 - b) Dezernat "Atomenergie"
 - c) Vorstandstätigkeiten (Briefe an Politiker)
 - d) Bericht von Fr.Damm-Dreves über ihre persönliche Arbeit
- 5) Kassabericht durch Frau Muschka.
- 6) Bericht der Kassaprüfer: Rummel persönlich / Roschall schriftlich;
positiv mit Entlastung.
- 7) Neuwahlen:

Präsident: Dipl.-Ing. Friedrich Witzany Im Sommerlandl 7, 4490 St.Florian	einstimmig
1.Vizepräsident: Dr.Alfred Tisserand Mozartstraße 19, 4020 Linz	einstimmig
2.Vizepräsident: Prok.Manfred Rünzler Kellaweg 18, 6922 Wolfurt	einstimmig
3.Vizepräsident: Annemarie Lorbeer Getreidegasse 13, 9020 Klagenfurt	einstimmig
4.Vizepräsident: Doz.Dr.Günther Eigenthaler Geibelgasse 12, 1150 Wien	2 Enthaltungen
Kassier: Prof. Margund Muschka Brunnengasse 4, 5020 Salzburg	einstimmig
Kassenprüfer: Ing.Hans Rummel Beckenberg 5, 5142 Eggelsberg	einstimmig
Amalie Schumacher Stegerstraße 14, 5020 Salzburg	einstimmig

8) Allfälliges: Gen.Dir. Malzl dankt dem Präsidium.

G.Schwab plädiert dafür, daß der wissenschaftliche Beirat und das Protektoren-Komitee wieder bestellt werden.

Er fordert auf zur Mitarbeit am "stillen Weg";

Er fordert mehr Öffentlichkeitsarbeit;

und er empfiehlt, Ehrenmitglieder zu ernennen, und Auszeichnungen zu verleihen.

Es wird eine Resolution - Zwentendorf betreffend verabschiedet.

Betreffend der Mitgliedsbeiträge wünscht der Landesverband Steiermark eine Erhöhung.

Frau Klicpera trägt das Problem "Beitragserhöhung" Herrn Dr.Moser vor, und unterbreitet die Idee einer Fürschaftsübernahme.

Der WSL zu Zwentendorf: für "innere Demontage"!

Der WSL - Sektion Österreich hat im Herbst letzten Jahres, in Linz seine Hauptversammlung abgehalten. Wichtigste Diskussionsthemen waren Zwentendorf, das Konrad-Lorenz-Volksbegehren, das neue Energiekonzept und die grüne Bewegung im Allgemeinen.

Bei der Neuwahl haben sich gegenüber dem bisherigen Präsidium kaum Änderungen ergeben.

Die Hauptversammlung hat einstimmig beschlossen, daß der WSL als parteipolitisch und konfessionell unabhängiger Verein für keine Partei eine Wahlempfehlung abgeben wird.

Zur Frage der Vizepräsidentschaft des Abgeordneten Manfred Rünzler, der ja nun Mitglied des Vorarlberger Landtags ist, hat die Hauptversammlung, nach eingehender Diskussion, einstimmig (!) beschlossen, daß seine Funktion im Präsidium des WSL-Ö mit der eines Volksvertreters als vereinbar anzusehen ist.

b.w.

Anzeige: zu verkaufen:

Einfamilienhaus (Blockhaus), unterkellert -

926 m² Grund - in Wels. Tel.: 07221/72270 (Frau Pello)

EINSTIMMIG BESCHLOSSEN WURDE AUCH FOLGENDE RESOLUTION:

Vor sechs Jahren, am 5. November 1978, stand die Entscheidung der Österreicher für oder gegen die Atomkraft auf des Messers Schneide. Kritische Menschen haben schon vor der Volksabstimmung einen Aufschub für Zwentendorf gefordert.

Heute können wir eindeutig belegen, daß die Atomenergie global bei weitem nicht das gehalten hat, was sie bzw. deren Lobby versprochen hat. In den USA liegt die Atomindustrie am Boden, im Nuklearland Frankreich steigen die Strompreise stark, und im Ostblock ist es um die Atomkraftwerke recht still geworden.

Österreich müßte sich als beinahe einziges Industrieland glücklich schätzen, bei dem ökologischen und ökonomischen Debakel Atomenergie nicht mitgetan zu haben.

Dessen ungeachtet wurden in regelmäßigen Abständen Vorstöße für die Inbetriebnahme Zwentendorfs unternommen; je näher der Termin der endgültigen Aufgabe heranrückt, desto öfter.

Wir fordern die Leitfiguren der Befürworterseite auf, das Ergebnis der Volksabstimmung 1978 bedingungslos anzuerkennen.

Die Turmbauer von Babel mußten ihr Vorhaben aufgeben, und die unvollendeten Dome der Gotik stimmen uns nachdenklich. - Der Rhein-Main-Donau-Kanal wird wahrscheinlich nie fertig. - Die Concorde war eine Fehlentwicklung.

Warum soll nicht ein nie betriebenes Atomkraftwerk als Zeichen überzogener Gigantomanie der Nachwelt erhalten bleiben; zumindest seine äußere Hülle?

Wir fordern die innere Demontage von Zwentendorf; das Gebäude soll aber als Mahnmahl stehen bleiben.

Die Inhalte des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens betrachten wir als wegweisend für die zukünftige Umwelt- und Energiepolitik.

Dipl.-Ing. Friedrich Witzany - Präsident

Dr. Alfred Tisserand - 1. Vizepräsident

Prok. Manfred Rünzler - 2. Vizepräsident

Tempo 80/100!

Gemeinsam mit dem Verkehrsministerium und den beiden Autofahrerklubs, wurde von der internationalen Umweltschutz-Organisation GREENPEACE eine Kampagne für die Einführung von Tempo 80 auf Landstraßen und Tempo 100 auf Autobahnen gestartet.

Für eine nachhaltige Unterstützung dieser Aktion, deren Ziel es einerseits ist, die Abgaswerte der Autos zu senken, andererseits die Unfallzahlen zu begrenzen, sind bei GREENPEACE Österreich, Währingerstr. 59, 1090 Wien Unterschriftenlisten zu erhalten. Mit diesen erhält man den, der Aktion zugrundeliegenden Aufkleber "Freiwillig 80/100 - dem Wald zuliebe", um die Bereitschaft der Unterzeichner zum freiwilligen Tempo-verzicht, auch nach außen hin aufzuzeigen.

Dem Aufruf zu diesem Verzicht - der eigentlich einen Gewinn für uns alle darstellt - können wir uns vom WSL nur zustimmend anschließen. In diesem Sinne: Tempo 80/100 - dem Wald, der Luft - dem Menschen zuliebe!

FORMALDEHYD

Traurige Schlagzeilen aus der Bundesrepublik Deutschland, aber auch Meldungen aus Österreich hatten im letzten Herbst oft jenen Stoff zum Inhalt, der von den Chemikern mit der unverfänglichen Formel H-CHO - dem Alpenländer besser bekannt als Formaldehyd - bezeichnet wird. Aufsehen erregte dieser Stoff, bei dem es sich um ein stechend riechendes - im Wasser lösliches Gas handelt, vor allem in Kindergärten; aber auch in Privathäusern, deren Einrichtungen bzw. Wandverkleidungen mit H-CHO -haltigen Präparaten behandelt waren. Dies wirkte sich insofern aus, als betroffene Personen über Übelkeit und Brechreiz klagten, sofern sie sich in solchermaßen vergifteten Räumen aufhielten. Dies ist nicht weiter verwunderlich, wenn man weiß, daß dieses Mittel, das übrigens auch Anwendung in der Kunststoffherstellung, als Konservierungs- und Desinfektionsmittel erfährt, in der Lage ist, Eiweiß zum Gerinnen zu bringen, und auf Grund seiner stofflichen Aggressivität von der Wissenschaft schon lange ins Kreuzfeuer der Kritik genommen wird.

Praktische Erfahrung mit Formaldehyd können Sie in jeder Tischlerei machen, wo es als Bindemittel für Spannplatten dient, und diesen auch ihren typischen Geruch verleiht.

Unsere Warnung: Vermeiden Sie alle H-CHO-Produkte! Besonders dann, wenn diese in Ihrem engsten Lebensbereich Anwendung erfahren sollen!

Radfahrer aufgepaßt!

Der EAMDC (das pedalgetriebene Gegenstück zu einschlägigen Organisationen) bittet um Unterstützung seiner Arbeit.

Unser Beitrag dazu ist der Abdruck folgender Forderungen an die Stadt Linz:

- o Radwege über die Miblungenbrücke (im Zuge der Sanierung)
- o Beidseitige Radwege entlang der Unionstraße im Zuge des Neubaus.
- o Durchfahrtmöglichkeit durch die Fußgängerzone zur Zeit der Lade-tätigkeit.
- o Radfahrstreifen mit Fahrtmöglichkeit gegen geeignete Einbahnstraßen.

Mit diesen und anderen Forderungen möchte der EAMDC an den Linzer Bürgermeister herantreten und hofft dabei auch auf Ihre Mitwirkung in Form einer Postkarte, auf der diese Anliegen vermerkt sind.

Gleichzeitig soll aber auch für die Realisierung des Radweges Fadinger-/Schubertstraße gedankt werden, der eine spürbare Erleichterung für den City-Radler bringt.

Nähere Auskünfte über den EAMDC im WSL-Büro.

Die Konsumentengruppe "Plattform Kreislaufwirtschaft" stellt sich vor:

Grundgedanke: Die - derzeit schon - 50 Volumsprozent von Verpackungsmaterial im Hausmüll, sollen in der Weise vermindert werden, Verpackung im Kreislauf "arbeiten" zu lassen, und damit auch Rohstoffe wiederzuverwerten. Ansatzpunkt hierfür sind die Milchprodukte, deren Einwegverpackungen ein sehr gutes Beispiel für Energie- und Rohstoffverschwendung sind.

Sehr positive Beispiele sind Langzeitversuche in der Bundesrepublik Deutschland, wobei die herkömmlich Verpackung der "neuen" Milchflasche gegenübergestellt - und miteinander verglichen wurde. - Mit einem bezeichnendem Votum für die Milchflasche, die mit ihrem neuen, kantigen Design, besonders die Anforderung an Transportierbarkeit und Lagerung erfüllt.

Wer sich für diese Form des Umweltschutzes interessiert, wende sich bitte an: "Plattform Kreislaufwirtschaft"

Mag. Sabine Kranzler

Lärchenweg 18

4063 Hörsching; Tel.: 07221/728433

An einen Haushalt
Postgebühr bar bezahlt.

- Anforderung
- Auro-Produktübersicht
- Auro-Anwendungsempfehlungen
- Auro-Preisliste
- Sonderdruck-
Naturfarben als Beispiel
für eine sanfte Chemie.

Name:

Adresse:

Natürlich
mit der
Natur

ING. VOLKMAR BAURECKER

Naturnahe Reinigungsmittel, Farben
Anstriche und Baustoffe
Hirschgasse 22

4020 Linz, Telefon 0732 / 27 72 85

Natürlich
mit

AURO
Naturfarben

zum gesunden Bauen und Wohnen
für Schule, Kunst und Freizeit.

AURO-Naturfarben werden ausschließlich aus solchen Stoffen hergestellt, mit denen der Mensch im Laufe seiner jahrmillionenlangen Entwicklung vertraut geworden ist, die der Natur auf sanftem Wege entnommen werden.

AURO-Naturfarben werden hergestellt und verarbeitet, ohne daß es besonderer Schutzmaßnahmen für Arbeiter oder Nachbarschaft bedarf.

AURO-Naturfarben lassen den Untergrund atmen, riechen angenehm vertraut, »elektrisieren« nicht, enthalten keine chemisch-synthetischen Ausgangsstoffe. Sie lassen das Holz leben und den Menschen auch.

AURO- Holzschutz:

Börsalz, Holzpech

AURO- Holzbeizen:

Catechu, Nuß, Rotholz, Gutti, Indigo, Drachenblut.

AURO- Imprägnierungen: farblos und 12 Erdfarben

Naturharzölimprägnierung für innen oder außen.
Kräuterfirnis.

AURO- Holzveredelung:

Bienenwachs Balsam, Bienenharzsalbe, Fußboden-
Wachs Balsam, Lärchenharzsalbe, Bienenwachs-
Streich Balsam.

AURO- Holzlack:

Schellack, Naturharz-Klarlack, Naturharz-Lackspachtel,
Naturharz-Decklack, Heizkörperlack.

AURO- Wandfarben: weiß und 12 Erdfarben

Naturharz-Wandfarbe, Naturharz-Dispersionsbinder,
Casein, Wandlasur-Pflanzenfarben, Naturkreide-
Leimfarbe.

AURO- Klebstoff:

Papier, Tapete, Kork, Holz, Teppich, Parkett.

AURO- Künstlerfarben:

Lasuren, Bienenwachs-Malstifte, Knet-Bienenwachs,
färbig

Körper, Wäsche, Möbel:

Pflanzenseife flüssig, Pflanzen-Schmierseife, natürliches
Vollwaschmittel, Seifenflocken, Bienenwachs-Bohner-
milch, Arvengeist-Politur, Lederpflege-Balsam, Universal-
reiniger, Abbeitzpaste.

Malerkalk:

7 Jahre eingesumpft.

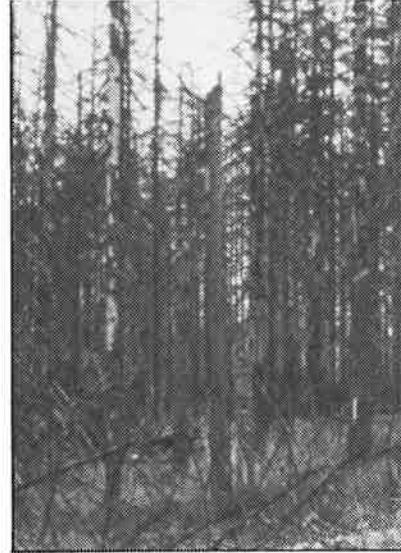
Färbedrogen:

Alkanna, Anatto, Attich, Bärentraube, Bärlapp,
Bartflechte, Berberitze, Birke, Blauholz, Cascarille,
Catechu, Cochenille, Eichenrinde, Eucalyptus,
Faulbaumrinde, Galläpfel, Gelbholz,
Goldrutenkraut, Heidekraut, Henna, Himbeere
Indigo, Irländ. Moos, Isländ. Moos, Kastanie,
Krapp, Kreuzdornbeere, Kurkuma, Rosenblüten,
Rotholz, Sandelholz, Sassafras, Sauerampfer,
Walnuß, Weide, Zwiebelschalen, Zinnkraut.



So kann das Waldsterben in Salzburg gestoppt werden

Das Waldsterben in Österreich nimmt dramatisch zu. Vor knapp zehn Jahren noch sahen die Wälder im tschechischen Erzgebirge so aus wie heute in Österreich. Mit erschreckender Deutlichkeit wird uns dort vor Augen geführt, was auch uns bevorstehen könnte. Wirkungsvolle Maßnahmen gegen die Hauptursache – die Luftverschmutzung – müssen unverzüglich getroffen werden! Hauptursachen für das Waldsterben sind Schwefeldioxid und Stickoxide. Schwefeldioxid stammt zu drei Viertel aus Kraftwerken und Industrieanlagen, zehn Prozent der Belastung verursacht der Hausbrand. Für die Stickoxide ist der Autoverkehr zu zwei Drittel verantwortlich. Noch Ende Oktober veröffentlichte Gesundheitsminister Dr. Kurt Steyrer einen ganzen Maßnahmenkatalog der Bundesregierung zur Eindämmung der Umweltverschmutzung. So wird es ab 1. April 1985 in allen größeren Städten Österreichs bleifreies Benzin geben, gleichzeitig werden die Katalysatoren typengenehmigt. Ab 1. Oktober 1985 wird in Österreich nur noch bleifreies Benzin angeboten (91 ROZ). Gleichzeitig wird die Qualität dieses Normalbenzins angehoben – noch mehr Autotypen als bisher werden bleifreies „Normalöl“ tanken können. Weiters stellte Steyrer klar, daß Österreich mitziehen wird, sobald in der BRD und der Schweiz Abgaskatalysatoren obligatorisch eingeführt werden (vermutlich 1989). Eine zweite Verordnung zum Dampfkesselmissionsgesetz (Erzwingung hochwirksamer Filteranlagen bei kalorischen Kraftwerken) und die 8. Kfz-Novelle (regelmäßige Vergaser- und Zündungskontrolle bei den Autos) runden das Bild ab.



Der sterbende Wald kann nur durch eine sofortige und drastische Verringerung der Luftverschmutzung gerettet werden. Dazu bedarf es in erster Linie strengerer Gesetze. Um gezielten Druck auszuüben, haben österreichische Bürgerinitiativen und Umweltschutzgruppen einen Forderungskatalog erstellt.

Schwefeldioxid:

- Ab 1. 1. 1985 soll in Österreich nur noch Heizöl schwer mit einem Schwefelgehalt von höchstens einem Prozent verwendet werden. Eine weitere schrittweise Senkung des Schwefelgehaltes ist bei allen Sorten anzustreben.

- Große Feuerungsanlagen (Heizkraftwerke, Industrie u. ä.) sollen nur bewilligt werden, wenn sie einen Emissionswert von höchstens 100 mg SO₂/m³ und 20 mg Staub/m³ nicht überschreiten.

- Bereits bestehende Anlagen müßten dermaßen umgerüstet werden (durch Entschwefelungsanlagen, Wahl der Brennstoffe, Staubfilter), daß sie ab 1. 1. 1990 diese Emissionswerte einhalten. Ab 1. 1. 1985 sollen Betriebe, die diese Grenzwerte nicht einhalten, eine Umweltschutzabgabe pro Tonne emittierten Schadstoffs zahlen. Diese Abgabe soll kontinuierlich in

den nächsten Jahren angehoben werden.

- Alle anderen Feuerungen (Heizungen u. ä.) dürfen nur mit schwefelarmen Brennstoffen betrieben werden (Holz, Erdgas, Heizöl extra leicht, schwefelarme Kohle usw.).

Stickoxide:

- Ab 1985 sollten in Österreich nur noch Autos verkauft werden, die strengen Abgasvorschriften genügen (Autos mit Abgaskatalysatoren).

- Bleifreies Benzin soll sobald wie möglich angeboten werden. Der Preis dafür muß um mindestens zehn Prozent unter dem Preis von bleihaltigem Benzin liegen.

- Die Stickoxidabgabe von kalorischen Kraftwerken und anderen Großfeuerungsanlagen muß drastisch verringert werden: Maximal 500 mg NO_x/m³ Abgas bei festen Brennstoffen! Maximal 300 mg NO_x/m³ Abgas bei flüssigen und gasförmigen Brennstoffen!

- Zweimal jährlich Abgaskontrolle bei PKWs (Abgaspikierl).

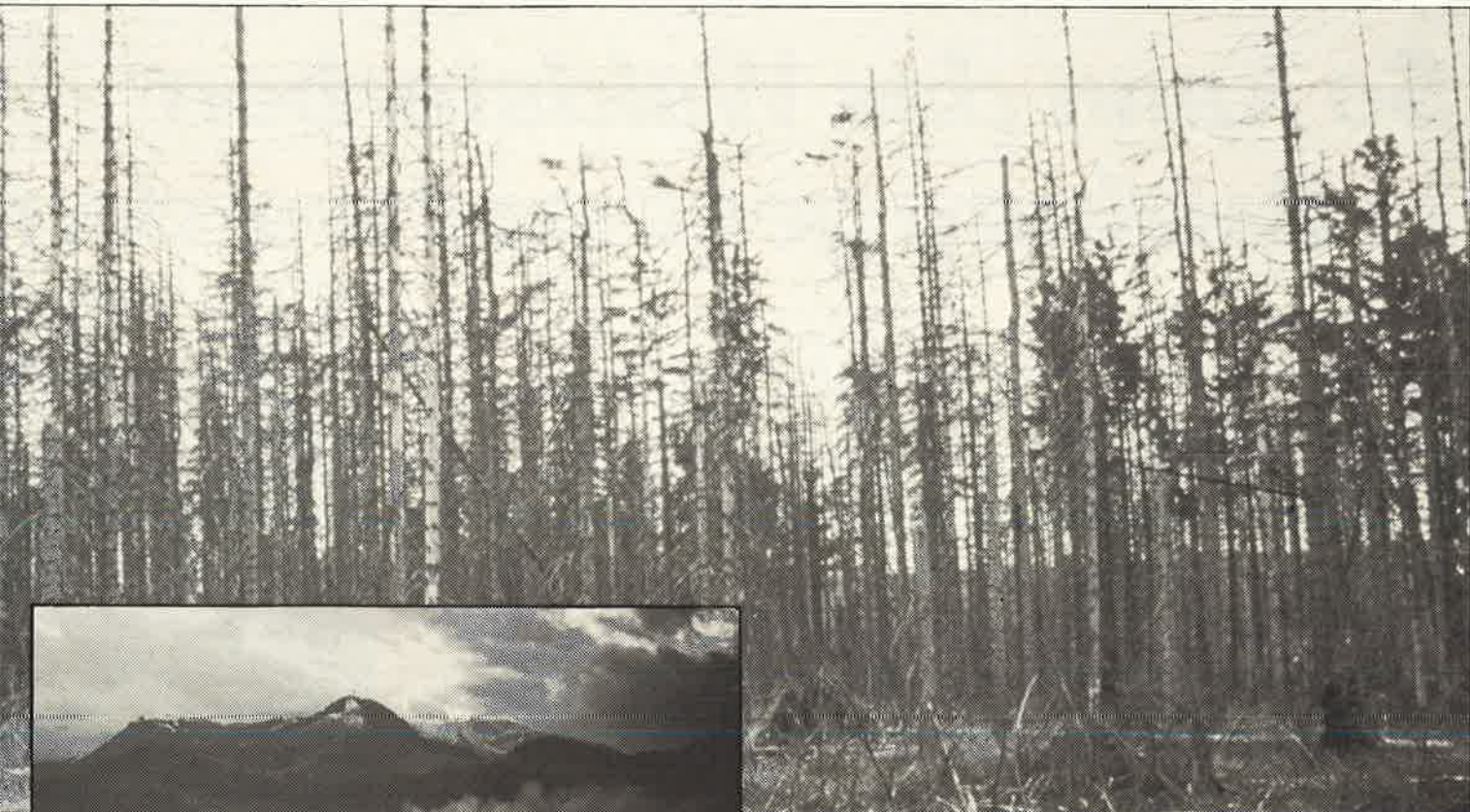
Wirkungsvolles Energiesparen:

Der beste Weg, die Schadstoffbelastung stark zu verringern, ist, überhaupt weniger Energie zu verbrauchen!

- Gute Isolierung von Gebäuden (schwedische Normen für Neubauten, stärkere Förderung für nachträgliche Isolierung).

- Bessere Ausnutzung der eingesetzten Energie, Nutzung

Aufnahme aus dem tschechischen Erzgebirge . . .



Hauptursachen für das Waldsterben sind Schwefeldioxid und Stickoxide. Schwefeldioxid stammt zu drei Vierteln aus kalorischen Kraftwerken und Industrieanlagen, private Wohnhausheizanlagen machen zehn Prozent der Belastung aus. Im Bild links: Umwelt-Problemregion Tennengau. Deutlich sichtbar die Emissionfahne der Papierfabrik PWA in Hallein.

der Abwärme von kalorischen Kraftwerken und Industrieanlagen zur Heizung. Es sollen keine Großkraftwerke (Wirkungsgrad 40 Prozent) mehr gebaut werden, nur noch kleine Kraftwerke mit einem Gesamtwirkungsgrad von über 80 Prozent.

- Massive Förderung des öffentlichen Verkehrs (u. a. Senkung und Einfrierung der Tarife).

- Starke Einschränkung von Wegwerf- und Verschleißgütern.

- Die Nutzung regenerierbarer Energiequellen soll stärker gefördert werden (Sonne, Wind, Biogas und ähnliches).
- Keine Großkraftwerke

Finanzierungsvorschläge:

Der öffentliche Verkehr soll mit Mitteln der Mineralölsteuer gefördert werden. Förderung von Alternativenenergien und Energiesparmaßnahmen aus einem Energie-Sparfonds, gespeist aus öffentlichen Mitteln, einer stärkeren Besteuerung von Energie und aus Mitteln der E-Wirtschaft.

Förderung von Umweltschutzmaßnahmen aus einem

Umweltfonds, gespeist aus öffentlichen Mitteln und der Umweltabgabe (siehe oben). Soziale Härtefälle müssen durch Anhebung der niedrigen Einkommen bzw. durch Heizkostenzuschüsse vermieden werden.

Was passiert, wenn nichts geschieht?

Maßnahmen zur Luftreinhaltung werden häufig noch mit der Begründung abgelehnt, sie wären zu teuer und gefährdeten Arbeitsplätze. Tatsächlich aber belastet die Luftverschmutzung in höchstem Grade die österreichische Volkswirtschaft: So muß die Forstwirtschaft bereits einen jährlichen Verlust von zirka vier Milliarden Schilling hinnehmen. Kunstdenkmäler und Stahlbauten werden von der verschmutzten Luft genauso angegriffen wie unsere Gesundheit. Schon jetzt verschlingen diese Bereiche Unsummen von Steuergeldern. Bannwälder schützen unsere Gebirgstäler vor Muren, Lawinen und Hochwasser – wie lange noch? Und welcher Tourist würde wohl nach Österreich kommen, um in abgestorbenen Wäldern spazie-

renzugehen? Langfristig bedeutet diese Entwicklung den Verlust von zigtausend Arbeitsplätzen.

Was kann der einzelne tun?

Angesichts des Waldsterbens fühlen sich die meisten Menschen hilflos: „Was kann ich als einzelner dagegen tun? Da müssen die Politiker etwas machen!“ Wir glauben, daß die Politiker erst dann etwas tun werden, wenn sie den Druck der Bevölkerung spüren. Dieser Druck entsteht, wenn sich viele „einzelne“ zusammenschließen und ihre Anliegen öffentlich ausdrücken:

- Schreiben Sie Leserbriefe.
- Schreiben Sie Politikern.
- Besuchen Sie Veranstaltungen zu diesem Themenkreis und stellen Sie Politikern, Vertretern der Industrie und anderen Verantwortlichen möglichst konkrete Fragen (siehe dazu Forderungsprogramm).

Darüber hinaus muß auch jeder einzelne in seinem alltäglichen Verhalten einen Beitrag leisten:

– vor allem beim Energiesparen:

- Senken Sie die Raumtem-

peratur in Wohnräumen auf 18 bis 19 Grad.

- Andere Räume kann man weniger oder gar nicht heizen (Schlafzimmer).

- Dichten Sie Fenster und Türen ab.

- Verbessern Sie die Isolierung Ihrer Wohnung.

- Verwenden Sie keine elektrischen Heizgeräte.

- Duschen statt baden.

- Fahren Sie Rad.

- Benützen Sie die öffentlichen Verkehrsmittel.

- Bilden Sie Fahrgemeinschaften.

- Lassen Sie Zündung und Vergaser Ihres Autos regelmäßig einstellen.

- Kaufen Sie Qualitätsprodukte mit langer Lebensdauer.

- Reparieren statt wegwerfen.

- Verwenden Sie keine Waren, die aufwendig verpackt sind.

- Verwenden Sie Mehrwegflaschen.

- Verwenden Sie Umweltschutzpapier.

- Liefern Sie Altglas und Altpapier bei einer Sammelstelle ab.

- Sammeln Sie Altaluminium.

BÜRGER-AKTIV

DAMIT ES UNS AUCH MORGEN NOCH GUT GEHT

10. Jahrgang

Februar 1985

Folge 72

Konrad-Lorenz-Volksbegehren ZWENTENDORF – wann 'AUS' ? Wiederaufarbeitungsanlage

HILFERUF – eine Bitte an Sie

Diese Aussendung ergeht an die Mitglieder und Freunde des WSL. Der Mitgliedsbeitrag würde S 120.-- für 1985 betragen. Beträge der Freunde und über S 120.-- hinausgehende Beträge der Mitglieder dürfen wir gerne als Spenden entgegennehmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Gesinnungsfreunde!

Vielleicht werden Sie sich wundern, daß Sie in so rascher Folge schon wieder ein "Bürger-aktiv" erreicht. Es gibt ein paar gewichtige Gründe, die wir Ihnen in einer eigenen Nummer übersichtlich nahebringen möchten. Beachten Sie bitte diese Nummer besonders wohlwollend.

IMPRESSUM: Medieninhaber
Herausgeber und Redaktion:
Weltbund zum Schutze des Lebens
(WSL), Landesverband OÖ.
Alle 4010 Linz, Landstraße 31
Eigenvervielfältigung

P.d.b.
Verlagspostamt 4020 Linz
Erscheinungsort Linz

Herrn
Dipl.-Ing. Fritz Witzany
Im Sommerlandl 7
4490 St. Florian

KONRAD-LORENZ-VOLKSBEGEHREN

Die Durchsetzung der Forderungen wird von der Anzahl der erreichten Unterschriften abhängen. Bitte werben Sie mit Nachdruck und mobilisieren Sie so gut Sie können. Bitte beachten Sie die Blätter 2 und 3. In unserem Büro in Linz kann Werbematerial angefordert werden. Ferner eine 60-Minuten Video-Kassette über die Vorgänge in Hainburg für kleinere Veranstaltungen. Wir geben gerne nähere Auskunft über Veranstaltungen. (0732/279279)

ZWENTENDORF

Bis Ende März 1985 müßte die endgültige Entscheidung gefallen sein. Atomgegner können an das Wunder noch nicht glauben. Wer weiß, was sich die Betreiber und Politiker - vornehmlich die sozialistischen - noch alles einfallen lassen, um das Ruder noch herumzureißen. Das Ergebnis des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens wird auch ein Barometer für Zwentendorf sein. Jedenfalls ist Zwentendorf noch nicht ausgestanden.

ATOMARE WIEDERAUFARBEITUNGSANLAGE

Zu unserer größten Sorge und Empörung wurde vor kurzem in Bonn entschieden, die deutsche Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe in Wackersdorf nahe Regensburg zu errichten. Dieser Plan stellt eine arge atomare Bedrohung auch für unser Staatsgebiet dar, weil Wiederaufarbeitungsanlagen mehr hundertfach gefährlicher als Atomkraftwerke sind. In Bayern ist massiver Widerstand zu erwarten, dem wir uns anschließen müssen. Presseaussendungen und Briefe an Politiker ergingen bereits. Am 7. März 1985 findet ein Gespräch mit Herrn Landeshauptmann Dr. Ratzenböck statt.

HILFERUF

In einer Phase besonderer Aktivität. - Hainburg hat uns ebenfalls sehr beschäftigt - und in der Zielgeraden für das "Aus" für Zwentendorf ist uns das Geld ausgegangen. Wir sind pleite. Seit der Volksabstimmung 1978, vor der Sie uns uneigennützig und großzügig unterstützt haben, sind wir nicht mehr außertourlich an Sie herangetreten.

Wir sind mit den Mitgliedsbeiträgen und Spenden durchgekommen und haben sogar eine Halbtagskraft im Büro bescheiden bezahlen können. Frau Johanna Brandner hat uns verlassen, um einem noch "alternativeren" Beruf nachzugehen. Herr Christian Herzenberger, engagiert, umsichtig und ebenfalls bescheiden, ist jetzt im Büro.

Wir ersuchen Sie heute um Ihre großzügige Spende, und wir sind sicher, daß Sie Verständnis für die Situation aufbringen werden. Mit bestem Dank und dem Versprechen, daß wir uns weiterhin für eine bessere Umwelt einsetzen werden

grüßen wir

MR Dr. Alfred Tisserand e.h.

Ing. Volkmar Baurecker e.h.

SR Dr. Fritz Roschall e.h.

Dipl.-Ing. Friedrich Witzany e.h.

Bericht über die Tätigkeiten des
WELTBUNDES ZUM SCHUTZE DES LEBENS in Oberösterreich
im vergangenen Jahr:

Die Diskussionsveranstaltung "Der Wald stirbt - und dann der Mensch" im November '83, mit Forstleuten und Politikern am Podium, hat nicht nur so viele Zuhörer angezogen, daß der Konferenzsaal im Ursulinenhof in Linz zum Bersten voll war; es ist dort auch eine Menge Information ausgetauscht worden, was letztlich Früchte bringen wird.

- o So ist im Vorjahr eine "ARGE gegen das Waldsterben" zusammengetreten. Das WSL-Büro konnte als Kontaktstelle benützt werden. Eine achtköpfige Delegation - ein Forstfachmann, 2 Bürgermeister und Vertreter von Natur- und Umweltschutzvereinigungen (Greenpeace, WSL, Biologielehrervereinigung, Waldbesitzerverband) - sprach diesbezüglich im Parlament vor. - Es wurde in einem einstündigen Gespräch mit den Clubobmännern Mock, Peter und Wille versucht, die dramatische Situation des Waldes diesen Entscheidungsträgern nahe zu bringen. - Vielleicht hat's dem Wald ein wenig geholfen.
 - o Unterstützung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens durch Aussendungen und Aufrufe zum Unterschreiben. Das WSL-Büro dient als O.Ö.-Koordinationsstelle für das Volksbegehren.
 - o Unterstützung der Initiative für die Erhaltung des Reichraminger Hintergebirges durch Verteilung von Information.
 - o Veröffentlichung des "Energiekonzeptes der Umweltschützer".
 - o Der WSL sieht seine wesentlichste Aufgabe darin, neuen jungen Gruppen Starthilfe zu geben; mit Ratschlägen, Erfahrungsaustausch und Unterstützung in bürotechnischen Belangen. Auch in dieser Hinsicht waren wir nicht untätig!
 - o Materialverleih:
Film: Die Rede des Häuptlings Seattle auf 16mm-Film.
Videofilm: "Zeitbombe Chemie" von Hanswerner Mackwitz.
Werbematerial: Liste anfordern!
 - o Bürostunden: MO/DI 9 - 11 h, MI/DO 9 - 13 h Tel.: 279 279
-

Veranstaltungen zur Eintragungswoche des
KONRAD-LORENZ-VOLKSBEGEHRENS in Oberösterreich:

So	24.2.	Freistadt	17.00	Turnhalle
Mo	25.2.	Braunau	19.00	Kolpinghaus
Mo	25.2.	Steyr	19.30	Casino
Di	26.2.	Enns	19.00	Stadthalle
Di	26.2.	Gmunden	19.00	Kammerhofmuseumssaal
Di	26.2.	Vöcklabruck	19.00	Kolpinghaus
Mi	27.2.	Steyr	19.30	Stadtsaal
Mi	27.2.	Wels	19.00	Stadthalle
Do	28.2.	Strobl	19.00	Bundesinstitut f. Erwachsenenbildung
Fr	1.3.	Kirchdorf	15.00	Demo gegen Phyrnautobahn
Fr	1.3.	Perg	19.00	Turnhalle
Fr	1.3.	Bad Ischl	19.30	Sparkassensaal
Sa	2.3.	Linz	19.00	Großer Saal - Ursulinenhof
Sa	2.3.	Gmunden	20.00	Kammerhofmuseumssaal
So	3.3.	Rohrbach	16.00	Kinosaal

Liebe "BÜRGER-AKTIV"-Leser!

Der Wirbel in der Hainburger Au hat Sie sicher auch nicht kalt gelassen. Wenn alte und junge Leute von der Polizei geprügelt werden, weil sie nicht wollen, daß die größte und schönste Aulandschaft Mitteleuropas - die letzte, die wir noch haben - zerstört wird, muß man sich ja aufregen. Noch dazu für ein Kraftwerk, das wir gar nicht wirklich brauchen, wie die Fachleute der E-Wirtschaft selbst zugeben.

Ganz besonders hab' ich mich über die Arroganz geärgert, mit der die DoKW und die Behörden Gesetze mißachten. Zum Glück hat ihnen der Verwaltungsgesichtshof wenigstens vorläufig einen Strich durch die Rechnung gemacht und weitere Rodungsarbeiten verboten, bis über die Anzeigen und Beschwerden der Naturschützer entschieden ist.

Oft sagen wir, was kann man schon gegen die da oben machen? Die tun ja doch, was sie wollen. Aber manchmal geht es; und sogar mit Erfolg! Das hat sich schon bei Zwentendorf gezeigt - und jetzt wieder in der Hainburger Au.

Ich bin sehr froh darüber, aber es muß noch viel mehr geschehen, damit in Österreich eine vernünftige Energie- und Umweltpolitik durchgesetzt wird. Sie wissen ja; unser Wald ist in größter Gefahr. Stellen Sie sich Österreich ohne Wald vor! Ich kann mir kaum was Schlimmeres denken - und ich glaube, daß es den meisten Österreichern ähnlich geht.

Das Konrad-Lorenz-Volksbegehren gibt uns Gelegenheit, mit unserer Unterschrift zu zeigen, wie ernst es uns um die Erhaltung einer gesunden Umwelt - und damit um die Zukunft unserer Kinder ist. Darum bitte ich Sie, in der Woche vom 4. bis 11. März dieses Volksbegehren zu unterschreiben. Je mehr Unterschriften, desto mehr werden Regierung und Parlament unter Druck gesetzt, alles Mögliche - möglichst schnell - zu unternehmen, bevor unsere Natur so ruiniert ist, wie heute schon der Schwarzwald in Deutschland und die Wälder im Erzgebirge in der Tschechoslowakei.

Deshalb bitte ich Sie auch, nicht nur selbst zu unterschreiben. Schicken Sie diesen Brief weiter: An Verwandte und Freunde - auch wenn Sie schon länger nicht mit ihnen zusammengekommen sind. Wenn's die auch so machen, wird das Konrad-Lorenz-Volksbegehren sicher ein Erfolg, und ich bin überzeugt, daß ein solcher Erfolg für unser Land sehr wichtig ist!

Herzliche Grüße, Prof. Paul Blau

Diesen Schneeballbrief (ohne Anrede und Grußformel) können Sie bei uns anfordern, solange der Vorrat reicht. - Oder Sie verfassen selbst einen - vielleicht besseren!

Die Natur schreit

Hilfe!

4.-11. März

Bitte das Volksbegehren unterschreiben!

Was steht im Volksbegehren? Kurzfassung in 12 Punkten.

1. Nie wieder Hainburg!

In Umweltfragen müssen alle Betroffenen gehört und beachtet werden. Parteienstellung für Umwelt- und Naturschutzverbände. Offenlegung aller Akten. Freier Zugang zu den Höchstgerichten und Abwarten von deren Entscheidung. Mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Ehrlichkeit.

2. Die Au ist in ganz Österreich.

Überall werden letzte Reste von Natur- und Kulturlandschaft zerstört, überall hirnlöse Projekte brutal „durchgezogen“. Das Volksbegehren fordert Vorrang für die Natur, sie ist unsere Lebensgrundlage.

3. Endlich Nationalparks.

Das Volksbegehren fordert Verwirklichung von Nationalparks durch Verfassungsgesetz (Donau-March-Thaya-Auen, Neusiedlersee-Seewinkel), Hintergebirge, Niedere Tauern, Hohe Tauern).

4. Atmen kann krank machen.

Soweit ist es schon! Luft, Gewässer, Boden, folglich auch unsere Nahrungsmittel und das Trinkwasser enthalten täglich mehr Schadstoffe. Das Volksbegehren fordert wirksame Sofortmaßnahmen gegen die Vergiftung unserer Umwelt.

5. Sanierung aller Giftmülldeponien.

Auf Mülldeponien lagern unheimliche Mengen Gift. (Am Rautenweg in Wien zum Beispiel 1 Kilogramm Dioxin, damit kann man die ganze Menschheit umbringen). Schluß mit den sinnlos aufwendigen Verpackungen, die nichts als Müllberge produzieren. Das Volksbegehren fordert die Sanierung aller Giftmülldeponien!

6. Intelligentes Energiekonzept, intelligente Kraftwerke.

Das größte, sauberste, billigste Kraftwerk ist Energiesparen:

- Vergeudete Wärme in der Industrie voll nutzen
- Wärmedämmung der Gebäude
- neue energiesparende Geräte
- Bau einer neuen Generation von Kraftwerken, die Natur nicht zerstören, Gesundheit nicht gefährden, Energie höchstgradig nutzen.

Das Volksbegehren fordert eine neue Industrie- und Wirtschaftsstruktur, Umsteigen auf Zukunft!

7. Saubere Wasserkraft.

Naturschützer sind keine Kraftwerksgegner. Das Volksbegehren fordert: mittlere und kleine Wasserkraftwerke, voll eingepaßt in die Natur, ohne Gefährdung von Grund- und Trinkwasser; kalorische Kraftwerke, die Wärme voll nutzen und höchstgradig schadstofffrei sind. Ein solches Bauprogramm ist billiger als der Großkraftwerksbau!

8. Atomkraftwerke retten den Wald nicht.

Atomkraftwerke schaffen eine Kette ungelöster Probleme: Radioaktivität in Luft, Wasser, Boden, Nahrung, gefährliche Transporte, giftiger Atom Müll, Belastung der kommenden Generationen.

9. 1990 ist unser Wald tot, unser Boden unfruchtbar.

Alle bisher vorgeschlagenen Maßnahmen kommen zu spät, vom Reden werden Wald und Boden nicht gesund. Das Volksbegehren fordert ein Umsteigen vom Großkraftwerksbau auf ein Sofortprogramm zur Wald- und Bodenrettung. Mit 60 Prozent der Mittel, die für immer neue naturzerstörende Großkraftwerke vorgesehen sind, können alle wesentlichen inländischen Schadstoffquellen weitestgehend beseitigt werden. Überdies liefert das Waldrettungsprogramm des Volksbegehrens mehr neue Energie als der fortgesetzte Großkraftwerksbau, verringert drastisch unsere Importabhängigkeit und schafft zehntausende neue Arbeitsplätze.

10. Tempolimit und Katalysatoren genügen nicht.

Das Volksbegehren fordert: Förderung umweltschützender neuer Antriebsarten, Umsteigen auf öffentlichen Verkehr, Lastverkehr auf Schiene, Radwegnetze.

11. 64.000 neue Arbeitsplätze.

Umweltschutz und modernste Energienutzung bringen viel mehr Arbeitsplätze als Großkraftwerksbau. Sinnvolle Arbeitsplätze auf Generationen! Ganze neue Industriezweige können entstehen durch Umsteigen auf neue Produkte und neue Technologien. Nach dem konkreten Konzept des Volksbegehrens, unter Mitarbeit der Professoren Bruckmann, Löttsch, Aubauer, können auf diese Weise 64.000 neue Arbeitsplätze entstehen, die zugleich Lebensplätze sind.

12. In unserem Lager ist Österreich.

Was in der Au begann, will das Volksbegehren weitertragen durch ganz Österreich. Wir wollen eine Wende in der Umwelt-, Energie- und Beschäftigungspolitik. Das Volksbegehren gibt diesem Land Hoffnung und Zukunft.

OBERÖSTERREICH MÖCHTE ÜBERLEBEN

Das sind wir unseren Kindern schuldig!

VERKEHRSVERBUND IM
OÖ. ZENTRALRAUM
keine Donaubrücke in
Margarethen, keine
Pyhrnautobahn

MÜLLVERMEIDUNG

DIE HÄLFTE UNSERES MÜLLS
IST VERPACKUNGSMATERIAL

NAHVERKEHRSCHAOS

SMOG

DIOXIN

ÜBERSÄUERTE BÖDEN

STERBENDE WÄLDER

VERSEUCHTE FLÜSSE

PSEUDO CROUP

NATIONALPARK STATT
KRAFTWERK IM HINTERGEBIRGE

DÄ KÄNN MA EH NIX MÄCHN
DÄ HILFT EHNIX !
stimmt das?

TRAGEN SIE MIT IHRER UNTERSCHRIFT
ZUR LÖSUNG DER PROBLEME BEI

SCHUTZ DEM GRUNDWASSER
Bau von Kläranlagen, keine
Regulierungen von Flüssen und
Bächen

KEIN SMOG MEHR IN LINZ
SANIERUNG DER LINZER
INDUSTRIE- UND GEWERBEBETRIEBE

Stimmberechtigung, Stimmabgabe, Eintragungszeiten

Jeder Staatsbürger, der bis zum Stichtag 20.2.1985 das 19. Lebensjahr vollendet hat, muß in die Stimmliste aufgenommen werden. Die Stimmliste ist auf Grund der Wählerevidenz von der Gemeinde nach Eintragungslokalen zu erstellen. Wer sich in der Eintragungswoche nicht in seiner Heimatgemeinde aufhält, braucht zum Unterschreiben eine Stimmkarte, die er in seiner Gemeinde erhält.

In Oberösterreich:

Auskunft über Veranstaltungen in O.Ö. und Materialanforderungen (Plakate, Flugzettel, Aufkleber, Anstecknadeln, Videokassetten, ...)
O.Ö. NATURSCHUTZBUND u. WSL-Büro
4010 Linz, Landstrasse 31 Tel.: 0732/279 279

Das Material ist größtenteils kostenlos, BITTE WERBEN SIE!

KONRAD-LORENZ-VOLKSBEGEHREN !

Falls Sie Fragen haben, können Sie uns erreichen:

Konrad-Lorenz-Volksbegehren, Alserstraße 37, 1090 Wien
telefonisch: 0222 / 435938 oder 435941, von 9 - 19 Uhr

Wenn Sie das Volksbegehren finanziell unterstützen wollen:
Creditanstalt Bankverein, Kto.-Nr. 0222-07575/75



ÖSTERR. NATURSCHUTZBUND
Informativ
MITTEILUNGEN DER LANDESGRUPPE OBERÖSTERREICH

10. Jahrgang

Februar 1985

Folge 81

Verehrte Mitglieder des OÖ Naturschutzbundes, liebe Freunde!

Dieses Informativ hat in erster Linie den Zweck, Sie auf Veranstaltungen des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens in Oberösterreich aufmerksam zu machen.

Auf Seite 2 finden Sie einen OÖ Veranstaltungskalender, welcher Theaterstücke, Filmvorführungen, Vorträge und Podiumsdiskussionen beinhaltet.

Bitte besuchen Sie nach Möglichkeit eine oder mehrere dieser Veranstaltungsabende bzw. Aufführungen, nehmen Sie Freunde oder Bekannte mit und machen Sie für das Volksbegehren sowie diese Informationsveranstaltungen entsprechende Werbung!

Wenn Sie Gelegenheit haben, Plakate anzubringen, Flugblätter oder sonstiges Material zu verteilen, bitte rufen Sie uns an, wir schicken Ihnen so rasch wie möglich das Gewünschte.

Das nächste umfangreiche Informativ wird in ca. ein bis zwei Wochen erscheinen.

Ich danke im voraus für Ihre Bemühungen!

AR Wieland Mittmannsgruber
Landesobmann

Impressum: Medieninhaber
Herausgeber und Redaktion
Österr. Naturschutzbund
Landesgruppe Oberösterreich
4010 - Linz, Landstr. 31
Eigenvervielfältigung

HERRN 0000010968
DIPL. ING. FRIEDRICH WITZANY

P.b.b. Verlagspostamt
4020 - Linz
Erscheinungsort Linz

IM SOMMERLANDL 7
4490 ST. FLORIAN

- Samstag 23.2. GMUNDEN Kolpinghaus 19 Uhr *WUK - FILM
- Sonntag 24.2. FREISTADT Turnhalle 17 Uhr Prof.H.Löffler, Konsul
A.Englander, H.Hübl,
R.Frechinger,
"TRITTBRETTL" (Kabarettgr.)
- Montag 25.2. BRAUNAU Kolpinghaus 19 Uhr Prof.Tollmann, Prim.Dr.
Dobretsberger, DI F.Witzany
C.Fasching, *WUK - FILM
- Dienstag 26.2. STEYR CASINO 19'30 Uhr "Trittbrett" (Kabarettgr.)
- ENNS Stadthalle 19 Uhr Prof.Tollmann, Freda Meissner-
Blau, Konsul A.Englander,
R.Ernstberger, H.Hübl, *WUK-Film
- GMUNDEN Kammerhofmuseumssaal 19 Uhr "Trittbrett" (Kabarettgruppe)
- VÖCKLABRUCK Kolpinghaus 20 Uhr DDr.G.Nenning
- Mittwoch 27.2. STEYR Stadthalle 19'30 DDr.G. Nenning, Ing.A.Worm,
Prof.Tollmann, Konsul A.Englander,
G.Heilingbrunner
- WELS 19 Uhr Prof.Paul Blau, Stadtrat Dr.Hawlik,
"Trittbrett" (Kabarettgruppe)
- Donnerstag 28.2. STROBL Bundesinstitut für Erwachsenenbildung 19 Uhr
Schauspielhaus
- Freitag 1.3. KIRCHDORF 15 Uhr DEMO gegen Pyhrnautobahn
- PERG Turnhalle 19 Uhr Prof.Tollmann, H.Hübl, DI F.Witzany
R.Frechinger, *WUK - Film
- BAD ISCHL Sparkassensaal 19 Uhr AUENBLICKE (Kabarett)
- Samstag 2.3. LINZ Ursulinenhofsaal 19 Uhr Prof.R.Jungk, Prim.Dr.
Dobretsberger, Dr.Hawlik,
Dr. M.Mayrhofer, R.Ernstberger
C.Fasching, *WUK -Film
- GMUNDEN Kammerhofmuseumssaal 20 Uhr AUENBLICKE (Kabarett)
- Sonntag 3.3. ROHRBACH Kinosaal 16 Uhr Univ.Doiz.Dr.R.Albert,
Dr.M.Mayrhofer, Dr.J.Mauthe,
R.Frechinger, *WUK -Film
- Montag 4.3. - 11.3. EINTRAGUNGSWOCHE für das KONRAD LORENZ VOLKSBEGEHREN

* Film über die Vorgänge in der Hainburger Au im Dezember 1984

Die Natur schreit

Hilfe!

4.-11. März

Bitte das Volksbegehren unterschreiben!

Was steht im Volksbegehren? Kurzfassung in 12 Punkten.

1. Nie wieder Hainburg!

In Umweltfragen müssen alle Betroffenen gehört und beachtet werden. Parteienstellung für Umwelt- und Naturschutzverbände. Offenlegung aller Akten. Freier Zugang zu den Höchstgerichten und Abwarten von deren Entscheidung. Mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Ehrlichkeit.

2. Die Au ist in ganz Österreich.

Überall werden letzte Reste von Natur- und Kulturlandschaft zerstört, überall hirnlose Projekte brutal „durchgezogen“. Das Volksbegehren fordert Vorrang für die Natur, sie ist unsere Lebensgrundlage.

3. Endlich Nationalparks.

Das Volksbegehren fordert Verwirklichung von Nationalparks durch Verfassungsgesetz (Donau-March-Thaya-Auen, Neusiedlersee-Seewinkel), Hintergebirge, Niedere Tauern, Hohe Tauern).

4. Atmen kann krank machen.

Soweit ist es schon! Luft, Gewässer, Boden, folglich auch unsere Nahrungsmittel und das Trinkwasser enthalten täglich mehr Schadstoffe. Das Volksbegehren fordert wirksame Sofortmaßnahmen gegen die Vergiftung unserer Umwelt.

5. Sanierung aller Giftmülldeponien.

Auf Mülldeponien lagern unheimliche Mengen Gift. (Am Rautenweg in Wien zum Beispiel 1 Kilogramm Dioxin, damit kann man die ganze Menschheit umbringen). Schluß mit den sinnlos aufwendigen Verpackungen, die nichts als Müllberge produzieren. Das Volksbegehren fordert die Sanierung aller Giftmülldeponien!

6. Intelligentes Energiekonzept, intelligente Kraftwerke.

Das größte, sauberste, billigste Kraftwerk ist Energiesparen:

- Vergeudete Wärme in der Industrie voll nutzen
- Wärmedämmung der Gebäude
- neue energiesparende Geräte
- Bau einer neuen Generation von Kraftwerken, die Natur nicht zerstören, Gesundheit nicht gefährden, Energie höchstgradig nutzen.

Das Volksbegehren fordert eine neue Industrie- und Wirtschaftsstruktur, Umsteigen auf Zukunft!

7. Saubere Wasserkraft.

Naturschützer sind keine Kraftwerksgegner. Das Volksbegehren fordert: mittlere und kleine Wasserkraftwerke, voll eingepaßt in die Natur, ohne Gefährdung von Grund- und Trinkwasser; kalorische Kraftwerke, die Wärme voll nutzen und höchstgradig schadstofffrei sind. Ein solches Bauprogramm ist billiger als der Großkraftwerksbau!

8. Atomkraftwerke retten den Wald nicht.

Atomkraftwerke schaffen eine Kette ungelöster Probleme: Radioaktivität in Luft, Wasser, Boden, Nahrung, gefährliche Transporte, giftiger Atom Müll, Belastung der kommenden Generationen.

9. 1990 ist unser Wald tot, unser Boden unfruchtbar.

Alle bisher vorgeschlagenen Maßnahmen kommen zu spät, vom Reden werden Wald und Boden nicht gesund. Das Volksbegehren fordert ein Umsteigen vom Großkraftwerksbau auf ein Sofortprogramm zur Wald- und Bodenrettung. Mit 60 Prozent der Mittel, die für immer neue naturzerstörende Großkraftwerke vorgesehen sind, können alle wesentlichen inländischen Schadstoffquellen weitestgehend beseitigt werden. Überdies liefert das Waldrettungsprogramm des Volksbegehrens mehr neue Energie als der fortgesetzte Großkraftwerksbau, verringert drastisch unsere Importabhängigkeit und schafft zehntausende neue Arbeitsplätze.

10. Tempolimit und Katalysatoren genügen nicht.

Das Volksbegehren fordert: Förderung umweltschützender neuer Antriebsarten, Umsteigen auf öffentlichen Verkehr, Lastverkehr auf Schiene, Radwegnetze.

11. 64.000 neue Arbeitsplätze.

Umweltschutz und modernste Energienutzung bringen viel mehr Arbeitsplätze als Großkraftwerksbau. Sinnvolle Arbeitsplätze auf Generationen! Ganze neue Industriezweige können entstehen durch Umsteigen auf neue Produkte und neue Technologien. Nach dem konkreten Konzept des Volksbegehrens, unter Mitarbeit der Professoren Bruckmann, Lötsch, Aubauer, können auf diese Weise 64.000 neue Arbeitsplätze entstehen, die zugleich Lebensplätze sind.

12. In unserem Lager ist Österreich.

Was in der Au begann, will das Volksbegehren weitertragen durch ganz Österreich. Wir wollen eine Wende in der Umwelt-, Energie- und Beschäftigungspolitik. Das Volksbegehren gibt diesem Land Hoffnung und Zukunft.

OBERÖSTERREICH MÖCHTE ÜBERLEBEN

Das sind wir unseren Kindern schuldig!

VERKEHRSVERBUND IM
OÖ. ZENTRALRAUM
keine Donaubricke in
Margarethen, keine
Pyhrnautobahn

MÜLLVERMEIDUNG

DIE HALBTE UNSERES "MULLS"
IST VERPACKUNGSMATERIAL

NAHVERKEHRSCHAOS

SMOG

DIOXIN

ÜBERSÄURTE BÖDEN

STERBENDE WÄLDER

SCHUTZ DEM GRUNDWASSER
Bau von Kläranlagen, keine
Regulierungen von Flüssen und
Bächen

VERSEUCHTE FLÜSSE

PSEUDO CROUP

NATIONALPARK STATT
KRAFTWERK IM HINTERGEBIRGE

DÄ KÄNN MA EH NIX MÄCHN
DÄ HILFT EHNIX !
stimmt das?

KEIN SMOG MEHR IN LINZ
SANIERUNG DER LINZER
INDUSTRIE- UND GEWERBEBETRIEBE

TRAGEN SIE MIT IHRER UNTERSCHRIFT
ZUR LÖSUNG DER PROBLEME BEI

Stimmberechtigung, Stimmabgabe, Eintragungszeiten

Jeder Staatsbürger, der bis zum Stichtag 20.2.1985 das 19. Lebensjahr vollendet hat, muß in die Stimm-
liste aufgenommen werden. Die Stimm-
liste ist auf Grund der Wählerevidenz von der Gemeinde nach Ein-
tragungslokalen zu erstellen. Wer sich in der Ein-
tragungswoche nicht in seiner Heimatgemeinde auf-
hält, braucht zum Unterschreiben eine Stimmkarte,
die er in seiner Gemeinde erhält.

In Oberösterreich:

Auskunft über Veranstaltungen in O.Ö. und Material-
anforderungen (Plakate, Flugzettel, Aufkleber, Ansteck-
nadeln, Videokassetten,...)
O.Ö. NATURSCHUTZBUND u. WSL-Büro
4010 Linz, Landstrasse 31 Tel.: 0732/279 279

Das Material ist großteils kostenlos, BITTE WERBEN SIE!

KONRAD-LORENZ - VOLKSBEGEHREN !

Falls Sie Fragen haben, können Sie uns erreichen:

Konrad-Lorenz-Volksbegehren, Alserstraße 37, 1090 Wien
telefonisch: 0222 / 435938 oder 435941, von 9 - 19 Uhr

Wenn Sie das Volksbegehren finanziell unterstützen wollen:
Creditanstalt Bankverein, Kto.-Nr. 0222-07575/75

WAS JEDER EINZELNE FÜR DIE AU IN HAINBURG TUN KANN!!

1) AKTION GIRO BLAU

- a) Stornierung des Abbuchungsauftrages mit Begründungsschreiben. Freunde und Bekannte auffordern, bei der Aktion mitzumachen.
- b) Strompreis kreativ einzahlen; dabei niemals den vorgedruckten Erlagschein verwenden, sondern der eigenen Phantasie freien Lauf lassen (**Zahlungsbelege unbedingt aufheben!**)
- Zahlung von verschiedenen hohen Teilbeträgen
 - Unleserliche Schrift auf dem Erlagschein (**bei richtig eingetragener Kundennummer**)
 - Beiträge direkt an der Kassa des Energieversorgungsunternehmens einzahlen
 - Kundennummer auf dem Erlagschein weglassen
 - Überzahlung des fälligen Betrages und Zurückfordern des Differenzbetrages
 - Einzahlung mit Briefmarken
 - Einzahlung mittels Verrechnungsschecks, usw.
- c) Um einen Überblick über die Zahl der Teilnehmer an der Aktion zu bekommen, bitten wir Euch, die Stornierung des Dauerauftrages, bzw. Eure Bereitschaft mitzumachen, uns mitzuteilen. Postkarte an: ARGE GIRO BLAU, Postfach 155
4041 LINZ

2) Briefe, Telegramme oder Telefonate an verantwortliche Politiker, z.B.:

Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger, Hofburg, 1010 WIEN; Tel.: 0222/573626 oder:
Hohe Warte 36, 1190 WIEN; Tel.: 0222/361132

Bundeskanzler Dr. Franz Sinozatz, Bailhausplatz 2, 1010 WIEN, Tel.: 0222/6615

Innenminister Dr. Karl Blecha, Herrengasse 7, 1010 WIEN, Tel.: 0222/ 6626

Bundes-SPÖ, Löwelstr. 18, 1010 WIEN, Tel.: 0222/632731 oder 634656

Bundes-ÖVP, Kärntnerstr. 51, 1010 WIEN, Tel.: 0222/522621

Österr. Gewerkschaftsbund, Hohenstaufengasse 10 - 12, 1011 WIEN, Tel.: 0222/633711

Gewerkschaft der Bau- u. Holzarbeiter, Ebendorferstr. 7, 1010 WIEN, Tel.: 0222/423641

Österr. Wirtschaftsbund, Falkestr. 3, Postfach 1, 1011 WIEN, Tel.: 0222/527631

Vereinigung Österr. Industrieller (IV), Schwarzenbergplatz 4, 1031 WIEN, Tel.: 0222/725651

Landeshauptmann Dr. Siegfried Ludwig, Herrengasse 11 - 13, 1014 WIEN, Tel.: 0222/63711/2000

SPÖ-OÖ, Landstr. 31, 4020 LINZ, Tel.: 0732/272611/12

ÖVP-OÖ, Obere Donaulände 7, 4020 LINZ, Tel.: 0732/ 278571

Handelskammer OÖ, Hessenplatz 3, 4020 LINZ, Tel.: 0732/2800

ÖGB-OÖ, Volksgartenstr. 40, 4020 LINZ, Tel.: 0732/664050

**MITTERNACHTSMETTE
im DONAUPARK
24. DEZEMBER 83^h
Bitte mit Laternen, Packeln oder
Kerzen in den Donaupark
spazieren (Ab 20^h fahren
keine öffentlichen Verkehrsmittel)**

Briefe auch an Bekannte senden, mit der Aufforderung, selbst Briefe zu schreiben; eventuell dieses Flugblatt in einem Kuvert mitsenden (Kettenbrief!) Leserbriefe an Zeitungen schreiben.

- 3) Mit Parteiaustritt drohen bzw. tatsächlich austreten.
- 4) Gewerkschaftsbeiträge einbehalten (**in der Lohnbuchhaltung die automatische Abbuchung aufkündigen**)
- 5) SPENDEN:
- Konrad-Lorenz Volksbegehren, CA-BU, Tel.: 0222/07575/75 (BLZ: 11 000)
 - Konrad-Lorenz Volksbegehren, 1.Österr. Spar Casse, Kto.: 012/01735 "Kennwort AURETTUNG"
 - Solidaritätsfonds zum Schutz des sozialen Friedens, Länderbank Graz, Kto.: 760254514/0
- 6) In die Au fahren. Züge fahren stündlich ab Linz. Wir empfehlen den Zug um 19.03 Uhr. Wenn mehrere gemeinsam fahren, kann im Normalfall ein Pendelbus an den Westbahnhof beordert werden (Kontaktadresse in Wien: Alserstr. 37
1. Stock, 1080 WIEN, Tel.: 0222/435930 oder 435938 oder 435939 oder 435941. Kontaktadresse in Linz: Alternativ-
referat der ÖH, Altenbergerstr. 69, 4040 LINZ, Tel.: 0732/231381/9371).
- 7) Brennende Kerzen ins Fenster stellen
- 8) Rot-Weiß-Rote Armschleifen tragen

PS: Wenn Sie Zusendungen und Informationen des Konrad-Lorenz Volksbegehrens wünschen, teilen Sie uns bitte Name, Adresse und Telefonnummer an obige Kontaktadresse in Linz mit.

Medieninhaber: OÖ-Koordinationsbüro des Konrad-Lorenz Volksbegehrens, Altenbergerstr. 69, 4040 LINZ,
Druck: Eigenvervielfältigung

THE HISTORY OF THE UNITED STATES

The history of the United States is a story of growth and change. From the first settlers to the present day, the nation has evolved through various stages of development. The early years were marked by exploration and the establishment of colonies. The American Revolution led to the birth of a new nation, and the subsequent years saw the expansion of territory and the growth of industry. The Civil War was a pivotal moment in the nation's history, leading to the abolition of slavery and the strengthening of the federal government. The 20th century brought significant social and economic changes, including the rise of the industrial revolution and the emergence of the United States as a global superpower.

The history of the United States is a story of growth and change. From the first settlers to the present day, the nation has evolved through various stages of development. The early years were marked by exploration and the establishment of colonies. The American Revolution led to the birth of a new nation, and the subsequent years saw the expansion of territory and the growth of industry. The Civil War was a pivotal moment in the nation's history, leading to the abolition of slavery and the strengthening of the federal government. The 20th century brought significant social and economic changes, including the rise of the industrial revolution and the emergence of the United States as a global superpower.

The history of the United States is a story of growth and change. From the first settlers to the present day, the nation has evolved through various stages of development. The early years were marked by exploration and the establishment of colonies. The American Revolution led to the birth of a new nation, and the subsequent years saw the expansion of territory and the growth of industry. The Civil War was a pivotal moment in the nation's history, leading to the abolition of slavery and the strengthening of the federal government. The 20th century brought significant social and economic changes, including the rise of the industrial revolution and the emergence of the United States as a global superpower.

The history of the United States is a story of growth and change. From the first settlers to the present day, the nation has evolved through various stages of development. The early years were marked by exploration and the establishment of colonies. The American Revolution led to the birth of a new nation, and the subsequent years saw the expansion of territory and the growth of industry. The Civil War was a pivotal moment in the nation's history, leading to the abolition of slavery and the strengthening of the federal government. The 20th century brought significant social and economic changes, including the rise of the industrial revolution and the emergence of the United States as a global superpower.

Konrad-Lorenz-Volksbegehren

Personenkomitee Oberösterreich

Koordinationsstelle für das Personenkomitee und Sprecher:
Hochschülerschaft Linz, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz.
Alfred Feldbauer, Tel.: 231381/624

Presseinformation für die Pressekonferenz am 15. Juni 1984,
10.30 Uhr im Pressezentrum Ursulinenhof

FÜR EINE ANDERE ENERGIEPOLITIK

Unsere Umwelt und unsere Wirtschaft sind krank. Krank, weil wir einst erfolgreiche aber mittlerweile längst überholte Wirtschaftskonzepte blindlings weiter verfolgen. Dabei werden aber unsere Lebensgrundlagen immer gründlicher zerstört.

Ein neues Energiekonzept

An stelle planloser Zerstörung der Natur- und Kulturlandschaften Österreichs und statt der Ideen- und Ratlosigkeit in der Wirtschaftspolitik muß ein umfassendes umweltsicheres Energie- und Arbeitsbeschaffungskonzept treten, wie es im Text des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens aufgezeigt wird. Vor allem die Energiepolitik, die so viele Auswirkungen auf die Umwelt hat, darf in Zukunft nicht mehr von der Energie-Wirtschaft allein bestimmt werden, denn diese stellt allzuoft ihre eigenen Interessen vor die der Öffentlichkeit. Eine vernünftige Energiepolitik ist auch die Voraussetzung für eine umweltverträgliche, Ressourcen schonende Wirtschaft, die als einzige langfristig Wohlstand und Vollbeschäftigung möglich macht. Drei Grundsätze müssen dabei im besonderen beachtet werden:

- Die Energieversorgung muß in Einklang mit der Erhaltung der natürlichen Lebensräume stehen.
- Natur und Landschaft müssen als Wert im Bewußtsein aller verankert werden
- Verringerung der Abhängigkeit von den stets teurer werdenden Energieimporten.

BESSERE AUSNÜTZUNG DER VORHANDENEN ENERGIE

Bis 1990 sind Dutzende weitere große Kraftwerke in Österreich geplant.

Das würde zu starken Beeinträchtigungen der österreichischen Erholungslandschaft, zur weiteren Erhöhung der Energieimporte und zu ungeheuren Investitionskosten (100 Milliarden Schilling) führen.

Notwendiger als weitere Großkraftwerke ist deshalb die bessere Nutzung der eingesetzten Energie. Das genügt mit anderen, hier vorgeschlagenen Maßnahmen reichlich für die Energieversorgung und etwaige Verbrauchszuwächse.

1. Sanierung der kalorischen Kraftwerke

Um veraltete, unrationelle und besonders umweltfeindliche Kraftwerke zu ersetzen, müßten 2/3 aller bestehenden kalorischen Kraftwerke Österreichs zum Preis von 22 Milliarden Schilling erneuert werden. Zusammen mit Umweltschutzmaßnahmen zur Verminderung des Schadstoffausstoßes auf 5 % der Ausgangswerte und Maßnahmen für die Nutzung der Abwärme sind dazu insgesamt 48 Milliarden Schilling notwendig.

Durch diese Maßnahmen, die vor allem die eingesetzte

Energie durch die angewandte Kraftwärmekoppelung besser nützen, ergibt sich eine Energieeinsparung von 2/3 der in den kalorischen Kraftwerken Österreichs bisher eingesetzten Energie (das sind 2 000 Megawatt).

Wärmedämmung an Gebäuden

Mit der nunmehr nutzbaren Abwärme aus den kalorischen Kraftwerken mit Kraftwärmekoppelung kann der umweltschädigende Hausbrand um 50 % eingeschränkt werden. Eine zusätzliche nur 25%ige Verringerung (bei Investitionskosten von ca. 11 Milliarden Schilling) ergibt sich durch die Wärmedämmung von Gebäuden (1 000 Megawatt).

Ersparnis an Energie, Geld und Importen durch intelligente Energienutzung

Die Investitionskosten für dieses Programm liegen um 41 Milliarden Schilling unter den geplanten 100 Milliarden Schilling des Kraftwerksausbauprogrammes der Elektrizitätsgesellschaften. 2 000 Megawatt Energie müssen nicht importiert werden und würden damit unsere Handelsbilanz entlasten.

Die Verwirklichung dieses Konzeptes bedeutet eine volle und langfristige Auslastung der Bauwirtschaft. Es werden nicht wie bei Großbaustellen à la Hainburg hauptsächlich Baumaschinen, sondern vor allem Menschen beschäftigt.

Die 12,8 Milliarden Schilling in Hainburg schaffen nur halb so viele Arbeitsplätze wie dieselbe Summe bei der Wärmedämmung von Gebäuden oder beim Bau von Fernwärmeleitungen (Absolutwerte siehe Anlage 1).

Rettung des Waldes

Derzeit entstehen in Österreichs Wäldern durch das Waldsterben Schäden von 4,8 Milliarden Schilling pro Jahr.

Jede Tonne Schadstoffe, die auf Österreich herabregnet, verursacht Schäden allein am Wald in der Höhe von 5 20.000,-.

Die Verminderung der Schadstoffe durch die Ausrüstung neuer kalorischer Kraftwerke mit Entschwefelungsanlagen (bzw.

umweltfreundlichen anderen Technologien wie z.B der Wirbelschichtfeuerung) kostet pro Tonne Schadstoff nur S 5.000,-.

Mit dem Aufwand von 59 Milliarden Schilling nach dem dargestellten Konzept werden Waldschäden vermieden, die langfristig gesehen viel höher liegen.

Die Angaben stammen vom Institut für Umweltwissenschaften und Naturschutz der Akademie der Wissenschaften.

Das Öö. ~~Wald~~ Komitee zur Unterstützung des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens ist aus ökologischen Gründen gegen den Bau des Donaukraftwerkes Hainburg. Der Kraftwerksbau würde das Herzstück des letzten verbliebenen großen Angebotes an der Donau in Österreich zerstören. Der Kompromiß, den die E-Wirtschaft anbietet, ist längst schon geschlossen. Bereits 80 % des Energiepotentials der Donau ist genutzt - die Nutzung der letzten 20 % kann nur mit der Zerstörung der Kulturlandschaft der Wachau und der großartigen Landschaft um Hainburg erkaufte werden.

Deshalb tritt das Öö. Personenkomitee insbesondere ein für:

- Abwärmenutzung von Riedersbach II (Kosten von ca. 2,4 Milliarden Schilling würden "10 Hintergebirgskraftwerke" ersetzen. Das Kraftwerk "Reichraming" würde 1,9 Milliarden Schilling kosten)
- Verzicht auf den Bau eines Kraftwerkes im Reichraminger Hintergebirge und Schaffung eines Nationalparks.
- Entschwefelung aller kalorischen Kraftwerke nach dem neuesten Stand der Technik (keine Inbetriebnahme von Riedersbach II ohne Entschwefelung)
- Sanierung der Traun

ANLAGE 1

<u>Maßnahmen</u>	<u>Branche</u>	<u>Arbeitsplätze</u>
Entschwefelungsanlagen u.ä.	Maschinen- u. Anlagenbau	18 000
Abwärmenutzung (Alt- u. Neuanlagen)	Tiefbau	15.000
Ersatzkraftwerke	Bauwirtschaft	18 000
Wärmedämmung an Gebäuden	Bauhilfsgewerbe Installation	13 000

EINLADUNG ZUM GESAMTÖSTERREICHISCHEN TREFFEN IN DER STOPFENREUTHER AU

(Diese Aussendung geht an Umweltschutzgruppen, an Bürgerinitiativen und an aktive Einzelpersonen. Bitte weiterverbreiten!)

Wien, am 28.Dez. 1984

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Kampf um Hainburg ist nun zu einer gesamtösterreichischen Frage geworden. Wir dürfen nicht mehr zulassen, daß auch unsere letzten Naturlandschaften sinnlos zerstört werden. Eindeutige Gesetze zum Schutz dieser Landschaften werden gebrochen, nur weil die Regierung die Alternativen der Energiepolitik nicht begreifen will. Lügen wie die der angeblichen "Waldrettung" durch Auwaldvernichtung können von den Umweltschützern nicht mehr hingenommen werden, umso mehr als die Zerstörung des letzten großen europäischen Auwaldes bisher die einzige Maßnahme der Bundesregierung zur Bekämpfung der Luftverschmutzung zu sein scheint.

Die Entscheidung über die weitere Vorgangsweise sollte nicht einigen Wenigen überlassen bleiben (z.B. Volksabstimmung, die auch ein Fluchtweg für die Bundesregierung sein könnte!). Wir laden Euch daher am 5./6.1. zu einem gesamtösterreichischen Treffen zum Thema Hainburg ein.

Um Euch über den Stand der Diskussion in der Au und in Wien zu informieren, schicken wir Euch drei Beilagen (Verhandlungsentwurf Günther Nennung, Verhandlungsentwurf Freda Meissner-Blau, Konsens der Ausschützer). Der "Konsens" der Ausschützer/innen wurde der Bundesregierung am 27.12.84 als Forderung für den Ministerrat überreicht. Das Papier stellt einen Konsens aller bisher an den Beratungen Beteiligten dar.

Kein Konsens besteht über die Einschätzung des Konrad Lorenz-Volksbegehrens (KLVB): Die Hainburg-Frage kann wohl nicht ohne weiteres mit dem KLVB gekoppelt werden.

- Die Behandlung des KLVB im Parlament hat keine rechtliche Wirkung auf die Frage "Kraftwerk Hainburg ja oder nein".
- Ob eine Volksabstimmung überhaupt wünschenswert ist, muß erst diskutiert werden. Direkt über die Frage "ja oder nein zum Kraftwerk Hainburg" abzustimmen ist nicht möglich, da nur ein Gesetzestext zur Abstimmung kommen kann. Fraglich ist auch, ob der sehr weit gefaßte Text des KLVB als Grundlage einer Volksabstimmung geeignet wäre.
- Es gibt auch die Forderung nach einer Verstärkung der direkten Demokratie: Jedes Volksbegehren, das mehr als 500.000 Unterschriften erreicht, soll automatisch eine Volksabstimmung nach sich ziehen.

Die rechtliche Situation ist durch mehrere anhängige Verfahren gekennzeichnet: Einspruch der Grundeigentümer beim Verwaltungsgerichtshof wegen Nichtzuerkennung der Parteistellung im Naturschutzverfahren (nur die DOKW hat Parteistellung!); Einspruch von betroffenen Grundeigentümern gegen die Erklärung zum bevorzugten Wasserbau; Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen Landesrat Brezovszky wegen Verdachts des Amtsmißbrauches und der Urkundenverfälschung. Eine für uns positive Entscheidung der Gerichte kann jedoch nur eine aufschiebende, aber keine entscheidende Wirkung für den Bau des Kraftwerkes haben. Der Ball würde nur zu den Behörden zurückgespielt.

Am Beispiel Hainburg zeigt sich also deutlich, daß jeder Einspruch zu Gunsten des Naturschutzes immer wieder mit den gleichen bürokratischen Tricks erstickt wird. Wenn wir diese Politik beenden wollen, mit der die Behörden nur den Weg für die Betonierer freimachen, brauchen wir auch eine echte politische Lösung. Darüber muß auf dem Plenum diskutiert werden.

Tagesordnung: Samstag Nachmittag kurze Einführungsreferate zur Ökologie der Au, zur Rechtslage, zur Energiesituation.

Die weitere Tagesordnung wird zu Beginn des Plenums festgelegt.

Ort: Gastwirt Kramreiter, Eckartsau

Zeit: Samstag, 5.1.1985 13 Uhr 30

Sonntag, 6.1.1985 9 Uhr 30 , Ende ca 15 Uhr

Übernachtung: In der Au oder im Stadel. Gute Winterausrüstung ist notwendig!
(dicker Schlafsack, Matte, Zelt usw. mitbringen)

Wenn es Euch möglich ist, unterstützt uns und bleibt bis zum kritischen Datum (7.Jänner) in der Au.

Anreise: Nach Ankunft der nachstehend angeführten Züge werden Busse für die Fahrt nach Eckartsau zur Verfügung gestellt:

"Robert Stolz":	Planankunft	11 Uhr	Wien Südbahnhof
"Carinthia":	"	12 Uhr	"
"Tirolerland":	"	11 Uhr	Wien Westbahnhof
"Rosenkavalier":	"	12 Uhr	"

Die Ankunft der Züge wird abgewartet!

Weiters fahren von Wien Mitte um 7 Uhr 20 und 12 Uhr 30 Busse nach nach Orth, Eckartsau sowie stündlich von der Grillparzerstraße/ Ecke Ring.

Kontaktadresse: Österreichische Hochschülerschaft - Alternativreferat
A-1090, Liechtensteinstr. 13 Tel.: 0222/34 65 18-23 od. 34

Mit freundlichen Grüßen

Willi Sieber e.h.
(Init. zur Rettung des Waldes)

Elisabeth Schwarz e.h.
(IÖAG)

Sophie Hiller e.h.
(ÖH)

Martin Hiller e.h.
(WWF)

Absender:
Österreichische Hochschülerschaft
Liechtensteinstr. 13 - Alternativreferat
A-1090 Wien

POSTGEBÜHR BAR BEZAHLT

WELTBUND z. Schutz
d. Lebens
Postfach 251
5010 Salzburg

MERKBLATT

für Mitarbeiter

1. STIMMBERECHTIGUNG

Jeder österreichische Staatsbürger, der bis zum Stichtag 20.2.1985 das 19. Lebensjahr vollendet hat und nicht vom Nationalratswahlrecht ausgeschlossen ist, muß in die Stimm-
liste aufgenommen werden. Die Stimm-
liste ist auf Grund der
Wählerevidenz von der Gemeinde nach Eintragungslokalen zu
erstellen.

Das Stimmrecht ist in der Gemeinde auszuüben, in der die Ein-
tragung in die Wählerevidenz erfolgt ist. Wer sich in der Ein-
tragungswoche nicht in seiner Heimatgemeinde aufhält, braucht
zum Unterschreiben eine Stimmkarte. Diese Stimmkarte wird vom
20.2.1985 - 8.3.1985 auf Antrag von der Gemeinde ausgestellt
und berechtigt zur Unterschrift überall in Österreich.

2. EINTRAGUNGSORTE

Die Eintragungsorte legen die Gemeinden fest. Dabei ist laut
Volksbegehrengesetz auf die Anlegung der Wählerevidenz nach
Wahlsprengelein Bedacht zu nehmen. Eintragungsort kann jedes
öffentliche Gemeindegebäude im Verfügungsbereich der Gemeinde
sein. Also auch Schulen, Kammern und Bundesgebäude!

Laut Empfehlung des Innenministeriums sollte je 1.500 bis
maximal 2.000 Stimmberechtigten ein Eintragungsort zur Ver-
fügung stehen. Am besten, Sie orientieren sich an der Zahl der
Eintragungsorte bei der letzten Nationalratswahl!

3. EINTRAGUNGSZEITEN

Die Eintragungsorte sind an Werktagen von 8.00 bis 16.00 Uhr,
an zwei Werktagen zusätzlich bis 20.00 Uhr, und am Samstag,
dem 9. März 1985, sowie am Sonntag, dem 10. März 1985, von
8.00 bis 12.00 Uhr, offen zu halten (§ 7 Abs. 1 Volksbegehren-
gesetz 1973 BGBl.Nr. 233/1982)

4. VERLAUTBARUNG

Die Gemeinden sind verpflichtet, Eintragungsorte und -zeiten
auf ortsübliche Weise zu verlautbaren. Das heißt: Die Ver-
lautbarung muß im gleichen Umfang erfolgen wie die einer
Nationalratswahl.

Das kann beispielsweise sein:

- * Postwurf an alle Haushalte
- * Anschlag in allen Hauseingängen
- * persönlich adressierte Benachrichtigung jedes Wahl-
berechtigten
- * Anschlag in allen öffentlichen Gebäuden

ACHTUNG: Die Kosten der Verlautbarung werden durch den
Landeshauptmann ersetzt. Näheres siehe Abschnitt
"Kostenersatz"

5. STIMMABGABE

Vom Stimmberechtigten wird gefordert:

- * persönliches Erscheinen
- * Nennung von Name und Adresse
- * Nachweis der Identität durch einen amtlichen Lichtbildausweis (Ein Meldezettel genügt keinesfalls zum Nachweis der Identität)
- * In der Wählerevidenz geführt
- * Eigenhändige, leserliche Unterschrift mit Vor- und Zunamen
- * Schriftliche Angabe von Vor- und Zuname, Adresse und Geburtsdatum

Fehlt auch nur eine dieser Angaben, ist die Unterschrift ungültig.

6. KOSTENERSATZ

Den Gemeinden werden die ihnen durch ein Volksbegehren verursachten notwendigen und ordnungsgemäß ausgewiesenen Kosten gemäß § 23 des Volksbegehrens 1973 zur Gänze vom Bund ersetzt. Im übrigen sind die Kostenersatzbestimmungen den analogen Vorschriften der Nationalrats-Wahlordnung 1971 nachgebildet. Die Kostenersatzanträge sind von den Gemeinden, außer Wien, bis spätestens 10. Mai 1985 unmittelbar beim Landeshauptmann, von der Stadt Wien bis spätestens 12. September 1985 beim Bundesminister für Inneres, geltend zu machen.

7. WICHTIG

Falls Sie Fragen haben, können Sie uns erreichen:

1. Schriftlich: Konrad Lorenz Volksbegehren, Alserstraße 37
1090 Wien
2. Telefonisch: 0222/ 43 59 38 oder 43 59 41
täglich von 9.00-19.00 Uhr

JETZT ERST RECHT
UNTERSCHREIBEN SIE DAS
KONRAD LORENZ VOLKSBEGEHREN

4.3.-11.3. 1985

Rettet die Auen

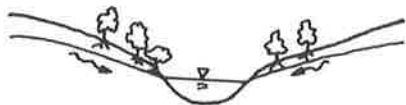
DIE DONAU AEUEN SIND NICHT EINFACH IRGENDWELCHE WÄLDER ...

Sie können nur durch das Wirken eines ungebändigten Flusses entstehen. Die periodisch wiederkehrenden Überschwemmungen sind das Herz, das die Au am Leben erhält.

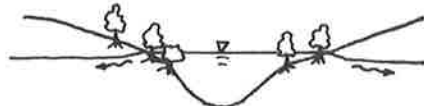
Mit ihnen kommen immer wieder neue Nährstoffe und Wasser in die Au, durch sie wird immer wieder das Gelände verändert, werden Sandbänke angelandet und abgetragen. Durch die Hochwässer ist der Grundwasserspiegel das ganze Jahr über starken Schwankungen unterworfen.

Auf Perioden mit Wasserüberschuß folgen Perioden mit extremer Trockenheit:

*Au bei Niederwasser - Trockenperiode
Grundwasser flieht zur Donau hin
Wurzeln erreichen Grundwasser nicht*



*Au bei Hochwasser - Überschwemmungsperiode
Donau gibt Wasser an den Grundwasserkörper ab
Pflanzen stehen unter Wasser*



SKIZZE NICHT MAßSTABGETREU

Diese extremen Lebensbedingungen bringen eine ungewöhnliche, äußerst vielfältige und üppige Pflanzen- und Tierwelt hervor. Viele von der Ausrottung bedrohte Tiere und Pflanzen haben hier ihre letzte Zufluchtsstätte.

In Europa wurden bereits die meisten Auwälder zerstört - durch Flußregulierungen, Errichtung von Industriegebieten und Häfen, durch Kraftwerksbauten.

Auch die Auen unterhalb Wiens sind nicht ganz ungeschoren davongekommen, als die Donau Ende des vergangenen Jahrhunderts zu Hochwasserschutz Zwecken reguliert wurde. Die Donau ist aber immer noch imstande, zwischen Wien und der ungarischen Grenze das größte natürlich überschwemmte Auengebiet Mitteleuropas in seiner ganzen Schönheit zu erhalten.

Diese Auen sind zugleich die bestfunktionierende Trinkwasseraufbereitungsanlage - wirksamer als alle technischen Anlagen, die es bis jetzt gibt. Und sie erhöhen durch die Verdunstung des aus dem Boden aufgenommenen Wassers die Luftfeuchtigkeit des Marchfeldes.

DESHALB WURDEN SIE UNTER GESETZLICHEN SCHUTZ GESTELLT

Naturnahe, vielfältige Lebensräume sind in unserer Zeit selten geworden. Wir gehen mit unserer Umwelt um, als ob wir noch eine zweite in der Tasche hätten.

Um eines der wertvollsten naturnahen Gebiete für die Nachwelt zu erhalten, wurden die Donauauen unter gesetzlichen Schutz gestellt. Und zwar durch die Nö Landesregierung, die sie zum Landschaftsschutzgebiet erklärte. Durch diese Unterschutzstellung müssen nach § 6 Nö.NSchG. Rodungen, Erdbewegungen sowie die Errichtung von Baulichkeiten untersagt werden, die

1. das Landschaftsbild,
 2. die Landschaft in ihrer Schönheit und Eigenart oder
 3. den Erholungswert der Landschaft für die Bevölkerung und den Fremdenverkehr dauernd und maßgeblich beeinträchtigen",
- sofern die Beeinträchtigung nicht durch Vorschreibung von Vorkehrungen weitgehend ausgeschlossen werden kann.

Der Gesetzestext ist außerordentlich klar und eindeutig formuliert, er enthält keine Ausnahmeklausel, die im Falle evtl. überwiegender volkswirtschaftlicher Interessen anzuwenden wäre.

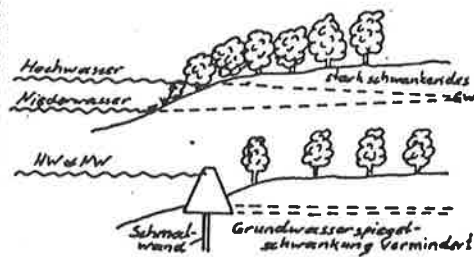
Bundeskanzler Sinowatz unterzeichnete im April 1983 das Ramsar Übereinkommen über die Erhaltung international bedeutender Feuchtgebiete und führte dabei ausdrücklich die Auen zwischen Wien und Hainburg als österreichischen Beitrag an.

Eine Verletzung eines derartigen völkerrechtlichen Übereinkommens kann zwar nicht sanktioniert werden, aber eine Erhaltung liegt einfach im Interesse der internationalen Glaubwürdigkeit. Und die gewinnt gerade im Umweltschutz immer größere Bedeutung - man denke nur an die Bekämpfung der grenzüberschreitenden Luftverunreinigung.

TROTZDEM SOLLEN SIE DURCH DIE ERRICHTUNG EINES WASSERKRAFTWERKES ZERSTÖRT WERDEN.

Das größte aller Donaukraftwerke (Regelarbeitsvermögen 2075 GWh) wird - sollte es gebaut werden - schwerwiegende negative Auswirkungen auf den Landschaftshaushalt in den Auen haben.

1. Vor Baubeginn sollen rund 700-800 ha Auwald gerodet werden (ca. 1,2 Mio Bäume) für Dämme, Zufahrtsstraßen, neues Strombett, Hauptbauwerk. Darunter sind gerade die ökologisch wertvollsten Teile der gesamten Donauauen.
2. Durch den Aufstau wird die Fließgeschwindigkeit stark herabgesetzt, dadurch wird die ohnehin beeinträchtigte Wasserqualität weiter verschlechtert.
3. Auf einer Strecke von 2 mal 35 km Länge werden bis zu 15 m hohe Rückstaudämme errichtet; dadurch gehen die ökologisch wertvollen Uferbereiche samt ihren Sand- und Schotterbänken verloren.
4. Durch die völlige Abdichtung der Dämme durch Schmalwände geht die Wechselwirkung zwischen der Donau und den angrenzenden Auegebieten verloren.



Um diese negativen Auswirkungen zu verringern, versucht man, durch die Errichtung von sog. "Gießgängen" eine künstliche Auedynamik zu erzeugen - ein Unterfangen, für das es schon zahlreiche fehlgeschlagene, aber noch keine gelungenen Beispiele gibt. Die Errichtung dieser Gießgänge erfordert wiederum schwere bauliche Eingriffe in die Altarme der Au.

5. Das Trinkwasser der Anrainergemeinden und das von 300.000 Wienern wäre in höchster Gefahr.

6. Die Pflanzen- und Tierwelt würde beträchtlich verändert werden. Zahlreiche seltene Arten, besonders unter den Vögeln, Amphibien und Fischen würden aus den Auen und damit aus Österreich verschwinden.

Die zahlreichen von den Behörden vorgeschriebenen Auflagen ändern an den negativen Auswirkungen nur wenig, was zahlreiche Erfahrungen aus dem In- und Ausland hinlänglich bewiesen haben. Die Standortwahl ist aus ökologischer Sicht ausgesprochen ungünstig, außerdem sind zahlreiche Fragen noch viel zu wenig untersucht (Vegetation, Vogelwelt, Grundwasser, etc.). Deshalb wenden sich zahlreiche angesehene Wissenschaftler vehement gegen diesen projektierten Kraftwerksbau.

Spenden erbeten an:

+ Rechtshilfekonto
"Z" 697287209

+ Akkordarbeiterkonto
BAWAG 100 10/671/006

DABEI IST DIESES KRAFTWERK NICHT EINMAL FÜR DIE ENERGIEVERSORGUNG NOTWENDIG

Die Zunahme des Stromverbrauches war in den letzten Jahren wesentlich geringer als der Anstieg des Stromangebotes. Das kommt daher, daß das Kraftwerksbauprogramm seit 1977 regelmäßig von stark überhöhten Prognosen ausging.

Dadurch ist die Reservekapazität der zur Verfügung stehenden Kraftwerke stetig angewachsen und beträgt nunmehr nach Angaben der Energieverwertungsgesellschaft etwa 30 %. Somit ist das Kraftwerk für die derzeitige Stromversorgung völlig unnötig, was auch der Verbundgeneraldirektor Dr. Fremuth anlässlich einer Diskussion im Dezember 1983 erklärte.

Vielmehr würde die Errichtung des Kraftwerkes die E-Wirtschaft in eine Absatzkrise bringen.

Deshalb versucht die E-Wirtschaft, den Stromverbrauch anzukurbeln: Sie tut das vor allem durch Werbung für die Stromheizung. Dabei wird immer wieder das vordergründig logisch erscheinende Argument vertreten, der Ersatz von Holz-, Kohle-, Öl- oder Gasheizungen durch Stromheizung sei ein Beitrag zum Kampf gegen das Waldsterben. Dagegen sprechen zwei Tatsachen:

o In der Heizperiode, also im Winter, reichen die Wasserkraftwerke zur Stromerzeugung nicht aus. Der Heizstrom muß also in kalorischen Kraftwerken erzeugt werden, wo nur 35 bis 40 % der hineingesteckten Primärenergie in Strom verwandelt werden können. Der Rest geht als Abwärme verloren, solange er nicht für Heizzwecke verwendet wird. Der Großteil der kalorischen Kraftwerke hat keine Schadstofffilter und emittiert daher große Schadstoffmengen.

o Die Kohle- und Ölverbrennung, die durch Strom aus Hainburg ersetzt werden könnte, ist im Vergleich zur gesamten Öl- und Kohleverbrennung lächerlich gering.

Ungefähr 250.000 t Erdöl könnten theoretisch eingespart werden, der jährliche Gesamtverbrauch an Öl, Koks und Kohle beträgt rund 13-14 Mio Tonnen. Die 13-Milliarden-Investition Hainburg würde also die Belastung des Waldes durch Luftschadstoffe um rd. 1,9 % senken - allerdings erst in 10 Jahren, denn früher darf das Kraftwerk nicht in Betrieb genommen werden. Inzwischen wächst die Waldschadensfläche jährlich um 50-70 %.

Die E-Wirtschaft hätte wesentlich effektivere Möglichkeiten, Umweltschutz zu betreiben:

- Nutzung der Abwärme der kalorischen Kraftwerke zur Fernheizung
- Energiesparberatung
- Entgiftungsanlagen in kalorischen Kraftwerken.

ALS BEGRÜNDUNG MÜSSEN EINMAL MEHR DIE ARBEITSPLÄTZE HERHALTEN

"Die riesigen kapitalintensiven Energieerzeugungsanlagen, die oft zur Behebung der Arbeitslosigkeit vorgeschlagen wurden, machen die Dinge nicht nur schlimmer, weil sie das Kapital aus der Wirtschaft abziehen, das für mehr Arbeitsplätze sorgen könnte, wenn es an nahezu beliebiger anderer Stelle eingesetzt würde, sondern heizen auch die Inflation an, indem sie Milliarden von Dollars in unproduktiver Weise ein ganzes Jahrzehnt lang binden."

Amory Lovins

"Hainburg sichert Arbeitsplätze" - laut DoKW und ÖGB 2000 in der Bauwirtschaft und 6000-7000 in der Zulieferindustrie.

Von Sicherung zu sprechen erscheint bei einer Bauzeit von ca. 30 Monaten wohl übertrieben. Durch die Investition in solche Großkraftwerke werden in erster Linie Maschinenplätze geschaffen. Würde man das Geld in arbeitsintensivere Sparten investieren, könnte man viel mehr Arbeitsplätze dauerhaft sichern.

Angesichts der zahlreichen dringenden Aufgaben im Energie- und Umweltschutzbereich ist die Aufwendung von 13 Mrd ÖS zur vorübergehenden Schaffung von 8000 Arbeitsplätzen zumindest unangemessen, wenn nicht ein volkswirtschaftlicher Wahnsinn. Sinnvolle Investitionsalternativen wären:

- o Anlagenbau in der Umwelttechnik
- o getrennte Müllsammlung
- o Durchführung von Energiesparmaßnahmen in den Abnehmerhaushalten
- o Abwärmennutzung bei Industrie und kalorischen Kraftwerken
- o Wärmedämmung, vor allem bei öffentlichen Gebäuden.

Von den Spitzen der Sozialpartner wird also völlig zu unrecht versucht, die Umweltschützer als "Arbeitsplatzvernichter" hinzustellen und so einen Keil zwischen Arbeiter und Umweltschützer zu treiben. Daß auch die Arbeiter und ihre Kinder eine intakte Umwelt brauchen, wird einfach ignoriert.

DABEI GEHT ES NICHT IMMER GANZ MIT RECHTEN DINGEN ZU

"Das Kraftwerk wird gebaut. Es gilt jetzt nur mehr, alle administrativen Hindernisse, die einem raschen Bau von Hainburg entgegenstehen zu beseitigen."

Bundeskanzler Sinowatz
3.2.1983

o Da der § 6 des NÖNSchG eine Bewilligung unmöglich machte, wandte LR Brezovszky den für Naturschutzgebiete gültigen § 7 an, der eine Ausnahmeklausel für volkswirtschaftliches Interesse beinhaltet. Er begründete dies damit, daß die Bestimmungen über die stärker geschützten Naturschutzgebiete erst recht auf die weniger stark geschützten Landschaftsschutzgebiete anzuwenden sein müßten. Was er jedoch dabei übersehen hat, sind die grundsätzlich verschiedenen Schutzziele der beiden Paragraphen. Während § 7 zum Schutz von Biotopen dient, stellt § 6 einen Schutz des Landschaftsbildes und des Erholungswertes dar.

o Die Gemeinden Orth und Eckartsau, die gegen das Kraftwerksprojekt eingetreten waren, wurden durch einen eleganten Schachzug der DoKW um ihre Parteistellung gebracht. Während des laufenden Verfahrens wurden die im Planungsgebiet liegenden Grundstücke der beiden Gemeinden aus dem Grundstücksverzeichnis eliminiert. Dabei waren die Wege für ein Ein-Parteien-Verfahren geebnet, dessen Bescheid - und sei er noch so rechtswidrig - durch niemanden angefochten werden kann.

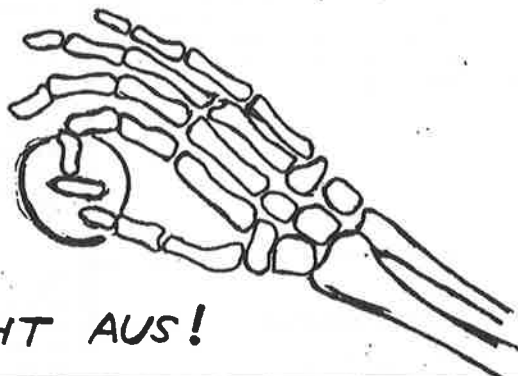
o Da einige Gutachten nicht den Vorstellungen des Auftraggebers Brezovszky entsprachen, wurden sie der Öffentlichkeit in gefälschter, entstellter und verfremdeter Form präsentiert. Aus dem Gutachten von Professor Steiner wurde der unterstrichene Satz "Es wird daher vorgeschlagen, eine Verwirklichung der Pläne der DoKW (Mai 1983) auch in modifizierter Form nicht zuzulassen." eliminiert.

o Da Dr. Freda Meissner-Blau und DDr. Günther Nennung Brezovszky als Gesetzesbrecher und Umweltverbrecher bezeichneten, wurden sie von Generalintendant Bacher unverzüglich ihrer Funktion als Club 2-Moderatoren enthoben.

o Die DoKW droht, die Republik Österreich auf 800 Mio Schilling Schadenersatz zu klagen, wenn diese nicht dafür Sorge trägt, daß die friedlichen Demonstranten vertrieben werden, die die bevorstehenden Rodungsarbeiten verhindern. Interessanterweise ist die DoKW nicht einmal "Nutzungsberechtigte" in den Auwäldern, denn diese Nutzungsberechtigung müßte erst in einem Nationalratsausschuß beschlossen werden.

DER LETZTE

DREHT DAS LICHT AUS!



VOR DER UNTERSCHRIFT das Kleingedruckte lesen!

Endlich ist sie da, die lange erwartete Gegenkampagne der Österreichischen Elektrizitätswirtschaft gegen das Konrad Lorenz Volksbegehren.

Mit 4-Farben-Hochglanzprospekten (in denen unter anderem Bilder von seltenen Tieren abgedruckt sind, die in der ethnologischen Station Staining, OÖ, und nicht etwa an einem österreichischen Stausee aufgenommen worden sind), bundesweiten Plakatserien, Flugzetteln und Veranstaltungen beginnt eine - von wem wohl finanzierte? - gigantische Werbeaktion.

Wir bringen hier - dick gedruckt - eine Kostprobe jener Behauptungen, die Sie, liebe Österreicherin und lieber Österreicher, davon abhalten sollen, in der Zeit von 4.-11. März das Volksbegehren zu unterschreiben:

Das Volksbegehren weckt falsche Hoffnungen

Bei näherer Betrachtung entlarvt es sich als eine Gesetzesinitiative, die fast ausschließlich gegen die österreichische Wirtschaft und Industrie gerichtet ist.

Dazu folgendes: Hochentwickelte Industrienationen wie Japan oder die USA haben längst erkannt, daß die Zeit der Großprojekte - bei denen immer mehr Maschinen und immer weniger Menschen beschäftigt werden - vorbei ist.

Die Zukunft unserer Wirtschaft liegt vielmehr in der Strategie der sinnvollen Arbeitsplätze, bei der durch die Herstellung "intelligenter Produkte" erfahrungsgemäß sehr viele Arbeitsplätze geschaffen werden. Solche Produkte werden vor allem für effektive Umweltschutzmaßnahmen benötigt.

Das Volksbegehren fordert ein Umdenken in diese Richtung.

Umfassender Umweltschutz ist österreichisches Verfassungsrecht

Versuchen Sie einmal, als chronisch lungenkranker Linzer einen für den Zustand der Linzer Luft verantwortlichen Betrieb auf dem Rechtsweg dazu zu zwingen, die Luftverschmutzung einzustellen.

Das seit Dezember 1984 bestehende Verfassungsgesetz (BGBL.Nr. 491/1984) hat den Nachteil, daß es für den einzelnen Bürger nicht durchsetzbar ist.

Das Volksbegehren fordert ein Grundrecht auf Umweltschutz ähnlich dem in der Verfassung verankertem Gleichheitsgrundsatz, das auch wirklich exekutierbar ist.

Das Volksbegehren will auch die sauberste Energie abschaffen

Wenn man nur diesen Satz liebt, liegt es nahe, alle Wissenschaftler und Fachleute, die unbezahlt und freiwillig für das Volksbegehren arbeiten und forschen, als "Steinzeitgrüne" zu schubladisieren.

Es ist beschämend, wie auf diese Art und Weise die größte Koalition, die sich je in Österreich für das menschenwürdige Überleben dieses Landes eingesetzt hat, diffamiert wird.

Das Volksbegehren bekennt sich zur Wasserkraft - aber nicht um jeden Preis.

Es ist uns ein Anliegen, die Öffentlichkeit zu informieren, daß es in Österreich tausende (!) Wasserkleinkraftwerke gibt, die bereits gebaut wurden, aber nicht in Betrieb sind. Es scheint uns einfach sinnvoller, bereits vorhandene Möglichkeiten der Energiegewinnung zu nutzen, anstatt aus politischen Gründen immer mehr Beton in eine Landschaft zu stellen, die, -wie lange noch? -, zu den schönsten Europas zählt.

Deshalb fordert das Volksbegehren, daß heute, wo bereits ca. 80 % aller energietechnisch nutzbaren Gewässer verbaut worden sind, die letzten Naturreservate dieses Landes unter Schutz gestellt werden.

Hierbei ist natürlich auch auf die volkswirtschaftliche Notwendigkeit solcher Nationalparks hinzuweisen: Ein deutscher Urlauber beispielsweise kommt sicherlich nicht nach Österreich, um entlang der in Rohre gefassten Wassermassen der Umbälle spazieren zu gehen.

Noch etwas zu Thema:

Das bereits fertiggestellte kalorische Kraftwerk Dürnrohr wurde an einer Stelle errichtet, die etwa gleich weit von den Städten Krems, St.Pölten und Wien entfernt liegt. Das hat zur Folge, daß die Abwärme, die dieses Kraftwerk produziert, wegen der zu großen Distanzen von keiner dieser Städte genutzt werden kann.

Etwa 50 % der gesamten - in diesem neuen Kraftwerk produzierten - Energie werden deshalb in Form von Heißwasser durch drei Meter dicke Rohre direkt in die Donau geleitet; obwohl diese Menge (etwa die eineinhalbfache Energie, die das geplante Kraftwerk bei Hainburg erzeugt) reichen würde, fast ganz St.Pölten zu beheizen. Solange mit einer derartigen Ignoranz Energie verschwendet wird, kann wohl kein vernünftiger Mensch fordern, daß neue Kraftwerke gebaut werden müssen.

Das Volksbegehren verwickelt sich in Widersprüche

Wenn man einen demokratischen Prozeß mit sachlich fundierten Argumenten nicht mehr aufhalten kann, bewährt es sich, polemisch zu werden.

Wenige Wochen nachdem bekannt geworden ist, daß man seitens der E-Wirtschaft Elektroheizungen forcieren will, um den prognostizierten Strombedarfszuwachs auch wirklich zu erreichen, schreibt eben jene E-Wirtschaft in einem Flugblatt, daß sie sich seit Jahren fürs Energiesparen einsetze.

Bitte entscheiden Sie deshalb selbst, was von obigem Argument zu halten ist ...

Lassen Sie Sich nicht verunsichern.

Bekennen wir uns gemeinsam zur Demokratie und zu unserem Land !

4.-11. März

Volksbegehren unterschreiben!

IM NAMEN DER REPUBLIK

Die bisherige Form von Politik hat in einem entscheidenden Punkt versagt:

Statt Österreichs letzte Reste von Kultur- und Naturlandschaft zu schützen, werden sie zerstört.

Blind wird vernichtet, was nicht uns gehört, sondern unseren Kindern und Kindeskindern.

Wenn die Hainburger Donau-Auen gerodet werden, verschwindet eine der natürlichsten und vielfältigsten Landschaften Europas, unter Mißachtung bestehender Gesetze und internationaler Verträge.

Der Sachverstand namhaftester Fachleute des In- und Auslandes voran Konrad Lorenz, warnte bisher vergebens.

Jeder Augenschein lehrt, wie die Schönheit unsrer Heimat Stück um Stück sinnlos geopfert wird.

Gesunder Menschenverstand und tieferes Gefühl sagen:

HALT, JETZT IST GENUG!

Österreicher und Österreicherinnen!

Wir, Wissenschaftler und Künstler, politisch Engagierte aller Richtungen quer durch veraltete Parteifronten, haben uns zusammengeschlossen und versprechen Euch:

Gemeinsam mit Euch wollen wir uns mit allen demokratischen Mitteln wehren.

Es geht nicht nur um Hainburg und Zwentendorf.

Wir wollen ein positives Konzept, wollen neue Formen von Politik durchsetzen.

Das bundesweite Konrad-Lorenz-Volksbegehren will eine Wende bewirken - von umweltzerstörenden Monsterbauten zur Verbraucherfreundlichen Energiesicherung, die zugleich zehntausende Arbeitsplätze schafft.

Überall im Land wachsen Bürgerinitiativen aus dem Boden. Die mangelnde Lernfähigkeit der Machthaber, ihr Versuch, die Bevölkerung vor vollendete Tatsachen zu stellen,

erzeugt immer wieder neuen Konfliktstoff. Um den inneren Frieden zu wahren, wollen wir alle Möglichkeiten des Rechtsstaates ausschöpfen.

Wir werden das Unterschriftenverfahren im Verein mit anderen Formen des gewaltlosen Widerstandes so lange fortsetzen, bis die große ökologische Bewegung in diesem Land zum Erfolg gelangt:

DIE ZERSTÖRUNG DER HEIMAT MUß BEENDET WERDEN!

Es ist fünf vor zwölf!

ÖSTERREICHER UND ÖSTERREICHERINNEN, UNTERSCHREIBT DAS KONRAD-LORENZ-VOLKSBEGEHREN!

Unterschriftenblätter in Tageszeitungen und demnächst in allen Trafiken und Verschleißstellen des ganzen Landes.

Die Natur schreit

Hilfe!

4.-11. März

Bitte das Volksbegehren unterschreiben!

Was steht im Volksbegehren? Kurzfassung in 12 Punkten.

1. Nie wieder Hainburg!

In Umweltfragen müssen alle Betroffenen gehört und beachtet werden. Parteienstellung für Umwelt- und Naturschutzverbände. Offenlegung aller Akten. Freier Zugang zu den Höchstgerichten und Abwarten von deren Entscheidung. Mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Ehrlichkeit.

2. Die Au ist in ganz Österreich.

Überall werden letzte Reste von Natur- und Kulturlandschaft zerstört, überall hirnlose Projekte brutal „durchgezogen“. Das Volksbegehren fordert Vorrang für die Natur, sie ist unsere Lebensgrundlage.

3. Endlich Nationalparks.

Das Volksbegehren fordert Verwirklichung von Nationalparks durch Verfassungsgesetz (Donau-March-Thaya-Auen, Neusiedlersee-Seewinkel), Hintergebirge, Niedere Tauern, Hohe Tauern).

4. Atmen kann krank machen.

Soweit ist es schon! Luft, Gewässer, Boden, folglich auch unsere Nahrungsmittel und das Trinkwasser enthalten täglich mehr Schadstoffe. Das Volksbegehren fordert wirksame Sofortmaßnahmen gegen die Vergiftung unserer Umwelt.

5. Sanierung aller Giftmülldeponien.

Auf Mülldeponien lagern unheimliche Mengen Gift. (Am Rautenweg in Wien zum Beispiel 1 Kilogramm Dioxin, damit kann man die ganze Menschheit umbringen). Schluß mit den sinnlos aufwendigen Verpackungen, die nichts als Müllberge produzieren. Das Volksbegehren fordert die Sanierung aller Giftmülldeponien!

6. Intelligentes Energiekonzept, intelligente Kraftwerke.

Das größte, sauberste, billigste Kraftwerk ist Energiesparen:

- Vergeudete Wärme in der Industrie voll nutzen
- Wärmedämmung der Gebäude
- neue energiesparende Geräte
- Bau einer neuen Generation von Kraftwerken, die Natur nicht zerstören, Gesundheit nicht gefährden, Energie höchstgradig nutzen.

Das Volksbegehren fordert eine neue Industrie- und Wirtschaftsstruktur, Umsteigen auf Zukunft!

7. Saubere Wasserkraft.

Naturschützer sind keine Kraftwerksgegner. Das Volksbegehren fordert: mittlere und kleine Wasserkraftwerke, voll eingepaßt in die Natur, ohne Gefährdung von Grund- und Trinkwasser; kalorische Kraftwerke, die Wärme voll nutzen und höchstgradig schadstofffrei sind. Ein solches Bauprogramm ist billiger als der Großkraftwerksbau!

8. Atomkraftwerke retten den Wald nicht.

Atomkraftwerke schaffen eine Kette ungelöster Probleme: Radioaktivität in Luft, Wasser, Boden, Nahrung, gefährliche Transporte, giftiger Atom Müll, Belastung der kommenden Generationen.

9. 1990 ist unser Wald tot, unser Boden unfruchtbar.

Alle bisher vorgeschlagenen Maßnahmen kommen zu spät, vom Reden werden Wald und Boden nicht gesund. Das Volksbegehren fordert ein Umsteigen vom Großkraftwerksbau auf ein Sofortprogramm zur Wald- und Bodenrettung. Mit 60 Prozent der Mittel, die für immer neue naturzerstörende Großkraftwerke vorgesehen sind, können alle wesentlichen inländischen Schadstoffquellen weitestgehend beseitigt werden. Überdies liefert das Waldrettungsprogramm des Volksbegehrens mehr neue Energie als der fortgesetzte Großkraftwerksbau, verringert drastisch unsere Importabhängigkeit und schafft zehntausende neue Arbeitsplätze.

10. Tempolimit und Katalysatoren genügen nicht.

Das Volksbegehren fordert: Förderung umweltschützender neuer Antriebsarten, Umsteigen auf öffentlichen Verkehr, Lastverkehr auf Schiene, Radwegnetze.

11. 64.000 neue Arbeitsplätze.

Umweltschutz und modernste Energienutzung bringen viel mehr Arbeitsplätze als Großkraftwerksbau. Sinnvolle Arbeitsplätze auf Generationen! Ganze neue Industriezweige können entstehen durch Umsteigen auf neue Produkte und neue Technologien. Nach dem konkreten Konzept des Volksbegehrens, unter Mitarbeit der Professoren Bruckmann, Lötsch, Aubauer, können auf diese Weise 64.000 neue Arbeitsplätze entstehen, die zugleich Lebensplätze sind.

12. In unserem Lager ist Österreich.

Was in der Au begann, will das Volksbegehren weitertragen durch ganz Österreich. Wir wollen eine Wende in der Umwelt-, Energie- und Beschäftigungspolitik. Das Volksbegehren gibt diesem Land Hoffnung und Zukunft.

Die Natur schreit



4.-11. März

**Konrad Lorenz Volksbegehren
Bitte unterschreiben Sie !**

Die Natur schreit

Hilfe!

Vom 4. - 11. März wird in ganz Österreich in den Wahllokalen das Volksbegehren unterschrieben.
Helfen Sie mit! Reden Sie mit Ihren Verwandten, Freunden, Nachbarn!

Nie wieder Hainburg!

In Umweltfragen müssen alle Betroffenen gehört und beachtet werden. Parteienstellung für Umweltschutz- und Naturschutzverbände. Offenlegung aller Akten. Freier Zugang zu den Höchstgerichten und Abwarten von deren Entscheidung.



Mehr Demokratie, mehr Offenheit, mehr Ehrlichkeit.

Die Au ist in ganz Österreich.

Überall werden letzte Reste von Natur- und Kulturlandschaft sinnlos zerstört. Überall werden hirnlose Projekte brutal „durchgezogen“. Das Volksbegehren fordert Vorrang für die Natur, sie ist unsre Lebensgrundlage. Endlich Verwirklichung von Nationalparks (Donau-March-Thaya-Auen, Neusiedlersee/Seewinkel, Hintergebirge, Niedere Tauern, Hohe Tauern).

Atmen kann krank machen.

Soweit ist es schon! Luft, Gewässer, Boden, folglich auch unsre Nahrungsmittel und unser Trinkwasser enthalten täglich mehr Schadstoffe. Auf Mülldeponien lagern unheimliche Mengen Gift. (Am Rautenweg in Wien z.B. 1 kg Dioxin, damit kann man die ganze Menschheit umbringen.)

Das Volksbegehren fordert wirksame Sofortmaßnahmen gegen die Vergiftung unsrer Umwelt. Sanierung aller Giftmülldeponien!

Endlich ein intelligentes, ehrliches Energiekonzept!

Das größte, sauberste, billigste Kraftwerk ist Energiesparen:

- Abwärme in der Industrie voll nutzen
- Wärmedämmung in der Industrie voll nutzen
- neue energiesparende Geräte
- Bau einer neuen Generation von Kraftwerken, die Natur nicht zerstören, Gesundheit nicht gefährden, Energie höchstgradig nutzen.

Das Volksbegehren fordert eine neue Industrie- und Wirtschaftsstruktur, Umsteigen auf Zukunft!

Abgase von Atomkraftwerken vergiften unsere Wälder.

Das Volksbegehren fordert ein verfassungsgesetzliches Verbot von Atomkraftwerken.

Spätest 1990 ist unser Wald tot.

Alle bisher vorgeschlagenen Maßnahmen kommen viel zu spät, vom Reden wird der Wald nicht gesund. Das Volksbegehren fordert ein Umsteigen vom Großkraftwerksbau auf ein Sofortprogramm zur Waldrettung. Mit 60 Prozent der Mittel, die für immer neue naturzerstörende Großkraftwerke vorgesehen sind, können alle wesentlichen inländischen Schadstoffquellen weitestgehend beseitigt werden. Überdies liefert das Waldrettungsprogramm des Volksbegehrens mehr neue Energie als der fortgesetzte Großkraftwerksbau, verringert drastisch unsre Importabhängigkeit und schafft zehntausende neue Arbeitsplätze.

64.000 neue Arbeitsplätze.

Umweltschutz und modernste Energienutzung bringen viel mehr Arbeitsplätze als Großkraftwerksbau. Sinnvolle Arbeitsplätze auf Generationen! Ganze neue Industriezweige können entstehen durch Umsteigen auf neue Produkte und neue Technologien. Nach dem konkreten Konzept des Volksbegehrens, unter Mitarbeit der Professoren Bruckmann, Lötsch, Aubauer, können auf diese Weise schon in den nächsten drei Jahren 64.000 Arbeitsplätze entstehen, die zugleich Lebensplätze sind.

In unserem Lager ist Österreich.



Was in der Au begann, will das Volksbegehren weitertragen durch ganz Österreich. Wir wollen eine Wende in der Umwelt-, Energie- und Beschäftigungspolitik. Das Volksbegehren gibt diesem Land Hoffnung und Zukunft.

4.-11. März Volksbegehren unterschreiben